

Horst Kahrs (Hrsg.)

# UMKÄMPFTER SOZIALSTAAT

EIN BLICK AUF KLASSENSTRUKTUREN  
UND TRANSFORMATIONEN

4

MANUSKRIPTE NEUE FOLGE  
**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

Horst Kahrs (Hrsg.)

**Umkämpfter Sozialstaat**  
Ein Blick auf Klassenstrukturen  
und Transformationen



Horst Kahrs (Hrsg.)

**UMKÄMPFTER SOZIALSTAAT**  
EIN BLICK AUF KLASSENSTRUKTUREN  
UND TRANSFORMATIONEN

Rosa-Luxemburg-Stiftung

## **IMPRESSUM**

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben  
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Marion Schüttrumpf

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: Januar 2013

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

## **INHALT**

<b>Vorwort</b>	7
Michael Vester <b>Die Zukunft der Arbeitsteilung in hoch entwickelten Ländern Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft?</b>	8
Horst Kahrs <b>Transformation des deutschen Sozialstaates und die Rückkehr der «gefährlichen Klassen»</b>	30
Katharina Pühl <b>Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse: Arbeits- und Lebensweisen im Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1990</b>	48
Michael Brie <b>Alternative Entwicklungspfade als Auswege aus der Krise</b>	62



## **VORWORT**

Am 17. Juli 2012 führten das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Bereich Wissenschaftlicher Sozialismus der Zentralen Parteihochschule der KP China eine Tagung zu Fragen der Veränderung der Sozialstruktur und ihres Zusammenhangs mit Aufbau und Gestaltung sozialstaatlicher Institutionen durch. Im Rahmen der bestehenden Arbeitskontakte zwischen den beiden Institutionen sollte das wechselseitige Verständnis für den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland und China vertieft werden. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen der veränderten Klassenzusammensetzung im Zuge der Industrialisierung und die Herausbildung und Transformation sozialstaatlicher Institutionen.

Für den Bereich Wissenschaftlicher Sozialismus der Zentralen Parteihochschule der KP China hielten Vorträge: Prof. Wu Zhongmin (Vortrag: Evolution and Problems of China's Social Stratification Structure after Initiation of Opening-up Policy), Prof. Guo Qiang (Vortrag: Social Stratification and Social Security in Current China), Prof. Wang Daoyong (Vortrag: Situation und Main Problems Facing Migrant Labors in China) sowie Prof. Sun Jinsong (Vortrag: Social Practice of China's Opening-up Policy and Narration of the Proletariat). Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung nahmen an der Tagung teil: Prof. em. Michael Vester aus Hannover, Prof. Michael Brie, Katharina Pühl und Horst Kahrs vom Institut für Gesellschaftsanalyse, Isabella Weber vom Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) sowie Lutz Pohle und Sun Wie vom Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Peking. Im Folgenden dokumentieren wir die dort gehaltenen Vorträge von Michael Vester, Horst Kahrs, Katharina Pühl und Michael Brie in einer überarbeiteten Fassung.



Michael Vester

## **DIE ZUKUNFT DER ARBEITSTEILUNG IN HOCH ENTWICKELTEN LÄNDERN**

### **POSTINDUSTRIELLE ODER INDUSTRIELLE DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT?**

Dieser Beitrag behandelt am Beispiel von Deutschland die langfristige Entwicklung der Gesamtgliederung der ökonomischen Klassen in hoch entwickelten Ländern. Er diskutiert und überprüft insbesondere drei Thesen hinsichtlich der sozialstrukturellen Veränderungen in modernen Gesellschaften.

- Die These von der «Mittelschichtgesellschaft» nimmt an, dass aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums die sozialen Klassen sich nicht mehr konfliktreich in obere und untere Klassen polarisieren, sondern sich harmonisch in einer großen wohlhabenden Mitte konzentrieren.
- Die These von der «Dienstleistungsgesellschaft» nimmt an, dass durch den Fortschritt von Technik und Bildung die schwere körperliche und fremdbestimmte Industriearbeit nach und nach ersetzt würde durch geistige und befriedigende, da von den Menschen selbstbestimmte Arbeit.
- Die These von der «Wissensgesellschaft» wird unterschiedlich interpretiert. Sie ist aber oft mit der Annahme verbunden, dass die Gesellschaft sich wieder polarisiert: in eine «Elite» von Fachleuten mit einem Universitätsabschluss und eine «Masse», die nur gering qualifiziert ist und einfache Routinearbeiten ausführt.

Alle diese Thesen und ihre Interpretationen haben eine suggestive Wirkung in der Öffentlichkeit. Diese beruht nicht zuletzt darauf, dass sehr einfache lineare Trends angenommen werden. Diese Annahmen sind, wie ich im Folgenden zu zeigen versuche, aber nur dadurch möglich, dass zu einfache und zu pauschale statistische Indikatoren für den Nachweis dieser Trends verwendet werden. Außerdem bleiben ihre Ursachen im Dunkeln, sodass diese Trends oft wie magische Formeln wirken. Um die drei Thesen zu überprüfen, soll daher eine andere Methode angewandt werden. Sie geht nicht von den Entwicklungen einzelner Berufsgruppen, sondern von der Entwicklung der Gesamtgliederung aller Berufsgruppen aus, die Karl Marx im «Ka-

pital» als «Gesamtarbeiter» bezeichnet.<sup>1</sup> Damit greift sie auf die klassische Theorie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zurück, wie sie nach und nach von Adam Smith (1937 [1776]), von Karl Marx (1979 [1867]) und von Emile Durkheim (1988 [1893/1902]) entwickelt worden ist. Diese Autoren begreifen die gesellschaftliche Arbeitsteilung als die Grundlage der Gliederung der Gesellschaft in Klassen und als die Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie hat sich seit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts im nationalen und internationalen Maßstab stark verändert.

Um diese Veränderungen differenziert zu erfassen, verwende ich hier ein neues Konzept, das die Gesamtgliederung der Berufsgruppen trotz ihrer Komplexität übersichtlich macht. Es ist von Daniel Oesch (2006), der an der Universität Lausanne lehrt, entworfen und von uns (vgl. Vester 2011 und Weber-Menges/Vester 2011) weiterentwickelt worden. Mit ihm können die klassischen Theorien der Arbeitsteilung auch in empirischen Analysen angewendet werden, die dazu die nationalen Statistiken der Berufe verwenden. Durch diese empirische Überprüfung wird deutlich, dass auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern die Transformation des Erwerbssystems von starken strukturellen Widersprüchen und sozialen Konflikten gekennzeichnet bleibt. Es geht immer noch um den klassischen «Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen» (Marx), aber er hat eine neue historische Form.

Auf der Seite der Produktivkräfte erleben wir eine Art «Kompetenzrevolution» mit immer höherer Produktivität und steigenden Bildungsstandards. In Deutschland stieg allein von 1991 bis 2009 der Anteil der Höherqualifizierten (Abschluss an Hochschulen und an Fachschulen) an den Erwerbstätigen von 31 auf 45 Prozent, in den skandinavischen Ländern war der Anstieg noch größer. Doch die Produktionsverhältnisse, das heißt die Institutionen, die die ökonomischen Prozesse regeln, stehen dazu im Widerspruch. Der Reichtum der Gesellschaft wird gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Auch in Deutschland vergrößert sich seit den 1980er Jahren wieder die Schere zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten. Die Kompetenzrevolution schützt nicht automatisch vor sozialer Unsicherheit und Abstieg. Von 1991 bis zum Beginn der jetzigen Krise (2008) ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt von 1,535 auf 2,474 Milliarden Euro gewachsen, also um 61 Prozent. Aber der Durchschnittslohn stagniert seit den 1980er Jahren. Ein Viertel der Arbeitnehmer ist heute im Niedriglohnssektor beschäftigt. Auch große Teile der gut qualifizierten Mitte haben prekäre Arbeitsverhältnisse. Gleichzeitig nehmen auch im internationalen Maßstab die sozialen Disparitäten und Spannungen zu.

1 Durch die Arbeitsteilung verwandelt sich, so Marx, das Produkt der Arbeit «in ein gesellschaftliches, in das gemeinsame Produkt eines Gesamtarbeiters, das heißt eines kombinierten Arbeitspersonals, dessen Glieder der Handhabung des Arbeitsgegenstandes näher oder ferner stehn. Mit dem kooperativen Charakter der Arbeit [...] ist es nun nicht mehr nötig, selbst Hand anzulegen, es genügt, Organ des Gesamtarbeiters zu sein, irgendeine seiner Unterfunktionen zu vollziehn» (Marx 1970 [1867]: 531).

Diese «negative» Seite des Fortschritts ist durch die sozialen und politischen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen bedingt (vgl. hierzu den Beitrag von Horst Kahrs). Ich möchte hier insbesondere auch die «positive» Seite, die Entwicklung der Produktivkräfte beziehungsweise des Gesamtarbeiters, anhand von alten und neuen Daten diskutieren. Im Beitrag von Michael Brie werden diese Fragen mit der Perspektive der zukünftigen Entwicklung verbunden.

### **Aufstieg und Umstieg in die Mitte – Die These von der «Mittelschichtgesellschaft»**

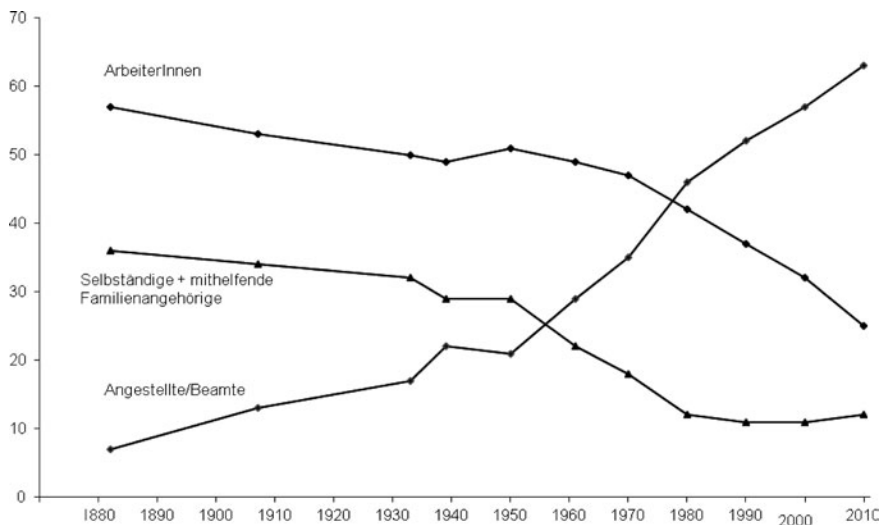
In einem ersten Schritt werde ich mich der Verschiebung der sozialen Schichten in Deutschland seit 1882 widmen, dem Jahr, in dem im Zusammenhang mit der nationalen Einigung und der kapitalistischen Industrialisierung eine nationale Statistik eingeführt worden ist. Dabei fallen drei langfristige Entwicklungen auf (vgl. Abb. 1):

1. Der Anteil der selbstständigen Unternehmer und mithelfenden Familienangehörigen an der Erwerbsbevölkerung hat sich auf weniger als ein Drittel verringert. Darin erkennen wir insbesondere die Konzentration des Kapitalbesitzes und das Verschwinden der Familienwirtschaft.

2. Der Anteil der Arbeiter hat sich auf etwa die Hälfte verringert. Darin erkennen wir insbesondere die Abnahme der industriellen Handarbeit (*blue collar work*).

3. Der Anteil der Angestellten und Beamten ist um das Neunfache gestiegen. Darin erkennen wir insbesondere das Wachstum der nichtkörperlichen Arbeit in den sogenannten Dienstleistungen (*white collar work*).

*Abb. 1: Entwicklung der Erwerbsbevölkerung nach ihrer beruflichen Stellung, 1882–2010 (Angaben in Prozent)*



	1882	1907	1933	1939	1950	1961	1970	1980	1990	2000	2010
<b>ArbeiterInnen</b>	57	53	50	49	51	49	47	42	37	32	25
<b>Beamte/Angestellte</b>	7	13	17	22	21	29	35	46	52	57	63
<b>Selbständige</b>	26	19	16	13	15	12	11	9	9	10	11
<b>mithelfende Familienangehörige</b>	10	15	16	16	14	10	7	3	2	1	0,6

<sup>1</sup> bis 1981 Erwerbspersonen, ab 1970 Erwerbstätige (Erwerbspersonen = Erwerbstätige + Arbeitslose)  
1882–1933 Deutsches Reich, 1950–1990 Westdeutschland, nach 1990 Gesamtdeutschland. Daten: StatJb 1967, 1971, 1981, 1991, 1992, 2001 (bis 2000); StBA 2011d (2010)

Quelle: Geißler 2013

Wenn wir diese Entwicklungen nur oberflächlich interpretieren, sehen wir drei komplementäre «historische Tendenzen», die sich scheinbar unaufhaltsam und linear fortgesetzt haben – bis 1950 langsam, danach beschleunigt. Dies galt in der Tat lange als Beweis für die Richtigkeit der populären Prognose von einer «wohlhabenden Mittelschichtgesellschaft», in der alle durch Leistung in die Mitte aufsteigen und eine sichere und geachtete soziale Stellung einnehmen könnten. Dies war schon die Vision von Adam Smith. 1776 schrieb er, dass der «Reichtum der Nationen» sich «in einer gut regierten Gesellschaft» durch die «Arbeitsteilung» enorm vermehren und sich über «alle sozialen Rangstufen ausbreiten» werde:

«It is the great multiplication of the productions of all the different arts, in consequence of the division of labour, which occasions, in a well governed society, that universal opulence which extends itself to the lowest ranks of the people [...] and a general plenty diffuses itself through all the different ranks of the society (Smith 1937 [1776]: 11).»

Wenn wir aber die tieferen empirischen Zusammenhänge berücksichtigen, erscheint diese Vision als zu linear. Ihre Begriffe erfassen nicht die Mehrdimensionalität und Widersprüchlichkeit der Zusammenhänge. Es ist daher nötig, die drei Entwicklungen genauer zu betrachten.

(Zu 1.) Der Anteil der selbstständigen Unternehmer und der mithelfenden Familienangehörigen an der deutschen Erwerbsbevölkerung hat von 1882 bis 2010 sehr stark abgenommen, von 36 auf 11,6 Prozent. Das große Kapital drängte das kleine Eigentum und die Subsistenzwirtschaft zurück. Es handelte sich hierbei noch um ständische und teilweise vorkapitalistische Strukturen. Besonders schrumpfte das kleine und mittlere Bauerntum. Dieses verschwand zuerst langsam und erst sehr spät vollständig, nämlich zwischen 1950 und 1970, als die Landwirtschaft überall mechanisiert und chemisiert wurde. Größere kapitalistische Betriebe konnten die fortgeschrittenen Technologien und Berufsqualifikationen effektiver anwenden.

Tatsächlich hat dieser Prozess eine «verdeckte andere Seite». In den Volksklassen gibt es immer noch ausgedehnte Netzwerke einer informellen Ökonomie oder «Schattenökonomie». Dabei handelt es sich um Formen der unbezahlten Arbeit und

einer nichtkommerziellen Tauschwirtschaft, die von der Erwerbsstatistik gar nicht erfasst werden. Dazu gehören insbesondere die bedarfsorientierten Wirtschaftsaktivitäten der privaten Haushalte und Beziehungsnetze in den großen Volksklassen, zum Beispiel Hausarbeit und Heimwerkertätigkeiten, Nachbarschaftshilfe und Selbstversorgungswirtschaft. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit des Rückgangs der Vollbeschäftigung (1970–2011) von etwa 3 auf rund 14 Prozent gestiegen. In Italien, Spanien und Portugal lag der Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2011 bei 20 bis 23 Prozent, in Griechenland bei um die 26 Prozent (nach neueren Quellen sogar bei 30 bis 40 Prozent). Das heißt, dass die rein kapitalistische Marktwirtschaft nur eine sehr ungleiche Verteilung des Wohlstandes bewirkt, besonders wenn es keine ausgleichenden Leistungen des Sozialstaates gibt. Der auf Familien und solidarische Netzwerke der sozialen Milieus gegründete informelle Sektor leistet also einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Stabilität. Er verhindert, dass große Teile der unteren Klassen in soziale Not abstürzen.

(Zu 2.) Der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen sank in Deutschland zwischen 1882 und 2010 von 57 auf 25 Prozent. Diese Entwicklung beruht hauptsächlich auf der Abnahme der Zahl der Facharbeiter und der ungelerten Arbeiter in der Industrie. Diese Entwicklung erscheint auf den ersten Blick als dramatisch. Aber sie ist nicht der Ausdruck einer «Deindustrialisierung» oder des Übergangs zu einer «nachindustriellen Gesellschaft». Denn gerade in der Zeit von 1970 bis 2010, als der Anteil der Arbeiterschaft von 47 auf 25 Prozent schrumpfte, ist Deutschland – neben den USA und China – zu einem Weltmeister des industriellen Exportes geworden. In Wirklichkeit ist das Schrumpfen der Arbeiterschaft Ausdruck einer inneren Umstrukturierung der Industrie. (Diese Strukturentwicklung wird weiter unten im dritten Abschnitt noch differenzierter dargestellt.)

Zudem liegt der Anteil der Arbeiter an allen Erwerbstätigen in Deutschland mit 25 Prozent immer noch deutlich über dem in anderen hoch entwickelten Ländern (vgl. Abb. 4 im Anhang). Der Grund, warum der Rückgang der Industriearbeit hier weniger dramatisch verlief als in anderen fortgeschrittenen Ländern, ist das deutsche industrielle Exportmodell. Durch Zunahme der Produktivität (höhere Technologien und Arbeitsqualifikationen) wurden zwar immer weniger Arbeiter für das gleiche Industrieprodukt gebraucht. Aber durch Kosten- und Qualitätsvorteile stieg die Menge der Exportprodukte der Bundesrepublik Deutschland enorm. Daher lag der Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen hier bis 1970 immer noch bei fast 50 Prozent. Er sank erst danach stärker, unter dem Einfluss der neuen technologischen Revolution und der Deregulierung des Weltmarktes. Auch diese Entwicklungen waren nicht linear: Sie hatten von Anfang an «verdeckte andere Seiten».

Zum Ersten zeigt Abbildung 1 nicht das enorme Ausmaß von regionalen und internationalen Wanderungen: im 19. Jahrhundert der Zuzug aus Ländern wie Polen, nach 1945 die Flucht von zwölf Millionen Deutschen aus Osteuropa (20 Prozent der Bevölkerung) und nach 1960 die Arbeitsmigration aus Südeuropa und der Türkei

(10 Prozent der Bevölkerung). Diese Wanderungen dienten ebenfalls dem Ziel, den Absturz in soziale Not zu verhindern, und gingen häufig mit der Herausbildung einer Schattenwirtschaft einher. Die rechtliche und soziale Integration der Neuzugewanderten dauerte jeweils sehr lange.

Zum Zweiten zeigen die Daten in Abbildung 1 auch nicht die «Entproletarisierung». Mit der Durchsetzung des Wohlfahrtsstaates erhielt nach 1950 die Mehrheit der Arbeiterklasse Zugang zu beruflichen Qualifikation und Standards sozialer Sicherheit, die vorher der bürgerlichen Mitte (kleine Eigentümer und «bessere» Angestellte) vorbehalten gewesen waren. Dies wurde in allen kapitalistischen Ländern durch verschiedene Varianten des Wohlfahrtsstaates verwirklicht. Getragen wurde diese Politik von «korporativen», das heißt zwischen Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und anderen organisierten Interessen ausgehandelten Arrangements. Diese sollten die sozialen und politischen Risiken des Laisser-faire-Kapitalismus durch eine langfristige wirtschaftliche und soziale Stabilisierung überwinden. Infolgedessen schwanden für die Mehrheit der Arbeiter die alten Merkmale der «Proletarität» wie unsichere Beschäftigung, soziale Rechtlosigkeit und eher geringe Fachqualifikation. Die wachsende Nachfrage nach Industriegütern ließ die bereits hohe Industriebeschäftigung nach 1950 noch weiter ansteigen. Durch erkämpfte Rechte, hohes Fachkönnen und relative soziale Sicherheit erlangten die Arbeiter ihrerseits soziale und kulturelle Standards der sozialen «Mitte». Die Minderheit, die gering qualifizierten und unterprivilegierten Milieus, hatte zwar auch ihren Anteil an den Besserstellungen durch das Recht und das Sozialversicherungssystem, profitierte jedoch nicht von der Anhebung der Standards der Facharbeit und der Bildung. Sie gelangten erstmals in sichere Normalarbeitsverhältnisse, übten jedoch meist stark belastende Tätigkeiten aus wie zum Beispiel am Fließband, im Bergbau und in bestimmten Dienstleistungssektoren.

(Zu 3.) Besondere Aufmerksamkeit fand lange Zeit die enorme Zunahme der Gruppe der Angestellten und der Beamten. Zwischen 1882 und 1990 wuchs ihr Anteil an der Erwerbsbevölkerung in Deutschland von 7 auf 52 Prozent, im Jahr 2010 erreichte er sogar 63 Prozent. Dieses Wachstum verlief bis 1950, als der Anteil 21 Prozent betrug, erst langsam und danach beschleunigt. Dabei wuchs vor allem der Anteil der Angestellten, der der Staatsbeamten beträgt derzeit nur etwa 6 Prozent. Liegt also bei den Angestellten (*white collar workers*) die Zukunft einer wohlhabenden postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft? Bei oberflächlicher Betrachtung kann tatsächlich der Eindruck eines universellen Aufstiegs in die Mitte entstehen, eine große Mitte mit guter Ausbildung und guten Lebensstandards.

Tatsächlich aber war das Wachstum der Gruppe der Angestellten weitgehend Wachstum «neben» den Arbeitern. Einerseits gibt es viele Angestellte, die – wie die Arbeiter – nur eine Fachlehre absolviert haben oder ungelernt und in unsicheren, gering geachteten Stellen sind. Andererseits sind auch viele ehemals ungelernete Arbeiter durch eine bessere Ausbildung zu Facharbeitern oder sogar zu Fachangestellten in der Industrie geworden. Die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und der

Angestellten sind sich nicht völlig gleich geworden, aber sie haben sich angenähert. Die Grenze zwischen beiden ist nicht nur wegen dieser Konvergenz, sondern auch deswegen unscharf, weil die Begriffe Arbeiter und Angestellte eigentlich Kategorien des Sozialversicherungsrechts sind. Sie bezeichnen damit den Unterschied zwischen niedriger und hoher sozialer Absicherung und nicht verschiedene Formen der funktionalen Spezialisierung in der beruflichen Arbeitsteilung.

Wegen der Konvergenz der beiden Gruppen werden sie sehr häufig unter dem Sammelbegriff Arbeitnehmer (*employees*) zusammengefasst. Aber dieser Begriff wird heute zunehmend als unzureichend angesehen. Marcel van der Linden (2008: 259 ff.), der Leiter des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam, hat ausführlich dargelegt, dass die Annahme von der globalen Vorherrschaft rechtlich geregelter und freier Lohnarbeit eurozentrisch ist. Weltweit gehört zur Gruppe der freien Lohnarbeiter nur eine Minderheit von weniger als einem Zehntel aller Beschäftigten. Die mannigfachen Formen abhängiger Arbeit umfassen auch selbstausbeuterische und prekäre Jobs sowie Verhältnisse der Schuldknechtschaft. Diese nehmen auch in den formellen und informellen Ökonomien Europas seit einiger Zeit wieder zu.

### **Das «Ende der Klassen»? –**

#### **Die Vision von der «postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft»**

Die These von einem universellen Aufstieg in eine Mittelschicht mit guten sozialen Standards stützt sich auch auf eine andere Beobachtung, nämlich auf den Bedeutungsgewinn des tertiären Sektors, der Dienstleistungen. Die Daten der folgenden Abbildung zur Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Wirtschaftssektoren zwischen 1950 und 2010 weisen zunächst Ähnlichkeiten mit den dokumentierten Veränderungen bei den Berufsgruppen auf. Der Anteil der Erwerbstätigen in Land- und Forstwirtschaft schrumpfte demnach in Westdeutschland in diesem Zeitraum dramatisch von 25 auf 2,2 Prozent. Der Anteil der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk ging von 43 auf 24 Prozent zurück, während der Anteil der Dienstleistenden im tertiären Sektor von 33 auf 74 Prozent zunahm.

*Abb. 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren in Westdeutschland 1950–2010 (Angaben in Prozent)*

Sektor	1950	1960	1970	1980	1992	2000	2010
primärer Sektor (Land- und Forstwirtschaft)	25	13	9	5	3,4	2,2	2,2
sekundärer Sektor (Handwerk und Industrie)	43	48	48	45	40	29	24
tertiärer Sektor (Dienstleistungen)	33	39	43	49	56	69	74

Quelle: Geißler 2013

Dieses Wachstum war schon früh absehbar und hat bereits 1949 das Buch «Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts» von Jean Fourastié inspiriert. Es begründete die These von einer Dienstleistungsgesellschaft, in der die große Mehrheit einer höher qualifizierten, geistigen, befriedigenden und selbstbestimmten Arbeit nachgehen könne. Um 1970 verschmolz diese These mit der These vom Aufstieg aus der Arbeiterklasse. So entstand die Vision von einer «postindustriellen Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft», in der die körperliche Arbeit durch intellektuelle Arbeit und die Herrschaft der Kapitalisten durch Sachgesetze der Wissenschaft ersetzt werde (Bell 1975; Touraine 1972).

Diese These hat lange die Diskussion beherrscht. Heute ist sie durch die Entwicklung überholt. Insbesondere haben sich die Erwartungen an eine Homogenisierung der Dienstleistungen als Sektor, in dem allgemein die belastende, entfremdete und fremdbestimmte abhängige Arbeit verschwinden würde, nicht erfüllt. Die Dienstleistungen sind eine Restkategorie. Diese bezeichnet alle Tätigkeiten außerhalb der Landwirtschaft und Industrie. Damit ist sie auch eine in sich sehr heterogene Großkategorie. Sie repräsentiert in Deutschland heute weit mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen und der Wertschöpfung (vgl. Geißler 2008: 25 f.). Sie umfasst Gruppen mit sehr gegensätzlichen Interessen und Handlungslogiken. Deshalb erlaubt sie keine konsistenten Prognosen.

### **Die komplexe Struktur der Arbeitsteilung: vertikale und horizontale Differenzierungen**

Diese Problematik wird seit Längerem in der Wissenschaft diskutiert (vgl. Bourdieu 1979; Kriesi 1989; Erikson/Goldthorpe 1992; Müller 1998; Vester u. a. 2001; Oesch 2006). Dabei ist deutlich geworden, dass die Unklarheiten auf einem konzeptionellen Fehler beruhen: auf der Vermischung der vertikalen und der horizontalen Dimension der Klassenstruktur. Die verschiedenen «Stellungen im Beruf» bezeichnen nur die vertikale Position in der Hierarchie des Erwerbssystems.<sup>2</sup> Das Drei-Sektoren-Modell bezieht sich auf die horizontale Differenzierung in der funktionalen Spezialisierung der Arbeitsteilung. Beide Achsen müssen aber klar voneinander getrennt werden. Sie dürfen außerdem nicht als Sammelkategorien, sondern nur über ihren spezifischen funktionalen Beitrag zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung definiert werden. Nur so kann die Analyse die neuen Entwicklungen der Arbeitsteilung erfassen: die vertikalen

2 Als diese Unterschiede am Ende des 19. Jahrhunderts entstanden, waren die Angestellten tatsächlich auch die relativ privilegierten und gesicherten höheren Beschäftigten der Wirtschaftsunternehmen. Die Wanderung der Arbeiter zu den Angestellten erschien als vertikaler «Aufstieg», die Wanderung der Kleinbesitzenden zu den Angestellten erschien als horizontaler «Umstieg» vom «alten Mittelstand» zum «neuen Mittelstand». Diese Auffassung ist durch die Entwicklung überholt. In großem Umfang gewachsen ist vor allem der Anteil der Beschäftigten in Angestelltenberufen in den mittleren und unteren Stufen der Qualifikation, der Entlohnung und der sozialen Sicherheit. Es handelt sich also für viele nicht um einen vertikalen Aufstieg, sondern um eine horizontale Wanderung in einen neuen wachsenden Sektors der gesellschaftlichen Arbeitsteilung.



und horizontalen Differenzierungen sowie die nationalen und internationalen Dynamiken und Ungleichgewichte der Erwerbsgliederungen.

Eine solche fortgeschrittene Analyse ermöglicht das neue Analyse- und Rechenmodell des schweizerischen Sozialwissenschaftlers Daniel Oesch (2006). Er hat es in einer international vergleichenden Analyse der Berufsgliederung auf der Grundlage von Paneldaten erprobt (vgl. Abb. 3). Für jede Dynamik sieht das Modell eine eigene räumliche Differenzierungsachse vor:

1. die klassische Trennlinie zwischen Unternehmern (in der rechten Spalte der Abbildung) und Arbeitnehmern (in den drei linken Spalten);

2. eine Einteilung nach den vier vertikalen Stufen des Bildungskapitals in den fortgeschrittenen Ländern:

– akademische Professionen (Abschluss an einer Hochschule),

– Semiprofessionen (Abschluss an einer Fachschule),

– Lehrberufe (Abschluss einer Fachlehre – *skilled workers*),

– Un- und Angelernte (ohne Fachausbildung – *routine employees*);

3. eine horizontale Gliederung der Arbeitnehmerberufe in drei funktionale Segmente, unterschieden nach Arbeitslogiken bzw. generellen Spezialisierungen:

– organisatorische Arbeitslogik (Verwaltungsaufgaben für Staat und Unternehmen),

– technische Arbeitslogik (Gütergewinnung und -produktion),

– interpersonelle Arbeitslogik (insbes. Bildung, Gesundheit, Soziales, Publizistik, Kultur und andere Humandienstleistungen).

### ***Abb. 3: Verschiebungen der Berufsstrukturen nach dem Modell von Oesch***

Anteile der Berufsgruppen an der Gesamtheit der Erwerbstätigen der Bundesrepublik Deutschland, 1991–2009 (1 Prozent = ca. 0,4 Millionen Erwerbstätige)

#### **Legende:**

▲ Wachstum zwischen 0,6 und 3,0 %

▲▲ Wachstum zwischen 3,1 und 8,8 %

▼ Abnahme zwischen 1,1 und 2,8 %

▼▼ Abnahme zwischen 5,2 und 15,6 %

	Arbeitnehmer			Selbständige
<b>Qualifikationsrang</b> nach dem am Arbeitsplatz erforderlichen Ausbildungsabschluss	<b>interpersonelle Arbeitslogik</b> ▲ (Human- dienstleistungen) Sektor insgesamt: 25,7% -> 27,8% (+ 2,1%)	<b>technische Arbeitslogik</b> ▼▼ Sektor ohne Landwirtschaft: 40,2% -> 32,0% (- 8,2%) Sektor mit Landwirtschaft: 41,4% -> 33,4% (- 8,0%)	<b>organisatorische Arbeitslogik</b> ▲ (Verwaltungs- dienstleistungen) Sektor insgesamt: 23,4% -> 26,4% (+ 3,0%)	<b>selbständige Arbeitslogik</b> ▲ Sektor insgesamt: 9,5% -> 12,2% (+2,7%)
<b>Professionen</b> ▲▲ Berufe, die einen Hochschulabschluss voraussetzen/«akademische Berufe» 10,1% -> 18,9% (+ 8,8%)	<b>soziokulturelle Experten</b> ▲ höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- u. Publizistikberufe 3,6% -> 5,3% (+ 1,7%)	<b>technische Experten</b> ▲ Ingenieur-, Informatik- u. Architekturberufe 2,4% -> 4,7% (+ 2,3%)	<b>oberes Management</b> ▲▲ höhere Verwaltungs-, Finanz- u. Vermarktungsberufe 2,1% -> 5,2% (+ 3,1%)	<b>freie Berufe</b> ▲ 0,9% -> 2,5% (+ 1,6%) große u. mittlere Unternehmer ▶ 1,1% -> 1,2% (+ 0,1%)
<b>Semiprofessionen</b> ▲▲ höhere Fachausbildung/«halb-akademische Berufe» und Kleingewerbe mit Beschäftigten 20,7% -> 26,0% (+ 5,3%)	<b>soziokulturelle Semiprofessionen</b> ▲ Erziehungs-, Sozialarbeits- u. Therapiefachberufe 5,7% -> 6,9% (+ 1,2%)	<b>technische Semiprofessionen</b> ▶ Computer-, Elektro- u. Überwachungs- techniker 6,0% -> 5,3% (- 0,7%)	<b>unteres Management</b> ▲▲ Verwaltungs-, Buch- haltungs-, und Rechtsberufe 5,6% -> 10,5% (+ 4,9%)	<b>Kleingewerbe mit (bis zu zehn) Beschäftigten</b> ▶ Handel, Handwerk, Gastronomie u. Landwirtschaft 3,4% -> 3,3% (- 0,1%)
<b>Lehrberufe</b> ▼▼ Berufe mit Fachlehre ( <i>skilled employees</i> ) und Kleingewerbe ohne Beschäftigte 45,4% -> 29,8% (- 15,6%)	<b>qualifizierte Dienstleistende</b> ▼ Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Betreuungs-, Pflege- u. Schönheitsberufe 7,2% -> 4,4% (- 2,8%)	<b>qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker</b> ▼▼ Facharbeiter-, Elektro-, Mechaniker- u. Handwerksberufe 20,6% -> 12,2% (- 8,4%)  <b>qualifizierte technische Fachkräfte in Land- u. Forstwirtschaft</b> ▶ 0,8% -> 0,5% (- 0,3%)	<b>qualifizierte Büro- u. Verwaltungsfachkräfte</b> ▼▼ Büro-, Finanz- u. Sekretariats- fachkräfte 12,7% -> 7,5% (- 5,2%)	<b>Kleingewerbe ohne Beschäftigte</b> ▲ Handel, Handwerk, Gastronomie u. Landwirtschaft 4,1% -> 5,2% (+ 1,1%)
<b>An- und Ungelernte</b> ▲ gering qualifizierte Arbeitskräfte ( <i>routine employees</i> ) 23,8% -> 25,1% (+ 1,3%)	<b>gering qualifizierte Dienstleistende</b> ▲ Verkaufs- u. Dienstpersonal 9,2% -> 11,2% (+ 2,0%)	<b>gering qualifizierte Arbeiter</b> Produktion u. Transport 11,2% -> 9,8% (- 1,4%) ▼ - Land- u. Forstwirtschaft 0,4% -> 0,9% (+ 0,5%) ▶	<b>gering qualifizierte Büro- u. Verwaltungskräfte</b> ▶ Kassierer-, Büro-, Boten- u. Lagerberufe 3,0% -> 3,2% (+ 0,2%)	

Quelle: Vester/Weber-Menges (2012)

Datengrundlage: Mikrozensus Scientific Use File (amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland) mit einem Auswahlsatz von einem Prozent der Haushalte und der Bevölkerung; n = 192.101 (1991) und 181.309 (2009). Auswertung nach dem von Sonja Weber-Menges überarbeiteten Erwerbsklassenschema von Oesch (2006).

Wie Abbildung 3 zeigt, erhalten wir durch die Überschneidung der Achsen eine übersichtliche räumliche Gliederung. Die früheren drei Großkategorien werden durch 17 «Erwerbsklassen» – wie es Max Weber nennt, der ebenfalls von einer horizontalen und vertikalen Pluralität von Klassen ausging (Weber 1980 [1921]: 178 f.) – abgelöst. Die Mehrdimensionalität des Raumes von Oesch ermöglicht es, Bewegungen und Differenzierungen herauszuarbeiten, die vorher in Sammelkategorien aufgingen. Die Sammelkategorie Dienstleistungen zerfällt (bei den abhängig Beschäftigten) in zehn funktionale Teilgruppen. Zu ihnen gehören alle vier Stufen der organisatorischen Arbeitslogik, alle vier Stufen der interpersonellen Arbeitslogik und die oberen zwei Stufen der technischen Arbeitslogik. Die dadurch entstehenden Gruppen sind homogener und ermöglichen daher eindeutige Diagnosen der Entwicklung. Gleichzeitig können Verschiebungen zwischen den Berufsgruppen sichtbar gemacht werden. Dazu gehört besonders die Differenzierung der Erwerbsklassen durch das Wachstum modernerer Klassenfraktionen mit höherem Bildungskapital.

Oesch hat sein Modell genutzt, um die Erwerbsstrukturen und Entwicklungspfade von Deutschland, Großbritannien, Schweden und der Schweiz im Jahre 2000 zu vergleichen (Oesch 2006). Die Forschungsgruppe «Habitus und Milieu» an der Universität Hannover hat das Rechenprogramm von Oesch genutzt, um die Verschiebungen zwischen den Erwerbsklassen im Zeitraum von der deutschen Vereinigung (bzw. 1991) bis zur aktuellen Wirtschaftskrise (bzw. 2009) zu analysieren (Vester/Weber-Menges 2012). Grundlage waren die repräsentativen Daten des Mikrozensus, die feinere Unterscheidungen ermöglichen als das Sozioökonomische Panel (SOEP), das Oesch benutzt hat. (Gleichzeitig wurden als 18. Berufsgruppe «qualifizierte Fachkräfte in Land- und Forstwirtschaft» hinzugefügt.) In der Auswertung zeigten sich dann wesentliche, miteinander verknüpfte Strukturverschiebungen.

Das Ergebnis wird in den folgenden Abschnitten näher dargestellt. Es lässt sich hier vorweg knapp zusammenfassen: Die Bundesrepublik wird langfristig eine «industrielle Dienstleistungsgesellschaft» (Geißler 2008) bleiben, steht aber unter Veränderungsdruck. Die Dynamiken der Arbeitsteilung wirken anhaltend und dauerhaft. Die deutsche Gesellschaft reagiert auf die Erfordernisse der wachsenden internationalen Konkurrenz mit zunehmender Höherqualifikation der Erwerbstätigen, industrie-gesellschaftlicher Tertiarisierung und Einbeziehung der weiblichen Produktivkraft. Diese Entwicklungen haben aber nicht die Gestalt einer linearen Steigerung von Einzel-tendenzen, die sich unbegrenzt fortsetzen. Die Hochqualifikation macht nicht die anderen Qualifikationsstufen überflüssig. Die Dienstleistungen machen nicht die Industrie überflüssig. Und die weibliche Erwerbstätigkeit setzt sich auch nicht universell durch. Insgesamt handelt es sich nicht um «Trends», sondern um Widersprüche und Konflikte, bei denen es um die Herausbildung neuer Balancen oder Proportionen zwischen den Komponenten der Arbeitsteilung geht. Es sind im Wesentlichen drei in sich widersprüchlich strukturierte Dynamiken, die in den folgenden Abschnitten ausführlicher erörtert werden:

- Spannungen und Balancen in der Hierarchie der beruflichen Qualifikation (Abschnitte 4 und 5);
- Spannungen und Balancen im Verhältnis von Industrie und Dienstleistungen (Abschnitt 6);
- Spannungen und Balancen in der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen (Abschnitt 7).

### **Die Hierarchie der «Wissensgesellschaft»:**

#### **Pyramide, Eieruhr, Pilz oder Orange beziehungsweise Olive?**

Bis in die 1950er Jahre hinein hatte die Hierarchie der beruflichen und allgemeinen Bildung die Gestalt einer steilen Pyramide mit einer schmalen Spitze hoher Qualifikationen und einer breiten Basis geringerer Qualifikationen. Seitdem hat die Dynamik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eine zunehmende berufliche Spezialisierung hervorgebracht, die auch immer bessere Kompetenzen und Ausbildungen erfordert.

Es gibt drei Szenarien, die anhand der empirischen Daten überprüft werden müssen:

- Erhält die Hierarchie der Qualifikationen die Gestalt einer Eieruhr? Das heißt: Gibt es eine Aufteilung in eine «Elite» von Fachleuten, die ein Universitätsstudium abgeschlossen haben, und eine «Masse», die nur gering qualifiziert ist und einfache Routinearbeiten ausführt (während die Gruppe derjenigen mit mittlerer Qualifikation kleiner wird)?
- Oder wird die Pyramide durch einen Pilz ersetzt, wobei die meisten Arbeitsplätze ein Hochschulstudium erfordern und die mittleren und unteren Qualifikationsstufen nach und nach funktional überflüssig werden?
- Oder strebt die Entwicklung zur Form einer Orange oder Olive, bei der nach wie vor alle Qualifikationsstufen gebraucht werden, aber alle – wie in einem Fahrstuhl – weiter angehoben werden?

Wir können diese drei Szenarien mit den Daten aus Abbildung 3 zur Entwicklung der Berufsstrukturen von 1991 bis 2009 vergleichen:

- Der Anteil der akademischen Professionen an allen Berufen hat sich von 10,1 auf 18,9 Prozent erhöht.
- Der Anteil der fachgeschulten Semiprofessionen hat sich von 20,7 auf 26,0 Prozent erhöht.
- Der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachlehre ist von 45,4 auf 29,8 Prozent gesunken.
- Der Anteil der an- und ungelernten Erwerbstätigen ist von 23,8 auf 25,1 Prozent gestiegen.

Nach diesen Daten hatte die Qualifikationsverteilung schon 1991 nicht mehr die Form einer Pyramide. Wir sehen vielmehr eine anhaltende, wenn auch langsame Bewegung in Richtung höherer Qualifikationen. Dem steht bemerkenswerterweise nur eine geringe Zunahme der Niedrigqualifikation gegenüber; der Anteil der an- und ungelernten Erwerbstätigen wuchs von etwa 24 auf etwa 25 Prozent. Das spricht

gegen das erste Szenario, die Eieruhr, und eher für eine Verschiebung weg von der Pyramide hin zur Orange.

Welche empirische Grundlage hat das zweite Szenario, der Pilz? Wenn wir die beiden obersten Gruppen (Professionen und Semiprofessionen) zusammennehmen, sehen wir eine eindrucksvolle Zunahme des Anteils dieser beiden höheren Qualifikationen von 30,8 auf 44,9 Prozent. Aber diese Berechnung enthält einen Denkfehler. Die Semiprofessionen sind ein Teil der Mitte, und ihr Anteil an allen Berufen ist mit 26 Prozent auch größer als der der Professionen, der mit 19 Prozent keineswegs einen breiten Pilzkopf bildet. Die Daten sprechen also eher für das dritte Szenario, die Orange (Oesch 2006: 52), mit einer sich nach oben verschiebenden Mitte. Dies ist eine Konzentration in der Mitte, die in der chinesischen Diskussion treffend mit dem Bild der Olive beschrieben wird. Denn die beiden mittleren Stufen, die mit 56 Prozent die Mehrheit bilden, erstrecken sich vertikal über ein großes Spektrum von Qualifikationsstufen. Doch diese Mitte ruht nicht in sich selbst. Sie ist äußerst dynamisch. Nach den Daten von Abbildung 3 ist der Anteil der oberen Mitte (Semiprofessionen) auf 26,0 Prozent gestiegen (+ 5,3 Prozent), während der Anteil der unteren Mitte (Fachlehraabschluss) auf 29,8 Prozent gesunken ist (- 15,6 Prozent).

Was bedeutet diese innere Verschiebung in der Mitte? Die Daten der Abbildung zeigen, dass hier eine nach Sektoren sehr ungleiche Entwicklung vorliegt:

- Bei den Dienstleistungen gibt es einen Zuwachs bei den Berufsgruppen der Mitte und besonders der oberen Mitte.
- Im technisch-industriellen Sektor ist es umgekehrt: Der Anteil der mittleren Berufsgruppen, insbesondere der der Facharbeiter und Handwerker, nimmt ab. Ja, der gesamte Sektor der technisch-industriellen Berufe ist erheblich, von 40,2 auf 32,0 Prozent, geschrumpft.

Diese beiden gegensätzlichen Entwicklungen müssen in den folgenden Abschnitten genauer betrachtet werden.

### **Restrukturierung des industriellen Exportmodells durch globale Strukturverschiebungen**

Inwiefern bedeutet die Entwicklung nicht das Ende der Industrie oder der Industriegesellschaft, sondern deren Umstrukturierung? Welchen Einfluss haben die neue technologische Revolution und die Deregulierung des Weltmarktes auf diese Umstrukturierung?

Die Beschäftigungsrückgänge in den technisch-industriellen Berufen sind bekanntlich nicht während eines Niedergangs, sondern während eines nie dagewesenen Aufschwungs der Exportindustrien nach 1990 eingetreten. Die funktionale Bedeutung der technischen Arbeit oder der Industrie nahm zu und nicht ab. Aber es überschritten sich verschiedene Dynamiken, die in gegensätzliche Richtungen wirkten. Das Resultat war eine widersprüchliche Dynamik der industriellen Qualifikationshierarchie, die in der Forschung als «polarisiertes *upgrading*» (Oesch/Rodriguez 2011) bezeichnet wird.

(a) Das *upgrading*, die Zunahme höherer Qualifikationen, ist ein Prozess, an dem die deutsche Industrie durchaus energisch teilgenommen hat. Mit der zunehmenden Arbeitsteilung und Spezialisierung nahm das Gewicht der intelligenteren Arbeitsweisen und Technologien zu. Die Dynamik der Produktivkräfte führte auch in der Industrie zu enormen neuen Steigerungen des Outputs. Wenn diese Dynamik alleine gewirkt hätte, wäre sie mit einer entsprechenden Zunahme der Beschäftigung (besonders auf der mittleren und höheren Qualifikationsebene) verbunden gewesen.

(b) Die Gruppe der in der Industrie Beschäftigten nahm trotzdem stark ab, und zwar in besonderem Maße in der Mitte. Das *upgrading* war mit einer relativen Ausdünnung der Mitte verbunden, sodass der Eindruck einer Polarisierung nach oben und unten entstand. Wie ist dies zu erklären?

Ein Hauptfaktor war der internationale Kostendruck. Dieser sorgte dafür, dass die Arbeit verdichtet, unter Wert eingestuft oder in Niedriglohnländer ausgelagert wurde.<sup>3</sup> Nach 1970 war zunächst nur die gering qualifizierte und entlohnte Industriearbeit (etwa im Textilsektor) ausgelagert worden, vor allem nach Ostasien. Ab den 1990er Jahren geschah etwas Neues: Nun wurden auch Facharbeit und die hoch qualifizierte technische Arbeit ausgelagert, insbesondere nach Ostmitteleuropa. Die «Kosteneinsparung» drückte auf die Beschäftigtenzahl auf allen vier Qualifikationsstufen. Sie drosselte die Beschäftigung auf den höheren Gehaltsstufen der Professionen und Semiprofessionen. Die meisten Kostensenkungen waren aber möglich bei den mittleren Arbeitseinkommen auf der Facharbeit-Etage, weil diese am stärksten besetzt war. Der Rückgang des Facharbeiteranteils an der Erwerbsbevölkerung war mit 8,4 Prozent eindeutig am größten (er fiel auf 12,2 Prozent zurück). Die technische Arbeit schrumpfte also in der Mitte erheblich mehr als auf den oberen und unteren Stufen der Qualifikationshierarchie. Dadurch entstand der Eindruck einer «Polarisierung».

(c) Es gibt aber auch wichtige Gegenbewegungen, die das Schrumpfen der technisch-industriellen Arbeit bremsen. Die «Tendenz der Auslagerung» folgt nicht bedingungslos den niedrigsten Kosten. Dies ist eine Folge des deutschen Exportmodells. Die industrielle Exportquote und damit die Beschäftigung in der industriellen Produktion ist deutlich höher als in anderen hoch entwickelten Ländern (vgl. Abb. 4 im Anhang). Dieser Erfolg beruht nicht auf Kostenunterbietung, sondern auf spezialisierter Qualitätsproduktion, die eine große Mitte und Zahl von qualifizierten Facharbeitern und Semiprofessionen braucht. Dies ist ein besonderes Spezifikum des deut-

3 Die Supergewinne der Exportbooms wurden dabei nur sehr begrenzt durch eine höhere Teilhabe der Arbeitnehmer umverteilt. Denn der Rückgang der industriellen Beschäftigung war, wie Martin Allespach (2009: 278) herausgearbeitet hat, in nicht geringem Maße durch die Export fördernden Maßnahmen der Lohnkostensenkung, der Arbeitsverdichtung und der Lohnzurückhaltung bedingt. Die Weltmarkterfolge waren nur teilweise auf ein Produktivitätswachstum durch technische Innovationen und höhere Arbeitsqualifikationen zurückzuführen; dieses lag für Deutschland «im unteren Drittel der OECD-Länder und damit deutlich unter dem Durchschnitt. Das heißt [...], dass Deutschland seine Weltmarkterfolge in den letzten 20 Jahren vor allem durch eine Lohnmoderation [...] errungen hat» (ebd.).

schen Modells, dessen Erfolge gegenwärtig intensiv diskutiert werden (vgl. Allespach/Ziegler 2012; Kuda u. a. 2012): Die positive deutsche Wachstums- und Exportbilanz ist vor allem durch die Kernbereiche der Autoindustrie und des Maschinenbaus geschaffen worden. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt dadurch, dass die meisten Unternehmen ihre Produktionen gerade nicht nach der Kostenlogik, sondern nach der Qualitätslogik entwickelt haben. Erhaltens- und förderungswert waren nicht einfach die einzelnen Standorte, die zu den niedrigsten Kosten Massenprodukte herstellten, sondern Unternehmen, die von den Synergieeffekten größerer regionaler Zusammenhänge profitierten und sich durch spezialisierte und innovative Qualitätsprodukte stabile Abnehmermärkte sichern konnten. Die gewerkschaftliche Kampagne für eine «bessere statt billigere Produktion» hat diese Strategie erheblich befördert.

Aus diesen Gründen ist die Gruppe der Facharbeiter durch die Politik der Kostensenkungen nur begrenzt verkleinert worden. Mit ihrem verbleibenden Anteil von 12,2 Prozent ist sie immer noch die größte aller Erwerbsklassen in Deutschland und damit auch deutlich größer als etwa in Schweden oder Großbritannien. Dies ist nur in Ländern möglich mit hohen Standards bei der Bildung, der Rechtssicherheit und Infrastruktur sowie dichten wirtschaftlichen Netzwerken und Clustern, was für die Bundesrepublik und auch für verschiedene höher entwickelte Regionen in China zutrifft. In diesem Fall ist nur eine begrenzte Abwanderung in Niedrigkostenländer zu fürchten. Das heißt, die Lieferketten werden eher in andere höher entwickelte Länder verlängert, beispielsweise innerhalb der Europäischen Union. Damit verbunden ist eine kooperative Unternehmensstruktur, auf die in den Sammelbänden von Allespach/Ziegler (2012) und Kuda u. a. (2012) ebenfalls ausführlich eingegangen wird:

«Die deutsche Industriestruktur wird getragen von vielen kleinen und mittleren Industriebetrieben sowie großen Weltkonzernen. Die industriellen Wertschöpfungsketten stützen sich auf gewachsene Netzwerke zwischen Herstellern, Zulieferern und industrienahen Dienstleistungen. In Deutschland ist nach wie vor das wichtige Know-how sowohl in der Forschung als auch in der Fertigungstechnik vorhanden. Die Fähigkeit – Produkt, Prozess und Netzwerke zu kombinieren – kann nur ausgespielt werden, weil hochqualifizierte und motivierte Beschäftigte dafür sorgen» (Allespach/Ziegler 2012: 10).

(d) Doch auch hier gibt es wieder eine Gegentendenz. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hat verzögert, seit etwa Mitte 2012, zunehmend zum Rückgang deutscher Exporte geführt. Die Ursachen liegen paradoxerweise in dem erfolgreichen Exportmodell selbst. Um den Export billiger zu machen, haben seit Ende der 1970er Jahre die Unternehmen die Arbeitseinkommen und hat der Staat die Sozialausgaben, das heißt also die Inlandsnachfrage, gebremst. Die Export-Import-Balance wurde dadurch nicht zuletzt innerhalb Europas gestört. Wegen seiner gebremsten Inlandsnachfrage importiert Deutschland, im Vergleich zum Export, zu wenig. Die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten ist mehr von der Nachfrage anderer Länder abhängig. Diese Nachfrage bricht aber jetzt ein. Das Problem wird bisher auch noch

durch die Europapolitik der deutschen Regierung verschärft. Sie drängt die Länder Südeuropas zu einer Senkung der Staatseinnahmen und -ausgaben. Dadurch wird dort die Rezession verstärkt und die Massenkaufkraft gesenkt. Infolgedessen sinkt auch die Nachfrage nach Autos und anderen Industrieprodukten aus Deutschland. Es wird daher diskutiert, die Industrieproduktion in Südeuropa durch gezielte europäische Investitionen anzukurbeln, damit Beschäftigung und Export in diesen Ländern wieder zunehmen. Gleichzeitig wird diskutiert, wie die industrielle und die allgemeine Beschäftigung durch einen ökologischen und sozialen Umbau gefördert werden können.

Insgesamt bestätigen die Daten kein allgemeines Strukturgesetz, nach dem die technische Facharbeit linear von der akademischen und technischen Intelligenz oder den Dienstleistungen abgelöst wird. Weder der technisch-industrielle Sektor noch die Facharbeiter sind in Deutschland, wo der Export mehr als ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes ausmacht, ein «Auslaufmodell». Aber das Verhältnis zu den anderen Sektoren, das heißt insbesondere zu den Dienstleistungen, muss in ein anderes Gleichgewicht gebracht werden.

### **Drei Arten von Dienstleistungen: technische, administrative und soziale**

Spiegelbildlich zur Abnahme der technisch-industriellen Erwerbsarbeit nimmt die Beschäftigung in den Dienstleistungssektoren zu. Prozentual und in absoluten Zahlen tauchen die in der Industrie freigesetzten 8,2 Prozent der Beschäftigten überwiegend (mit 5,1 Prozent) in den Dienstleistungssektoren wieder auf (vgl. Abb. 3). Die Aufschlüsselung der Daten nach drei Arten der Dienstleistungen zeigt, dass dabei keineswegs diejenigen Dienstleistungen dominieren, die «postindustrielle» private Konsum- und Lebensbedürfnisse erfüllen. Überwiegend erfüllen die Dienstleistungsberufe immer noch funktionale Bedarfe einer Industriegesellschaft, wie dies Rainer Geißler in seinem Standardwerk über die Sozialstruktur Deutschlands nachweist. Daher müsse nicht von einer «postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft», sondern von einer industriellen Dienstleistungsgesellschaft» gesprochen werden (Geißler 2008: 166). Dass diese Bedarfe eher zunehmen, zeigt sich an den verschiedenen Entwicklungen der drei Segmente der Dienstleistungen (vgl. Abb. 3).

(a) Wie im vorangehenden Abschnitt dargestellt, nimmt der Anteil der technisch-industriellen Berufsgruppen innerhalb Deutschlands bis zu einem gewissen Grad ab. Im Falle von Auslagerungen tauchen sie in anderen Ländern wieder auf, zurzeit besonders im Osten der Europäischen Union. Sie verschwinden also häufig gar nicht aus der Sozialstruktur, wenn wir diese auf europäischer Ebene bzw. international betrachten. Diese Entwicklung betrifft auch die technischen Dienstleistungen, allerdings hauptsächlich auf der Stufe der Semiprofessionen, deren Anteil an allen Berufsgruppen von 6,0 auf 5,3 Prozent gesunken ist. Der Anteil der akademischen Profession der technischen Experten dagegen ist deutlich gewachsen, von 2,4 auf 4,7 Prozent. In Schweden und in der Schweiz lag um das Jahr 2000 sein Anteil etwa ein Prozent höher,



in Großbritannien (das dem postindustriellen Pfad begünstigte und eine schlechte Exportbilanz hat) etwa 3 Prozent niedriger als in Deutschland (vgl. Abb. 4 im Anhang).

(b) Der Anteil der organisatorischen und verwaltenden Dienstleistungsberufe hat um 3,0 Prozentpunkte auf 26,4 Prozent zugenommen. Diese Dienstleister erfüllen eher direkt wirtschaftliche und staatliche Bedarfe. Es handelt sich um Arbeitnehmer in Management-, Verwaltungs-, Finanz-, Vermarktungs- und Rechtsberufen, für die, aufgrund zunehmender Komplexität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Bedarf gewachsen ist. Von diesen ist ein großer Teil in den Industrieunternehmen selbst oder in den Firmen beschäftigt, die ihnen zuarbeiten. Ein anderer Teil arbeitet in den öffentlichen und privaten Verwaltungs-, Versicherungs-, Rechts- und Ausbildungsinstitutionen, deren Aufwand zu den «Generalkosten» des sekundären Sektors gehört (ebd.: 166 ff.). Es wurden dabei besonders viele Arbeitsplätze auf den beiden oberen Stufen, die für soziale Aufsteiger interessant sind, geschaffen.

(c) Die interpersonellen Dienstleistungen haben demgegenüber allgemeiner und stärker zugenommen. Ihr Anteil hat sich um 2,1 Prozentpunkte auf 27,8 Prozent der Erwerbstätigen vergrößert. Sie erfüllen eher indirekt industrielle und gesamtgesellschaftliche Bedarfe. Das größte Gewicht haben wiederum nicht die verbrauchsbezogenen Dienstleistungen, die für Konsum-, Freizeit- und Urlaubsbedürfnisse da sind. Umfangreicher sind die eher öffentlichen Humandienstleistungen der Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Pflege-, Sozial- und Ordnungsberufe. Diese sind für die steigenden Bedarfe der Aus- und Weiterbildung, der Gesundheit und Pflege, der Sozialdienste und der Infrastrukturen da. Sie sind also für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und Integration sowie die Bereitstellung von «Humankapital» langfristig besonders wichtig (ebd.). Die interpersonellen Dienstleistungsberufe sind zudem der einzige Sektor, in dem nicht nur die oberen Gehaltsgruppen wachsen, sondern auch die mittleren. In den Humandienstleistungen sind die größten Expansionspotenziale des Arbeitsmarktes. Dies zeigen die klassischen skandinavischen Modelle des Wohlfahrtsstaates, die die Arbeitslosigkeit allgemein und insbesondere für die Frauen senken konnten. Einer vom Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz geleiteten Expertengruppe zufolge werden die Bildungs- und Gesundheitsberufe, ökonomisch betrachtet, für die langfristige Bereitstellung von zukunftsweisendem Humankapital besonders gebraucht und die technischen Intelligenzberufe nicht zuletzt für den ökologischen Umbau (Fitoussi/Stiglitz 2009). Durch die höhere Beschäftigung in diesen Sektoren und eine gerechtere Verteilung der Einkommen würde gleichzeitig die Inlandsnachfrage steigen und die Wirtschaftskrise bekämpft.

### **Gleichstellung der Frauen als Chance und Konflikt**

Mit der Expansion der höher qualifizierten Berufe und der Humandienstleistungen wachsen besonders diejenigen Berufsgruppen, in denen herkömmlicherweise vergleichsweise viele Frauen arbeiten. Durch parallele Dynamiken des «Wertewandels» und des Erwerbssystems hat die Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben und an der

Bildungsexpansion erheblich zugenommen. Allein zwischen 1970 und 2004 ist in Westdeutschland der Anteil der 15- bis 65-jährigen Frauen an der Erwerbsbevölkerung von 46 auf 65 Prozent gestiegen, in Ostdeutschland gingen 1990 sogar 92 Prozent der 25- bis 60-jährigen Frauen einer Erwerbstätigkeit nach (ebd.: 396 f.). Der internationale Vergleich der Frauenerwerbsanteile zeigt gleichwohl noch eine krasse geschlechtliche Segmentierung des Arbeitsmarktes und geringere Aufstiegschancen für Frauen (vgl. Abb. 4 im Anhang). Diese Ungleichheiten sind beim deutschen «Alleinverdienermodell» stärker ausgeprägt als beim schwedischen «Doppelverdienermodell», das den Frauen mit dem Ausbau der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienstleistungen mehr Arbeitsplätze und Aufstiegsmöglichkeiten bietet (vgl. Pfau-Effinger 2000). Länder mit einem konservativen «Alleinverdienermodell» entlasten erwerbstätige Frauen weniger und haben daher niedrigere Geburtenraten. Spannungen entstehen hier dadurch, dass in der Bundesrepublik sowohl die Einkommen je Arbeitsstunde als auch die Wochenarbeitszeit und die Beschäftigungsstandards im Durchschnitt deutlich niedriger sind als in vielen anderen OECD-Ländern und dass zunehmend jüngere Männer in die expandierenden Berufsgruppen drängen. Allerdings ist die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarktes nur ein Teil des Problems. Weitere Aspekte werden in dem Beitrag von Katharina Pühl behandelt.

### **Wege der künftigen Entwicklung:**

#### **Druck der Krise und neuer Demokratiebewegungen**

Mit meinen Ausführungen habe ich zu zeigen versucht, dass die Entwicklung der ökonomischen Gesamtgliederung nicht durch einen «objektiven Trend», der sich gleichsam automatisch gegen andere Trends durchsetzt, erklärt werden kann. Der «Gesamtarbeiter» ist ein kooperativer Zusammenhang, in dem die einzelnen Teile sich gegenseitig brauchen. Industrie und Dienstleistungen, körperliche und geistige Arbeit, weibliche und männliche Arbeit verändern aber ihr Verhältnis zueinander immer mehr. Diese Entwicklung der Produktivkräfte ist reich an Spannungen und Konflikten. Doch dabei geht es nicht darum, dass das eine das andere besiegt, sondern dass eine neue Balance (wie man in Europa sagt) oder Harmonie (wie man in China sagt) zwischen ihnen erreicht wird.

Die Daten, die wir haben, sind noch unzureichend, nicht detailliert genug und nicht international genug. Aber angesichts der Tatsache, dass es kürzlich noch überhaupt keine Datenanalysen zur Dynamik der Gesamtgliederung gab, stellen sie eine deutliche Verbesserung dar. Sie bestätigen, dass die Dynamiken der Arbeitsteilung in Deutschland von sich aus keine extreme Formen annehmen, sondern eher zu einer ausgeglichenen Balance neigen – mit dem Schwerpunkt auf einer großen, gut qualifizierten Mitte von spezialisierten Berufen, sodass die Verteilung am ehesten der Form einer Olive oder einer Orange entspricht.

Länder, die stattdessen auf einseitige Entwicklungen gesetzt haben, sind damit gescheitert. Diese Wahrheit ist allerdings erst mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskri-

se ans Licht gekommen. Manche Länder, beispielsweise Großbritannien, haben lange in den kommerziellen Dienstleistungen ein Allheilmittel gesehen und die Industrie als ein Projekt von gestern betrachtet – Stichwort «postindustrielle Dienstleistungsgesellschaft». Dadurch sind sie zum Verlierer im jetzigen Wettbewerb um Wirtschaftsentwicklung, Export und Arbeitsplätze geworden. Andere Länder, beispielsweise Spanien, haben auf die Spekulation mit Immobilien gesetzt, für die jetzt die Käufer fehlen. Sie haben Unmengen von jungen Leuten auf die Universitäten geschickt – Stichwort «Wissensgesellschaft» –, aber keine Arbeitsplätze für dieses neue akademische Proletariat geschaffen.

Alle diese Disproportionen sind durch Entscheidungen der Regierungen begünstigt worden, die vor allem im Interesse einer kleinen Klassenfraktion, des Finanzmarktkapitals, handelten. Auch das deutsche Modell setzt derzeit auf kommerzielle Dienstleistungen und einen Ausbau der akademischen Bildung. Aber es besteht weiterhin ein Gegengewicht: eine große Mitte, in der man mit einer guten mittleren Qualifikation immer noch einfacher einen Arbeitsplatz finden kann als in den meisten anderen Ländern. Die Arbeitslosigkeit der Jüngeren beträgt in Spanien 50 Prozent, in Deutschland liegt sie deutlich unter dem internationalen Durchschnitt.

Wegen der wirtschaftlichen Erfolge blicken nun viele auf Deutschland. In Ländern wie Spanien wird ein Kurswechsel diskutiert: erstens mehr mittlere Ausbildung (angelehnt an das erfolgreiche duale Berufsbildungssystem in Deutschland) und zweitens eine Art Marshallplan (zum Aufbau der industriellen Beschäftigung und Exportstärke, auch in Südeuropa). Aber es wird, auch wieder insbesondere in Spanien, über etwas diskutiert, was nicht zum gegenwärtigen deutschen Modell gehört: über die Hinwendung zu einer modernen Form des skandinavischen Wohlfahrtsstaates. Denn dieser kann etwas, was das jetzige deutsche Modell nicht vermag: Er stellt eine Balance zwischen den auseinanderdriftenden sozialen Gruppen sowie zwischen der Industrie und den Dienstleistungen her. Gemeint sind nicht die kommerziellen Dienstleistungen, sondern die meist öffentlichen Humandienstleistungen, die in großem Umfang Arbeitsplätze auch für Frauen schaffen und gleichzeitig eine bessere Versorgung der Menschen mit Bildung, Infrastruktur, Kultur sowie medizinischen und sozialen Diensten sicherstellen. Das deutsche Modell ist derzeit aufgrund erheblicher Kürzungen in diesem Bereich, sowohl bei den Dienstleistungen als auch bei den Einkommen, (noch nicht wieder) dazu in der Lage, Ähnliches zu leisten. Aber nur wenn eine soziale Balance besteht, kann die ungeheure Zunahme der Produktivität und des Reichtums der Gesellschaft zu einer «wohlhabenden Mittelschichtgesellschaft» führen.

Diese Veränderungen der Institutionen und der Produktionsverhältnisse kommen nicht allein durch Debatten zustande. Aber es ist ein Druck von zwei Seiten entstanden. Zum einen hält die Dynamik der Krise an, die seit 2009 in bestimmten Abständen immer neue Zuspitzungen hervorbringt, die die Politiker zwingen, mit dem Umbau und Aufbau der Institutionen Europas und der Weltwirtschaft fortzufahren, um die gefährlichen Entwicklungen der Finanzmärkte und der Ökonomie

unter Kontrolle zu bringen. Zum anderen haben auch die Spannungen hinsichtlich der wachsenden sozialen Ungleichheit, des ökologischen Umbaus der Ökonomie und der demokratischen Partizipation wieder zugenommen. Aus diesen sind, ebenfalls in periodischen Abständen, immer neue Schübe von sozialen Bewegungen entstanden. Diese Bewegungen werden von verschiedenen Klassenfraktionen getragen. Besondere Wirkung hatten die Ökologiebewegungen, die nach der Katastrophe von Fukushima insbesondere in Deutschland die Energiewende wieder in Gang brachten, und die neuen Demokratiebewegungen in den arabischen Ländern, in Spanien und in Deutschland für mehr Demokratie von unten und eine aktive Bürgerpartizipation. Diese Bewegungen werden insbesondere von den jüngeren Generationen getragen, die die besten Ausbildungen und die modernsten Berufe haben, aber trotz ihrer hohen Kompetenzen von der sozialen und politischen Partizipation weitgehend ausgeschlossen bleiben.

Diese neuen demokratischen Emanzipationsbewegungen repräsentieren – wie nicht nur die deutschen Daten zeigen – zwei parallele Strukturveränderungen der Gesellschaften: erstens die große «Kompetenzrevolution» in der Arbeitswelt, das enorme Wachstum der Berufsgruppen mit höheren Qualifikationsniveaus, und zweitens den Wertewandel innerhalb der jüngeren Bevölkerung. An die Stelle von «autoritärer Unterordnung» sind «postmaterielle» beziehungsweise emanzipatorische Werte getreten. Zu ihnen gehören die persönliche Selbstverwirklichung, die Ablehnung von sozialer Ungleichheit, sei es aufgrund des Geschlechts, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der Respekt vor den ökologischen Lebensgrundlagen, das Eintreten für friedliche Konfliktregelungen und nicht zuletzt für mehr direkte demokratische Partizipation. Beflügelt werden diese neuen Demokratiebewegungen von den neuen Kommunikationstechnologien. Sie haben das Informationsmonopol der alten Oligarchien der Macht gebrochen – parallel zur «Kompetenzrevolution», die das Bildungsmonopol der alten akademischen Oligarchien gebrochen hat. Aber auch die alten sozialen Bewegungen der abhängig Arbeitenden gehören noch nicht der Vergangenheit an. Ohne den Druck von gewerkschaftlichen Bewegungen hätte es beispielsweise in Deutschland im Krisenjahr 2009 keine Programme zur Nachfrageförderung und somit eine unfreiwillige «Rückkehr zum Keynesianismus» gegeben. Ein solcher Druck kann in Deutschland erneut entstehen, wenn in der nächsten Zeit der Export in andere Länder weiter nachlässt. Andererseits wissen wir, dass große Gruppen von abhängig Arbeitenden, deren soziale Lage in vielen Ländern immer unsicherer wird, sich auch mehr aktivieren werden als bisher. Die große Hoffnung vieler Theoretiker der Arbeitsteilung, insbesondere von Marx und Durkheim, war, dass durch zunehmende Kompetenzen auch die Potenziale der individuellen und zugleich gesellschaftlichen Emanzipation, zur mündigen Selbst- und Mitbestimmung, wachsen würden. Das Wachstum dieser Potenziale ist, wie ich zu zeigen versucht habe, eine empirische Tatsache. Aber ihre Verwirklichung ist, nach allen Erfahrungen, nur als konfliktreicher und sehr langer historischer Prozess vorstellbar.

## Literatur

- Allespach, Martin (2009): Gewerkschaftliche Eckpunkte einer aktiven Industriepolitik, in: WSI Mitteilungen 5/2009, S. 277–280.
- Allespach, Martin/Ziegler, Astrid (2012): Die Zukunft des Industriestandortes Deutschland 2020, Marburg.
- Bell, Daniel (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt a. M./New York.
- Bourdieu, Pierre (1979 [1982]): La distinction. Critique sociale du jugement, Paris (dt.: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.).
- Dahrendorf, Ralf (1957): Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart.
- Durkheim, Émile (1888 [1893/1902]): Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a. M.
- Erikson, Robert/Goldthorpe, John H. (1992): The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies, Oxford.
- Fitoussi, Jean-Paul/Stiglitz, Joseph (2009): The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de Travail, No. 2009-17, Paris.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart.
- Geiger, Theodor (1949): Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln/Hagen.
- Geißler, Rainer (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands, 5. Aufl., Wiesbaden.
- Geißler, Rainer (2013): Die Sozialstruktur Deutschlands, 6. Aufl., Wiesbaden (i.E.).
- Kriesi, Hanspeter (1989): New Social Movements and the New Class in the Netherlands, in: American Journal of Sociology 94, S. 1078–1116.
- Kuda, Eva/Strauß, Jürgen/Spöttl, Georg/Kaßbaum, Bernd (Hrsg.) (2012): Akademisierung der Arbeitswelt? Zur Zukunft der beruflichen Bildung, Hamburg.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959 [1845/46]): Die deutsche Ideologie. Marx-Engels-Werke, Bd. 3, Berlin.
- Marx, Karl (1970 [1867]): Das Kapital, Bd. 1, Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin.
- Müller, Walter (1998): Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, S. 3–46.
- Oesch, Daniel (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, Basingstoke.
- Oesch, Daniel/Rodriguez, Jorge (2011): Upgrading or Polarization? Occupational Change in Britain, Germany, Spain and Switzerland, 1990–2008, in: Socio-Economic Review 9(3), S. 1–29.
- Pfau-Effinger, Birgit (2000): Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs, Opladen.
- Smith, Adam (1937 [1776]): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, New York.
- Touraine, Alain (1972 [1969]): The Post-industrial Society, New York.
- Vester, Michael (1998): Was wurde aus dem Proletariat?, in: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, M. Rainer/Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Opladen, S. 164–206.
- Vester, Michael (2008): Klasse an sich/für sich, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Hamburg.
- Vester, Michael (2011a): Klasse, Schicht, Milieu, in: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit, 4. Aufl., München/Basel, S. 769–795.
- Vester, Michael (2011b): Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung?, in: WSI Mitteilungen 12/2011, S. 629–639.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar u. a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. [vollst. überarbeitete Fassung der 1993 im Bund-Verlag erschienenen 1. Ausgabe].
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg.
- Vester, Michael/Weber-Menges, Sonja (2012): Explorative Entwicklung und Erprobung eines Untersuchungsinstrumentes für integrierte und differenzierte Analysen der beruflichen Arbeitsteilung mit Daten des Mikrozensus, Forschungsbericht zu einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Kurzstudie (i.E.).
- Weber, Max (1980 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen.
- Weber-Menges, Sonja/Vester, Michael (2011): Probleme einer integrierten Analyse der Entwicklungsdynamiken der Berufsgliederung, in: WSI Mitteilungen 12/2011, S. 667–676.
- Wikipedia (2012): Artikel zu «Schattenwirtschaft» (Zugriff 31.8.2012).

## Anhang

### Abb. 4 : Die Differenzierung des Erwerbssystems im internationalen Vergleich

Gliederung und Größe (in Prozent) der 17 Erwerbsklassen nach Oesch (2006) im Ländervergleich: Deutschland (2000), Schweden (2000) und Vereinigtes Königreich (1999). (Frauenanteile in Prozent der jeweiligen Kategorie in Klammern). Besonders hohe Prozentwerte sind fett hervorgehoben.

		Arbeitnehmer		Selbstständige		
<b>Qualifikationsrang</b>	<b>interpersonelle Arbeitslogik</b> Σ 26,9 33,1 25,7 (61) (71) (65)	<b>technische Arbeitslogik</b> 36,1 30,2 27,1 (15) (19) (17)		<b>selbstständige Arbeitslogik</b> Σ 9,9 14,9 11,5 (30) (33) (21)		
<b>Professionen</b> (Berufe mit Hochschulabschluss/akademische Berufe) Σ 19,3 21,9 23,8	<b>soziokulturelle Experten</b> höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- u. Publizistikberufe 4,8 5,1 4,4 (51) (51) (58)	<b>technische Experten</b> Ingenieur-, Informatik- u. Architekturberufe 4,5 5,9 3,8 (14) (25) (16)		<b>oberes Management</b> höhere Verwaltungs-, Finanz- u. Vermarktungsberufe 7,3 7,7 12,2 (30) (42) (33)	<b>freie Berufe</b> Rechtsanwälte/Ärzte usw. 2,2 2,0 1,6 (22) (21) (31)	<b>große u. mittlere Unternehmen</b> Industrie, Handel u. Finanzen 0,5 1,2 0,8 (14) (23) (35)
<b>Semi-professionen</b> (Berufe mit höherer Fachausbildung/«halbakademische Berufe») 22,8 25,5 19,7	<b>soziokulturelle Semiprofessionen</b> Erziehungs-, Sozialarbeits- u. Therapiefachberufe 6,7 7,9 5,9 (75) (80) (80)	<b>technische Semiprofessionen</b> Computer-, Elektro- u. Überwachungstechniker 4,9 6,0 3,6 (27) (28) (35)		<b>unteres Management</b> Verwaltungs-, Buchhaltungs- u. Rechtsberufe 8,1 8,2 7,5 (58) (52) (47)		<b>Kleingewerbe mit (bis zu zehn) Beschäftigten</b> Handel, Handwerk, Gastronomie u. Landwirtschaft 3,1 3,4 2,7 (28) (33) (21)
<b>Lehrberufe</b> (Berufe mit Fachlehre – <i>skilled employees</i> ) Σ 30,5 29,6 33,8	<b>qualifizierte Dienstleistende</b> Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Pflege-, Betreuungs- u. Schönheitsberufe 4,3 9,4 6,1 (47) (74) (54)	<b>qualifizierte Facharbeiter u. Fachhandwerker</b> Facharbeiter-, Elektro-, Mechaniker- u. Handwerksberufe 13,1 8,6 9,9 (6) (9) (7)		<b>qualifizierte Büro- u. Verwaltungsfachkräfte</b> Büro-, Finanz- u. Sekretariatsfachkräfte 9,0 3,2 11,4 (65) (95) (69)		<b>Kleingewerbe ohne Beschäftigte</b> Handel, Handwerk, Gastronomie u. Landwirtschaft 4,1 8,4 6,4 (37) (36) (17)
<b>An- und Ungelernte</b> (gering qualifizierte Arbeitskräfte – <i>routine employees</i> ) Σ 27,5 23,1 23,8	<b>gering qualifizierte Dienstleistende</b> Verkaufs- u. Dienstpersonal 11,1 10,8 9,3 (62) (73) (67)	<b>gering qualifizierte Arbeiter</b> in Produktion u. Transport 12,0 9,0 8,9 (20) (18) (23)	<b>gering qualifizierte Arbeiter</b> in Land- u. Forstwirtschaft 1,6 0,6 1,1 (26) (10) (6)	<b>gering qualifizierte Verwaltungskräfte</b> Kassierer-, Büro-, Boten- u. Lagerberufe 2,8 2,7 4,5 (68) (74) (60)		

Zuordnung der Berufsgruppen (nach dem vierstelligen ISCO-Klassifikationssystem von 1988) zu den 17 Erwerbsklassen im Modell der horizontalen und vertikalen Aufgliederung der Berufsstruktur von Daniel Oesch (2006). Datenbasis: Deutschland GSOEP 2000; Schweden LNU 2000; Großbritannien BHPS 1999.

Horst Kahrs

## **TRANSFORMATION DES DEUTSCHEN SOZIALSTAATES UND DIE RÜCKKEHR DER «GEFÄHRLICHEN KLASSEN»<sup>4</sup>**

Die Geschichte des modernen deutschen Sozialstaates beginnt mit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71, der Gründung des Deutschen Reiches und der Kanzlerschaft Otto von Bismarcks. Die Veränderungen in der sozialen Struktur der deutschen Gesellschaft in den vergangenen 140 Jahren wurden von sozialstaatlichen Institutionen begleitet, dabei in ihren sozialen Auswirkungen mal abgefedert, mal in ihrer sozialen Dynamik verstärkt. Der Beitrag gibt, ausgehend von einer begrifflichen Bestimmung des Sozialstaates im Kapitalismus, einen kursorischen Überblick über die Entwicklung von Sozialstaat und Volkswirtschaft in Deutschland und über die verschiedenen Phasen des sozialstaatlichen Klassenkompromisses. Anschließend werden Antriebskräfte der Entwicklung und Dynamik in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten beleuchtet, in denen der deutsche Kapitalismus seine Rolle in der globalen Wirtschaft vor allem durch den Ausbau der Exportfähigkeit und den Abbau des Sozialstaates stärkte.

### **Sozialstaat im Kapitalismus**

Sozialstaatliche Einrichtungen und Leistungen lassen sich als Formationen regulierter Klassenkonflikte betrachten, die sowohl den Stand sozialer Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe spiegeln als auch die zukünftigen Formen für die Austragung dieser Konflikte sanktionieren. In der Regel bestehen sozialstaatliche Einrichtungen aus Arrangements auf drei Ebenen: der Ebene des Rechts (z. B. Arbeitsrecht, sozia-

4 Zu den «gefährlichen Klassen» zählten im Verlauf der kapitalistischen Industrialisierung in und seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts diejenigen Schichten, deren Subsistenz nicht durch Lohnarbeit reguliert war, die somit nicht zu den «arbeitenden Klassen» bzw. den «arbeitenden Armen» gehörten und die ihr Überleben durch verschiedenste Formen der Insurgenz (Vagabundage, Bettelei, Diebstahl u.a.) sicherten. Vgl. Ahlrich Meyer (1985): Massenarmut und Existenzrecht; Wiederabdruck in: ders. (1999): Die Logik der Revolten, Berlin/Hamburg, S. 93–256.

le Besitz- und Eigentumstitel im Sozialrecht), auf der Ebene materieller Leistungen (z. B. Höhe und Art sozialstaatlicher Transfers oder Bereitstellung von Gütern) und auf der Ebene von Institutionen und Formen im engeren Sinne (z. B. steuerfinanzierte Leistungen des Staates, parastaatliche Versicherungen, Versicherungs- oder Fürsorgeleistungen, Geldtransfers oder kollektive Güter).

In der Regel kommt dem Sozialstaat die nachträgliche Korrektur unerwünschter Ergebnisse von Marktprozessen im Verhältnis von Kapital und Arbeit beziehungsweise im Verhältnis der Arbeitskräfte untereinander zu. Zuweilen wird durch den Aufbau neuer Zweige des Sozialstaates eine zuvor freiwillige Solidarität von Teilen der Arbeiterklasse untereinander in eine gesetzliche verwandelt (z. B. bei der Arbeitslosenversicherung) oder werden aus Selbsthilfeprojekten staatliche Programme (z. B. der soziale Wohnungsbau), wenn es darum geht, bestimmte Entwicklungen wie die Urbanisierung unterstützend zu begleiten. Bestimmte sozialstaatliche Leistungen wurden in Deutschland aber nicht nur zur Korrektur unerwünschter Marktresultate eingeführt, sondern auch, um sozialstrukturelle und kapitalistische Entwicklungsblokkaden zu durchbrechen (z. B. bei der finanziellen Unterstützung für Studierende aus der Arbeiterklasse).

Für die entwickelten Industrieländer werden in der westeuropäischen und amerikanischen Diskussion drei idealtypische Entwicklungspfade vor allem hinsichtlich des Ausmaßes und der Form der Dekommodifizierung der Ware Arbeitskraft unterschieden:

- der skandinavische Pfad mit einem hohen Anteil staatlicher Umverteilung und einem starken öffentlichen Dienstleistungssektor;
- der angelsächsische Pfad mit einem hohen Anteil marktförmiger, kapitalisierter und individualisierter Umverteilung und einem niedrigen staatlichen Anteil zur Sicherung der Grundversorgung in bestimmten Sektoren;
- der «rheinische» oder deutsche Pfad mit einem hohen Anteil korporatistischer, von Arbeitgebern und Gewerkschaften geprägter Umverteilung, einer subsidiären Staatsfunktion und einem starken öffentlich-rechtlichen Versicherungscharakter.

Gegenstand der sozialstaatlichen Absicherung waren in den ersten 60 Jahren der wohlfahrtstaatlichen Entwicklung vor allem die großen Risiken der Lohnarbeit: Alter, Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, also drohende Einkommensverluste durch Wegfall des Lohns. Im Laufe der Entwicklung kamen erst zögerlich, dann etwa ab Mitte der 1920er Jahre rascher Funktionen hinzu, die auf den Erhalt, die Qualifikation und die Reproduktion des gesellschaftlichen und individuellen Arbeitsvermögens zielen: zum Beispiel das Bildungswesen, die berufliche Ausbildung, die Familienförderung sowie soziale und gesundheitliche Prävention. Gegenstand der sozialstaatlichen Regulation waren in den westlichen kapitalistischen Ländern im historischen Verlauf hauptsächlich:

- Fragen der direkten Einkommensverteilung und der damit verbundenen ungleichen Chancen, am Markt Güter und Waren des alltäglichen Bedarfs, der Qualifika-



tion des Arbeitsvermögens und der sozialen Integration und Reproduktion käuflich zu erwerben;

- Fragen der gesellschaftspolitischen Entscheidungen über den Kreis des Erwerbspersonenpotenzials, also zum Beispiel über die Abtrennung der gesonderten Sphären von «Kindheit» und «Alter» vom «Erwerbsleben» einerseits und der Trennung von bezahlter und unbezahlter (Reproduktions-)Arbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess andererseits;
- Fragen des Grenzverlaufs zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten, zwischen marktvermittelter und staatlich bzw. gemeinschaftlich vermittelter Reproduktion, zwischen öffentlichen und kollektiven Gütern sowie zwischen privaten und individuellen Gütern.

### **Sozialstaat und Volkswirtschaft in Deutschland**

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sozialstaates und die großen Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten lassen sich anhand der Entwicklung des Sozialbudgets und der Sozialleistungsquote, der Einkommensungleichheit und des Risikos, in relative oder absolute Armut zu geraten, messen und mit anderen OECD-Staaten vergleichen. Die volkswirtschaftlichen Daten vermitteln auf den ersten Blick ein stabiles Bild vom deutschen Sozialstaat: Die Sozialleistungsquote, der Anteil aller sozialen Leistungen am Bruttoinlandsprodukt, wurde für Ende 2010 mit 30,7 Prozent und damit mit einem historisch hohen Wert ausgewiesen. Im zeitlichen Verlauf lassen sich mehrere Phasen unterscheiden. Bis 1975 stieg die Sozialleistungsquote an. In den folgenden 15 Jahren, also bis zur deutschen Einheit, verblieb sie mit leicht sinkender Tendenz auf diesem Niveau. Zwischen 1990 und 1995 stieg die Quote in Folge der sozialen Kosten der Übernahme der ostdeutschen Volkswirtschaft erneut deutlich an und verharrt seitdem auf diesem Niveau (vgl. Abb. 1 im Anhang).

Im Rückblick erscheint die Zeit ab der Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts bzw. zur Jahrhundertwende als eine Phase der Stagnation und der sich verändernden Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Lohnarbeit. Das tatsächliche Ausmaß einer neuen Dominanz des Kapitals erschließt sich etwa für die 1980er Jahre erst, wenn man berücksichtigt, dass sich in ihrem Verlauf die Arbeitslosenzahlen mehr als verdoppelt haben (auf zwei Millionen), ohne dass sich dies in einem entsprechenden Anstieg der sozialen Leistungen niedergeschlagen hätte. Für die 1990er Jahre ist weiterhin zu bedenken, dass in der zweiten Hälfte auch neue soziale Leistungen hinzukamen (z. B. Pflegeversicherung und kindbezogene Leistungen). Die gesamte Phase zwischen 1975 und 2000 ist eine Abbau- und Umbauphase gewesen, in der mit den hundertjährigen sozialstaatlichen Traditionen nicht offen gebrochen wurde. Das änderte sich in der jüngsten Phase mit den Arbeitsmarktreformen ab 2003. Seitdem sinkt die Sozialleistungsquote. Ihr Anstieg während der globalen Finanzkrise 2008/09 verdankt sich zum einen dem Rückgang der Wirtschaftsleistung und zum anderen dem extensiven Einsatz des sozialstaatlichen Instruments «Kurzarbeitergeld» zur Ver-

meidung von Massenentlassungen und Firmenzusammenbrüchen. Zudem wurden 2009 erstmals Leistungen der privaten Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung in die Statistik des Sozialbudgets einbezogen.

Diese verschiedenen Etappen spiegeln sich in der Ungleichheit der Einkommen, gemessen mit dem Gini-Koeffizienten (vgl. Abb. 2 im Anhang). Die Ungleichheit der Markteinkommen ist gewachsen, und die Rolle, die sozialstaatliche Kompensationen und Ausgleichsversuche spielen, hat deutlich abgenommen. Bis Mitte der 1970er Jahre zeichnet der Gini-Koeffizient eine abnehmende Tendenz bei der Einkommensungleichheit. Bis Anfang der 1990er Jahre blieb er auf einem im Vergleich mit anderen OECD-Staaten unterdurchschnittlichen Niveau stabil. In den 1990er Jahren kam es dann zunächst zu einem leichten Anstieg der Ungleichheit, der sich ab 2000 beschleunigte, sodass Deutschland inzwischen ein durchschnittliches OECD-Niveau erreicht hat. Mit der Ungleichheit der laufenden Einkommen wuchs auch die Ungleichheit der Vermögen. Die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einkommen des obersten Dezils und dem durchschnittlichen Einkommen des untersten Dezils wuchs in den vergangenen zehn Jahren von 6 : 1 auf 8 : 1. Der Anstieg der Lohnschere zwischen Vollzeitarbeitenden im untersten und obersten Dezil betrug in den letzten 15 Jahren rund 20 Prozent. Das reale Einkommen des «Normalbürgers» sank von 1999 bis 2009 um 13 Prozent. Die deutschen Privatvermögen stiegen ab 2001 um 6.100 Milliarden Euro, davon entfielen 3 Prozent auf die untere Einkommenshälfte, aber 25 Prozent auf das oberste Prozent der Haushalte.

Relative Armut beginnt in den Statistiken der Europäischen Union in der Regel bei einem Einkommen von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens. Mit der wachsenden Ungleichheit steigt vor allem bei Ein-Personen-Haushalten und Personen unter 30 Jahren das «Armutrisiko», also die Wahrscheinlichkeit, unter diese Einkommensgrenze zu fallen (vgl. Abb. 2 im Anhang). Gleichzeitig zeigen Langzeituntersuchungen, dass die soziale Aufstiegsmobilität auf einem vorläufigen Tiefpunkt angekommen ist.

Trotz eines relativ konstanten Anteils des Sozialbudgets am Bruttoinlandsprodukt und trotz offiziell sinkender Arbeitslosigkeit haben Einkommensungleichheit, soziale Spaltungen, Ausgrenzungen und Abschliefungen deutlich zugenommen. Armut trotz Arbeit und Niedriglöhne sind inzwischen weit verbreitet. Die Chancen, aus Armut durch eigene Anstrengung und Erwerbseinkommen herauszukommen, sind gesunken. Reichtum und Armut sind gleichzeitig gewachsen, die Mittelschicht ist doppelt unter Druck: Sie leidet unter geringeren Steigerungen der Bruttoeinkommen sowie unter wachsenden direkten und indirekten Steuern und Abgaben, was im Ergebnis zu sinkenden Realeinkommen für weite Schichten der Bevölkerung über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren geführt hat – ein seit Bestehen des deutschen Sozialstaates für Friedenszeiten einmaliger Vorgang.

Der deutsche Sozialstaat hat sich hinsichtlich seiner Funktionsweise dem angelsächsischen Modell stark angenähert (vgl. Abb. 3 im Anhang). Diese Annäherung war

eine zentrale Bedingung für die außenwirtschaftlichen Erfolge Deutschlands, an denen infolge der eingeschränkten sozialstaatlichen Funktionen zur Umverteilung von Markteinkommen die Mehrheit aber nicht mehr partizipieren kann. Diese Veränderung vollzog sich allmählich und innerhalb der historisch gewachsenen Traditionen, Institutionen und politischen wie ideologischen Entwicklungspfade des deutschen Sozialstaates.

### **Exkurs: Phasen des sozialstaatlichen Klassenkompromisses**

Die wichtigen sozialstaatlichen Entscheidungen wurden in der Regel von unterschiedlichen sozialen und politischen Kräften breit getragen. Treibende Kräfte waren oftmals die modernen wirtschaftlichen Sektoren auf Seiten von Arbeit und Kapital. Die Einführung der Arbeitslosenversicherung 1927 mit ihren nach Lohnklassen differenzierenden Leistungen ging auf ein Bündnis moderner Sektoren der Metall-, Elektro- und Chemiebranchen mit den tragenden politischen Kräften der Weimarer Republik zurück. Die Sozialstaatsreformen der Periode ab 1999 wurden von einem Bündnis weltmarktorientierter Kapitalfraktionen mit der Sozialdemokratie und Teilen der Gewerkschaften gegen traditionelle Schichten der Arbeiter durchgesetzt. Diese Konstellationen im Einzelnen zu untersuchen, ist hier nicht der Ort. Es muss aber darauf verwiesen werden, dass sozialstaatliche Entwicklungsschübe in Deutschland eng mit Fragen des nationalstaatlichen Wohlergehens und von Kriegen verbunden sind. Der Ausbau des Sozialstaates wurde immer auch als Stärkung des Nationalstaates und gegebenenfalls seiner Kriegsfähigkeit betrachtet. Die jüngste Entwicklung basiert auf einem Bündnis sozialer Kräfte zur Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit. In kaum einer Phase fanden sich Mehrheiten für einen Ausbau des Sozialstaates, deren Ziel das Wohlergehen der breiten Masse der Bevölkerung oder Wohlstand für alle gewesen wäre.

Am Beginn der sozialstaatlichen Entwicklung stand die Bismarck'sche Reichsgründung. Schutz vor den Risiken des Alters und der Invalidität sollte auch ohne eine Arbeiterpartei, die mit dem Sozialistengesetz verboten wurde, möglich sein. Bis heute basiert der deutsche Sozialstaat vor allem auf dem Versicherungsprinzip und auf einer angeblich paritätischen Beitragsfinanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die auch von den Gewerkschaften mitgetragen wird. Daneben entstanden kommunale Krankenversicherungen und vielerorts eine von der Armenfürsorge getrennte Erwerbslosenunterstützung. Diese Trennung zwischen «unverschuldet durch Arbeitslosigkeit in Not geratene arme Lohnarbeiter» und «selbstverschuldet» oder durch anerkannte Arbeitsunfähigkeit in Not geratene Arme bildet eine weitere sozialstaatliche Traditionslinie. Ein erneuter Entwicklungsschub bei gleichzeitiger Inkorporation der Arbeiterorganisationen setzte 1914 ein und mündete in sozialstaatliche Reformen während der Weimarer Republik. Kennzeichen des Klassenkompromisses vom Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise 1929/33 waren die Zusammenarbeit von Militär, Kapital und Arbeit unter dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz von 1916,

die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der Tarifparteien, die Anerkennung der Tarifautonomie, die Begrenzung des Arbeitstages, die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung nach Kriegsende und einer republikanischen Verfassung sowie der weitere Ausbau korporatistischer Institutionen.

Die nationalsozialistische Sozialstaatspolitik ab 1933 zielte dann auf eine zentralistisch-repressive Einordnung in die «Volksgemeinschaft» und die «Deutsche Arbeitsfront». Insbesondere familien- und kindbezogene Leistungen wurden ausgebaut. Außerdem wurden weitere sozialstaatliche Leistungen für die deutsche Arbeiterklasse und die Beteiligung der «Volksgemeinschaft» an der Kriegsbeute beziehungsweise an den Früchten der angestrebten europäischen Großraumwirtschaft in Aussicht gestellt. In mancherlei Hinsicht stellten die nationalsozialistische Terrorherrschaft sowie die innere und äußere Vernichtungspolitik keinen Bruch mit sozialstaatlichen Institutionen dar. Im Gegenteil, die wichtigsten Institutionen wurden erhalten, teilweise sogar modernisiert. Für die Bundesrepublik Deutschland lassen sich dann verschiedene Phasen des sozialstaatlichen Klassenkompromisses unterscheiden. Die einzelnen Phasen mit einigen wesentlichen Kennzeichnungen sind nachfolgend in einer Übersicht dargestellt.

### **Phasen des sozialstaatlichen Klassenkompromisses in der Bundesrepublik Deutschland**

#### *1952/57–1981: Adenauer-Regierung und der Aufbau einer sozialstaatlichen Hegemonie*

Der regulierte Klassenkonflikt bekommt die Form eines politischen Tausches: Der «Verzicht auf Revolution» seitens der Arbeiterorganisationen und der politische Verzicht auf eine weitergehende Beschneidung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigner werden gegen die lohn- und sozialpolitische Teilhabe eingetauscht, die mit sozialen Eigentumstiteln («Rechtsansprüchen») verbrieft wird. Der Sozialstaat macht aus Proletariern soziale Bürger, die zwar nicht über Privateigentum an Produktionsmitteln, wohl aber über Sozialeigentum verfügen. Tarifverhandlungen finden im Rahmen des durch Produktivitätsgewinne ermöglichten Verteilungsspielraumes statt. Die sozialstaatlichen Leistungen werden auf die Stabilisierung der erreichten individuellen Position in der sozialen Lohnhierarchie (auf die Sicherung des Lebensstandards) hin ausgerichtet. Zum sozialstaatlichen Kompromiss gehören zentrale politische und ideologische Elemente eines produktivistischen und wachstumsorientierten Verständnisses von Fortschritt, das durch alle Parteien und die meisten sozialen Organisationen breit in die Gesellschaft getragen wird:

- Technischer Fortschritt sichert Innovations- und Gestaltungsfähigkeit.
- Sozialer Fortschritt bedeutet Vollbeschäftigung und Steigerung des Massenkonsums.
- Staatlicher Fortschritt zeigt sich in der Beseitigung von Funktions- und Versorgungsdefiziten des Staates und in der Einführung der staatlichen «Globalsteuerung»

der Wirtschaft gemäß des «magischen Vierecks» des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes von 1967: Preis- und Beschäftigungsstabilität mit dem Ziel Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum.

Dieses sozialstaatliche Arrangement fußt auf der Fähigkeit, mithilfe staatlicher Konjunkturpolitik ausreichend hohe Wachstumsraten zu erzielen. Als mit den veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen ab Ende der 1960er Jahre die Zeit des «Wirtschaftswunders» zu Ende geht, sind erstens die Arbeiterorganisationen in einer Position der relativen Stärke, die sie auch in einer Verteilungsoffensive (Lohnabschlüsse) und Gestaltungsoffensive (betriebliche Mitbestimmung) ausspielen, und bringen zweitens die keynesianischen Instrumente nicht die versprochenen Erfolge für die wirtschaftliche Erholung. In dieser Situation setzt eine Neugruppierung der politischen Kräfte und ihres Verhältnisses zum Sozialstaat ein. Diese Entwicklung beginnt mit der geldpolitischen Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank und ihren Entscheidungen von 1973 und führt zu einer allmählichen Herausbildung einer Hegemonie neoliberal eingestellter Kräfte. Es handelt sich hierbei nicht um eine zwangsläufige Entwicklung unter äußerem Druck. In allen drei folgenden Phasen wären jeweils Korrekturen oder Alternativen möglich gewesen.

#### *1979/82–1990: Übergangsphase mit erstem zaghaften Umbau vor dem Hintergrund anhaltender und wachsender struktureller Massenarbeitslosigkeit*

Erste massive Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen gehen mit der gleichzeitigen Einführung neuer Leistungen wie der Möglichkeit zur Frühverrentung einher. Die Versprechen aus der Adenauer-Zeit werden zulasten der jüngeren Generation, der Frauen und Migranten eingelöst. Wachsende Jugendarbeitslosigkeit sowie die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit in flexiblen und deregulierten Formen vor allem im Dienstleistungssektor sind die unmittelbaren Folgen. Etwa zehn Jahre später machen sich die Mehrbelastungen der Rentenversicherung deutlich bemerkbar und erzeugen dort «Reformdruck». Innerhalb der Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, Sozialdemokratie) diskutierte Pfadwechsel in der Finanzierung («Maschinensteuer» oder «Wertschöpfungsabgabe») bleiben ohne Ergebnis; Kämpfe um eine andere Verteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung bleiben mit der deutschen Vereinigung stecken.

#### *1990/91–1999: Erste Liberalisierungsphase mit zurückhaltendem Umbau in Richtung nationalstaatlicher Integration und globaler Öffnung*

Als Zeichen mit großer symbolischer Wirkung für veränderte Kräfteverhältnisse schafft die Regierung 1990 die Börsenumsatzsteuer ab. Das Sozialbudget wird verstärkt für den Zweck der nationalen Integration von BRD und DDR eingesetzt und um Steuererhöhungen zu vermeiden, was eine erste Welle der Umverteilung von unten nach oben mittels Sozialstaat in Gang setzt. Es beginnt die Abspaltung verschiedener Bevölkerungsgruppen (Flüchtlinge und illegale Wanderarbeiter, Langzeit-

arbeitslose) aus der sozialstaatlichen Solidarität beziehungsweise ihre Beschränkung auf eine von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelte Grundversorgung. Die politischen Debatten verschieben sich mehr und mehr hin zu Fragen der demografischen Entwicklung (Alter, Generationengerechtigkeit etc.). Neue Leistungen für Familien mit Kindern und Pflegebedürftige werden eingeführt. Mit Verkäufen von öffentlichen Einrichtungen und der Einführung von Selbstbeteiligungen an medizinischen Leistungen nimmt die Privatisierungswelle Schwung auf. Ein erster frontaler Angriff findet auf Herzstücke des «Adenauer-Kompromisses» statt: die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, den Kündigungsschutz und auf die den sozialen Status sichernde Funktion der gesetzlichen Rente.

*1999/2000–2008: Zweite Liberalisierungsphase mit offensiver Umgestaltung, Vermarktlichung und Unterordnung mit Blick auf die Stärkung der Exportüberschüsse*

Mit der Reform der Alterssicherung bietet die gesetzliche Rente nur noch eine Grundabsicherung. Mit einem durchschnittlichen Lohn erreicht man nun statt nach 26 Jahren (Rechtsstand von 1995) erst nach etwa 38 Jahren Beitragszahlung eine gesetzliche Rente oberhalb der Basissicherung. Die weitere Delegitimierung des sozialstaatlichen Systems ist die Folge. Mit der Einführung der «Riesterrente» werden wachsende Teile der Alterssicherung börsennotiert, die Vorsorgeaufwendungen werden «kapitalisiert». Wettbewerbsfähigkeit (statt sozialer Ausgleich und Integration) wird zur wichtigsten Zielgröße sozialstaatlicher Instrumente. Die sogenannten Hartz-Reformen verfolgen die produktivitäts- und wettbewerbsorientierte Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die Förderung der individuellen «Wettbewerbsfähigkeit», die Auflösung von sozialen Eigentumstiteln («Rechtsansprüchen»). Neue Leitbilder sind nun Eigenverantwortung und Marktbefähigung anstatt «soziale Rechte».

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise bedeutet dann das vorläufige Ende dieser Art von Abbaudynamik. Erstmals seit langer Zeit wird wieder systematisch auf klassische sozialstaatliche Instrumente zur Abfederung der Krise zurückgegriffen (Kurzarbeitergeld), was zu einer neokorporatistischen Aufwertung und Einbindung der Gewerkschaften führt. Gleichzeitig formieren sich politische Kräfte und Mehrheiten, die der Lohn- und Sozialdumpingpolitik, der negativen Lohndynamik und Austrocknung des Binnenmarktes mit der Einführung von Mindeststandards und mit der Wiederannäherung an eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik begegnen wollen.

**Antriebskräfte, Dynamiken und Achsen der Entwicklung**

Die beschriebenen Transformationen gehen nicht auf ein einmaliges Ereignis oder eine Ursache zurück. Sie hatten verschiedene äußere und innere Ursachen und Antriebskräfte, die vor allem in der zweiten und dritten Phase der Liberalisierungspolitik, etwa von 1980 an bis zur Jahrtausendwende, an Wucht gewannen. Dabei kam es zu einer Verschränkung von verschiedenen Ebenen: Veränderungen in der

technologischen Produktionsweise ließen bestehende sozialstaatliche Arrangements leerlaufen (etwa z. B. befristete Zuwanderung von Arbeitskräften, «Gastarbeiter», Familiennachzug). Die Folgen führten je nach politischen Kräfteverhältnissen zu neuen sozialstaatlichen Formen (z. B. Rückkehrprämien einerseits, hohe Jugendarbeitslosigkeit in der zweiten und dritten Migrantengeneration und bei nachgezogenen Familienangehörigen andererseits), die in einem weiteren Schritt zum Gegenstand zunächst ideologischer Abgrenzung und Stigmatisierung, dann rassistischer Angriffe wurden. Ähnliche Verschränkungen verschiedener Ebenen lassen sich für die Frauenerwerbstätigkeit beschreiben. Von der Frauenbewegung als Teil der Emanzipation gefordert und gefördert, traf die wachsende Erwerbsneigung von Frauen auf sozialstaatliche und steuerrechtliche Regelungen, die vor allem entgarantierte und niedrig entlohnte Arbeiten im Rahmen eines Familieneinkommens attraktiv erscheinen ließen. Fehlende öffentliche Einrichtungen der Kinderbetreuung, die Doppelbelastung durch Haushalt, Kindererziehung und Erwerbstätigkeit ließen Teilzeitarbeit zur bevorzugten Option von Frauen werden. Die Betriebe antworteten auf dieses wachsende Arbeitskraftangebot mit der Einführung flexibilisierter Arbeitsformen, so dass aus der Sicht der Männer mit einer «Normalbeschäftigung» die zunehmende Frauenerwerbsarbeit zur Speerspitze der Angriffe auf den gesicherten Arbeitnehmerstatus wurde. Es kam selten zu offenen, frontalen Angriffen auf sozialstaatliche Leistungen und Einrichtungen, vielmehr suchte die Liberalisierungspolitik immer das Bündnis mit Teilen der arbeitenden Klassen, deren sozialstrukturelle Lage und Bedürfnisse von den bestehenden sozialstaatlichen Arrangements nur unzureichend berücksichtigt wurden. Die verschiedenen Ebenen mit ihren wichtigsten Elementen werden in der folgenden Übersicht zusammengestellt, die Verschränkungen angedeutet.

## **Ebenen und Faktoren der sozialstaatlichen Transformation und Liberalisierungspolitik in den vergangenen drei Jahrzehnten**

### *Veränderung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen*

- Finanzpolitik: Abkehr vom Bretton-Woods-Systems, Freigabe der Wechselkurse und Übergang zu einer monetaristischen Geldpolitik, «Ölkrise»;
- neue internationale Arbeitsteilung: Auslagerung tayloristischer Industrien mit einem hohen Anteil un- und angelernter Arbeit am Ende ihres Wertschöpfungszyklus (z. B. Textilindustrie) im Zusammenhang mit einer Verbilligung der globalen Transportkosten;
- Aufstieg des globalen Finanzkapitals, zunächst in Verbindung mit der Zirkulation der «Petro-Dollars», dann mit der Deregulierungspolitik;
- schockartige Erweiterung des nationalen und globalen Arbeitskräftereservoirs und weiterer Druck auf die Löhne durch Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe und die WTO-Politik.

Diese Veränderungen führten zu verschiedenen Anpassungsleistungen, die im Ergebnis jeweils die Liberalisierungsdynamik erneut beförderten, darunter:

- allmählicher Rückzug des Staates aus der politischen Verantwortung für die Wachstums- und Stabilitätspolitik;
- politische Defensive der gewerkschaftlichen Positionen (Arbeitszeiten, Arbeitsrecht, Löhne);
- Neuformierung eines gesellschaftlichen «wettbewerbsstaatlichen Blocks» aus Kräften aus den exportorientierten Sektoren von Kapital und Arbeit ab Mitte der 1990er Jahre.

### *Veränderung der technologischen Basis und Produktionsweise*

- Informations- und Kommunikationstechnologien verändern die Fabrik und damit die materielle Basis des Wohlfahrtsstaates: Die große tayloristisch-fordistische Fabrik mit ihren genormten Arbeitsabläufen verliert an Bedeutung. Kleinere Produktionseinheiten entstehen und bilden den Hintergrund für weitere Flexibilisierungs- und Individualisierungsprozesse.
- Mit dem Umbau der Volkswirtschaft und mit einem wachsenden Dienstleistungssektor entsteht zugleich eine größere Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften, wodurch wiederum die Erosion des sozialstaatlichen Normalarbeitsverhältnisses verstärkt wird.
- Die Bedeutung des Faktors Arbeit für die Produktivitätssteigerungen nimmt ab, bei gleichzeitiger Umkehr des sozialen Homogenisierungsprozesses der Arbeit durch rechtliche und soziale Ausdifferenzierung und Lockerung von Milieu- und Klassenbindungen.

### *Veränderung von politischen Einstellungen, Lebensweisen und Lebensstilen durch sozialstaatliche Erfolge und Misserfolge*

- Zweifel an der Wirkungsmacht des sozialstaatlichen Gesamtarrangements, als es Mitte der 1970er Jahre nicht gelingt, wie zehn Jahre zuvor, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen;
- Emanzipationsprozesse gegenüber dem sozialstaatlich gesicherten Normalarbeitsverhältnis (Frauen, Autonomieansprüche an Lebens- und Berufsplanung etc.);
- blockierte soziale Mobilität durch die erste «Aufsteiger»-Generation, da schulische und berufliche Leistungen nur noch unter immer größeren Schwierigkeiten zu sozialem Aufstieg führen;
- anwachsende, unvorhergesehene Ansprüche an den Sozialstaat, tatsächliche beziehungsweise erwartete «Kostenexplosionen» in der Renten- und Krankenversicherung;
- Wohlstand, versprochen in Gestalt von wachsendem Massenkonsum, fördert Individualisierungsprozesse und Traditionsverlust und untergräbt die Legitimation sozialstaatlich erzwungener Solidarität;
- kulturalistische Kritik der Gleichsetzung von Wohlstand mit wachsenden Konsummöglichkeiten.



### *Veränderung der politischen Akteure*

- Mit den Veränderungen in der sozialen Struktur einerseits und den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen andererseits «individualisiert» sich die Massenbasis des Sozialstaates, ihre politische Durchsetzungsfähigkeit wird geschwächt.
- Mit der 1980/81 einsetzenden strukturellen Massenarbeitslosigkeit werden Erinnerungen an die politische Instabilität und an Kämpfe während der Weltwirtschaftskrise hervorgerufen. Das «sozialstaatliche Paradoxon»: Wenn die Nachfrage nach sozialen Leistungen steigt (Arbeitslosigkeit), sinken gleichzeitig die Beiträge oder die Beitragssätze müssen prozyklisch erhöht werden. Das führt dazu, dass sich die sozialstaatlichen Kräfte auf den vermeintlichen «Kern des Sozialstaates» konzentrieren. In der Folge werden erste Entsolidarisierungen mit dauerhaft Abgehängten (Langzeitarbeitslosen) manifest, die wiederum dazu dienen, das Vertrauen in sozialstaatliche Ausgleichspolitik weiter zu zersetzen.
- Über die Thematisierung der wachsenden Staatsverschuldung und der «demografischen Bombe» (Stichworte: Alterslast und Generationengerechtigkeit), in Verbindung mit den marktliberalen Therapieversprechen, erstarken die antisozialstaatlichen Kräfte weiter.
- Transnationale Ausrichtung auf «Liberalisierungspolitik» im Rahmen internationaler Institutionen (EU, WTO, OECD etc.) führt zu einer globalen Rahmung antisozialstaatlicher Politik.

Die Konflikte im Zusammenhang mit der Transformation des Sozialstaates wurden und werden auf verschiedenen Feldern ausgetragen. Zu den eher ideologischen zählen die Debatten zur demografischen Entwicklung, die halfen, eine Mehrheit für die Teilkapitalisierung und -privatisierung der Alterssicherung zu schmieden. Von besonderer Bedeutung sind auch die arbeits- und sozialrechtlichen Bereiche, weil sie unmittelbar in die Stellung der Arbeit eingreifen. Im Ergebnis all dieser Konflikte sind zwei grundlegende Veränderungen hervorzuheben, die sowohl auf den ideologischen als auch auf den politischen und ökonomischen Feldern stattfanden und fortwirken:

- Gleichwertige Lebensbedingungen und soziale Bürgerrechte gelten nicht mehr als eigenständige Ziele gesellschaftlicher Entwicklung sowie staatlicher Tätigkeit und damit als Basis für die demokratische Gleichwertigkeit aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Stellung im Produktionsprozess. Die «Wettbewerbsfähigkeit des Standortes», also Profit- und Renditeerwartungen, sind vorrangig.
- Die volkswirtschaftlich produktive Funktion des Sozialstaates wird negiert und damit die historische Erfahrung, dass die Prosperität einer Volkswirtschaft verlangt, dass ein bestimmtes, historisch-moralisches Maß von Ungleichheit nicht überschritten wird. Ökonomisch lässt sich dies als Schwächung der Binnennachfrage und der Innovationskräfte einer Gesellschaft ausdrücken.

Entsprechend spielt der Konflikt um den Sozialstaat auf einigen zentralen Feldern beziehungsweise kreist um einige wenige verteilungspolitische Achsen. Die staatliche

Investitionsquote ist deutlich zurückgegangen (vgl. Abb. 4 im Anhang). Der Rückzug des Staates verläuft parallel zur Verselbständigung des Finanzsektors und zu steigenden Zinszahlungen aus den öffentlichen Haushalten. Die abnehmende wirtschaftliche Interventionskraft beziehungsweise -bereitschaft des Staates führt dazu, dass die materielle Infrastruktur des Sozialstaates (z. B. Schulen und Hochschulen, öffentliche Bauten) auf «Verschleiß gefahren» wird, international zurückfällt und einen steigenden Investitionsbedarf aufstaut – oder aber sie ist schon privatisiert und damit finanzkapitalistischen Profiterwartungen unterworfen worden. So oder so: Die wirtschaftliche Gestaltungskraft des deutschen Sozialstaates hinsichtlich der wirtschaftlichen Strategien und ihrer sozialen Begleitung wurde deutlich zurückgeschraubt.

Parallel dazu hat auch die Ausgleichsfunktion des Sozialstaates abgenommen, und zwar weniger die monetäre Funktion (Geldtransfers), sondern vor allem die sachliche (vgl. Abb. 5 im Anhang). Immer mehr einstmals frei zugängliche Güter und Dienstleistungen werden nun über neue Märkte zur Verfügung gestellt, müssen also gekauft werden. Die öffentliche Infrastruktur wird zurückgebaut. Die nichtmonetäre Ausgleichsfunktion durch die Bereitstellung kollektiver Dienste und Güter jenseits der Vermarktlichung hat deutlich abgenommen. Zudem haben sich die volkswirtschaftlichen Verteilungsverhältnisse dramatisch zuungunsten des Anteils der Löhne verändert (vgl. Abb. 6 im Anhang). Das Absenken der Lohnquote und damit der Rückgang der originären Finanzierungsbasis des deutschen Sozialstaates führten zu einer Entkopplung der Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen von der Produktivitätsentwicklung und zur Umverteilung der Exportüberschüsse in das obere Zehntel der Gesellschaft. Folglich wuchsen dort die Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen. Trotzdem war die Belastung der Masseneinkommen deutlich höher: Im Jahr 2009 machten die durchschnittlichen Steuern und Beiträge pro Arbeitnehmer 35,6 Prozent des Bruttoeinkommens aus. Die maximale Besteuerung von Kapitalerträgen betrug 25 Prozent. Eine Vermögenssteuer wird in Deutschland nicht erhoben.

Zu den wichtigen Mechanismen bei der Senkung der Lohnquote zählten die Aushöhlung des Arbeitsrechtes und die Ausweitung von Niedriglohnjobs ohne Sozialversicherungspflicht (vgl. Abb. 7 im Anhang). Da nicht alle Erwerbseinkommen beitragspflichtig sind und die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter auch nur bis zu einer bestimmten Grenze, führt das Unterlaufen der Beitragspflicht, oft im Einverständnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu deutlichen Wettbewerbsvorteilen. In diesem Zusammenhang ist auf einen letzten Wirkungsmechanismus hinzuweisen: Die sozialstaatlichen Leistungen kommen immer weniger denen zugute, die sie vielleicht am dringendsten benötigen, beziehungsweise deren Ansprüche sind so niedrig, dass ihre Versicherungsleistungen nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu decken. Hier wirkt eine doppelte «Diskriminierung» auf dem Arbeitsmarkt: Niedrige Stundenlöhne plus geringe Arbeitszeiten führen zu niedrigen Ansprüchen.

## **Die Rückkehr der «gefährlichen Klassen»**

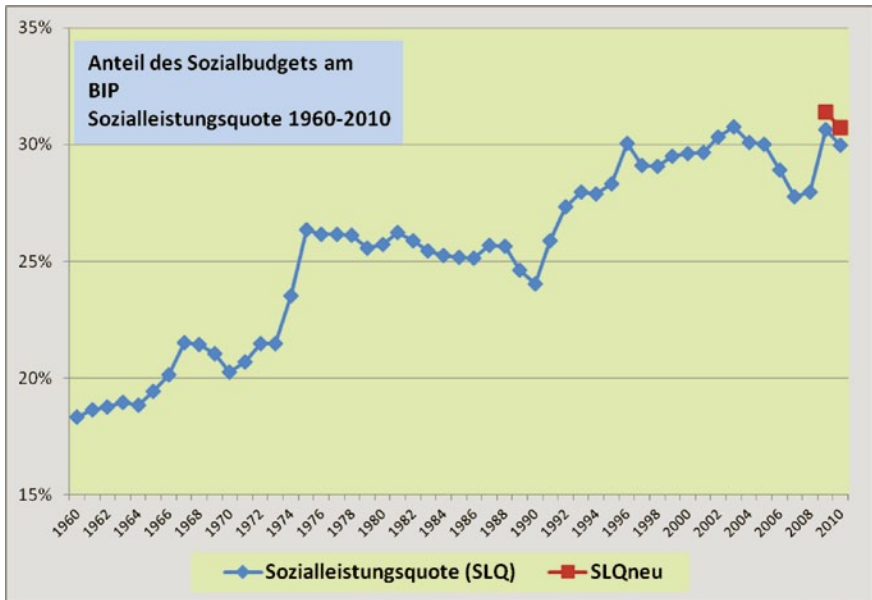
Zwar ist es in Deutschland noch nicht zu kollektiven Gewaltausbrüchen aus der sozialen Aussichtslosigkeit heraus wie in Frankreich oder Großbritannien gekommen. Auch ist die Jugendarbeitslosigkeit hier deutlich niedriger als etwa in den südeuropäischen Staaten. Gleichwohl: Die bereits über eine Generation anhaltende dauerhafte Abkoppelung etwa eines Fünftels der Bevölkerung vom wachsenden gesellschaftlichen Reichtum hat Spuren hinterlassen. Die Wiederkehr von längst überwundenen Volks- bzw. Armutskrankheiten, eine verbreitete öffentlich sichtbare Armut, Obdachlosigkeit, soziale Ausgrenzung und Abschließung sowie die Herausbildung «gefährlicher Viertel» sind bei gleichzeitig blockierten Aufstiegsmöglichkeiten Zeichen für eine zunehmende soziale Fragmentierung, Deklassierung und Deprivation. In den 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts galt, dass Verarmung kein Klassenschicksal mehr ist, sondern ein individuelles, wofür der Sozialstaat ein Sicherungsnetz bot und die Aussicht, wieder nach oben zu kommen. 30 bis 40 Jahre später zeichnet sich ab, dass Verarmung wieder zu einem Klassenschicksal geworden ist und dass, wer einmal durchs Netz gefallen ist, nur sehr geringe Chancen hat, wieder hochzukommen. Bislang handelt es sich um eine vorwiegend politisch unsichtbare Armut. Zusammen mit der Umwandlung von Eigentumsansprüchen, auf denen soziale Bürgerrechte fußen, in Fürsorgeleistungen oder in «Leistung-Gegenleistung-Beziehungen» fand eine starke politische Demobilisierung der unteren sozialen Klassen statt. Sie haben sich aus den sozialen und politischen Partizipationsprozessen weitgehend zurückgezogen und drohen zu einer stimm- und repräsentationslosen Armutsbevölkerung zu werden. Gleichzeitig schmilzt die Massenbasis für sozialstaatlich organisierte Solidarität und für sozialstaatliche Institutionen. Neben den Absatzbewegungen der wohlhabenden Schichten aus öffentlichen Einrichtungen (z. B. dem staatlichen Schul- und Universitätssystem) und der gesellschaftlichen Solidarität formieren sich auch wachsende Teile aus der Mittelschicht in einer Art Abwehrhaltung, die die Gefahren für den sozialen Zusammenhalt und die alltägliche Ordnung der Gesellschaft zwar spürt, ihnen aber vorwiegend mit (erneuter) rassistischer oder volkspädagogischer Stigmatisierung begegnet. Verarmung und ihre gesundheitlichen Folgen etwa werden als Problem einer schlechten individuellen Lebensführung, als Resultat mangelnder geistiger Fähigkeiten oder ethnischer Eigenschaften behandelt. Damit schließt sich der Kreis sozialstaatlicher Transformation: Sollte vormals der Ausbau des Sozialstaates allen Schichten durch Transfer und Erziehung den Zugang zu einer bürgerlichen Lebensführung ermöglichen und ein bestimmtes Maß an Gleichheit als Grundstock öffentlicher Sicherheit herstellen, so hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine Kräftekonstellation herausgebildet, die diese integrierende Funktion des Sozialstaates leugnet beziehungsweise glaubt, darauf verzichten zu können.

Die sozialstaatliche Transformation in Deutschland hat in eine Sackgasse geführt. Sie schlägt auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Qualität des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zurück. Dass die Zeiten sich ändern, kündigt sich

in dem Widerruf neoliberaler Gewissheiten an, der Anfang Dezember 2011 von OECD-Generalsekretär Angel Gurría kam, der ohne große Umschweife feststellte: Wirtschaftswachstum kommt nicht automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugute; Ungleichheit fördert nicht die soziale Mobilität; wachsende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft, gefährdet den sozialen Zusammenhalt, schafft politische Instabilität, ist nicht unausweichlich. Offensichtlich ist auf lange Sicht der sozialstaatliche Weg der kapitalistischen Wirtschaft förderlicher, auch wenn sich immer wieder starke Fraktionen dagegen durchsetzen und das Gegenteil beweisen wollen.

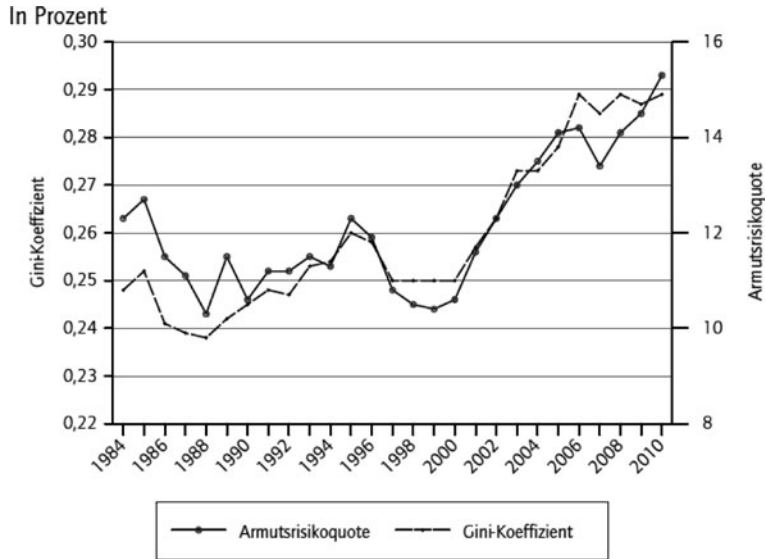
## Anhang

Abb. 1: Entwicklung der Sozialleistungsquote in Deutschland, 1960–2010



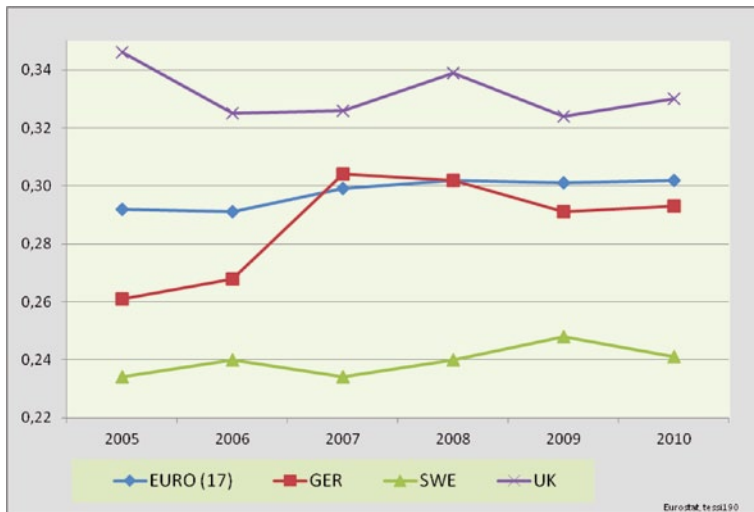
Quelle: Destatis; eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 2: Entwicklung des Gini-Koeffizienten in Deutschland, 1984–2010



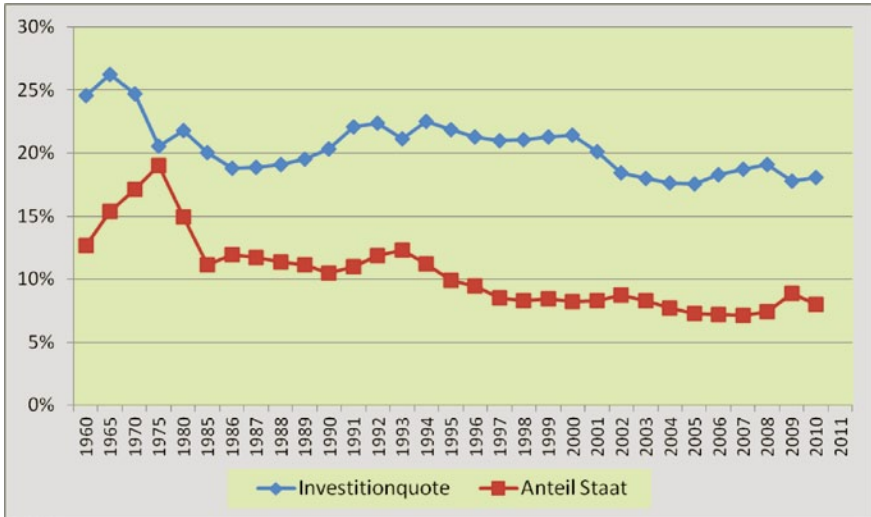
Quelle: Darstellung nach OECD 2011: Divided we Stand

Abb. 3: Entwicklung der Einkommensungleichheit nach den deutschen Arbeitsmarktrefor-men, 2005–2010



Quelle: Destatis; eigene Berechnung und Darstellung

*Abb. 4: Gesamtwirtschaftliche Investitionsquote und Anteil der öffentlichen Investitionen in Deutschland, 1960–2010*



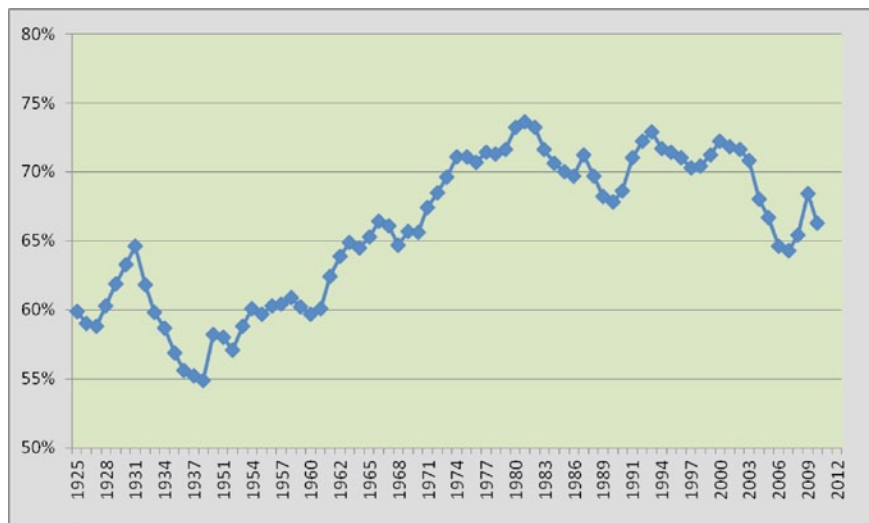
Quelle: Destatis; eigene Berechnung und Darstellung

*Abb. 5: Aspects of Inequality*

	Wage dispersion (D9/D1 decile ratio)	Inequality of individual earnings (Gini)	Inequality of household earnings (Gini)	Inequality of household market income (Gini)	Inequality of household disposable income (Gini)	Inequality of household extended income including services (Gini)	Difference of market income/disposable income	Difference of market income/extended income
GER	3,63	0,40	0,35	0,42	0,30	0,25	-0,12	-0,17
SWE	2,28	0,33	0,33	0,37	0,26	0,18	-0,11	-0,19
UK	3,63	0,40	0,38	0,46	0,35	0,25	-0,11	-0,21
OECD	3,33	0,37	0,36	0,41	0,31	0,24	-0,10	-0,17
USA	4,89	0,45	0,42	0,45	0,37	0,30	-0,08	-0,15

Quelle: OECD 2011: Divided we Stand

Abb. 6: Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen, 1925–2012



Quelle: Destatis; eigene Berechnung und Darstellung

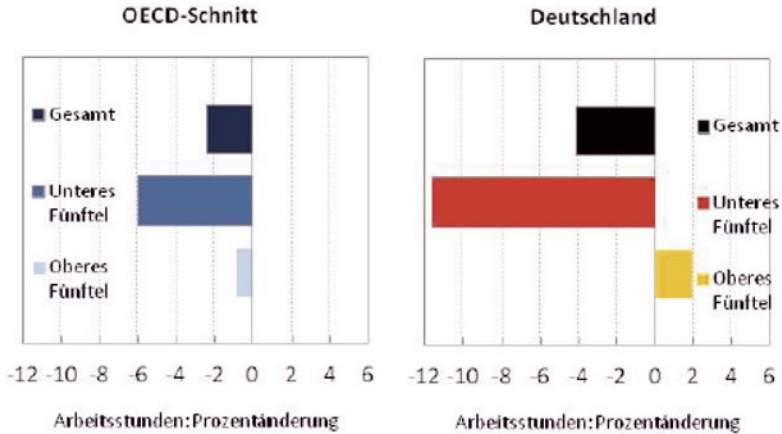
Abb 7a: Bröckelnde Beitragsbasis: Von allen Erwerbstätigen waren ...

	1950	1975	1990	2010
<b>Arbeitnehmer</b>	68,4%	84,4%	89,9%	88,9%
<b>sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer</b>		74,0%	74,7%	68,4%
<b>– darunter Teilzeit</b>		7,1%	11,0%	19,5%
<b>Anteil der nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern</b>		10,4%	15,5%	20,5%

Quelle: Destatis; eigene Berechnung und Darstellung

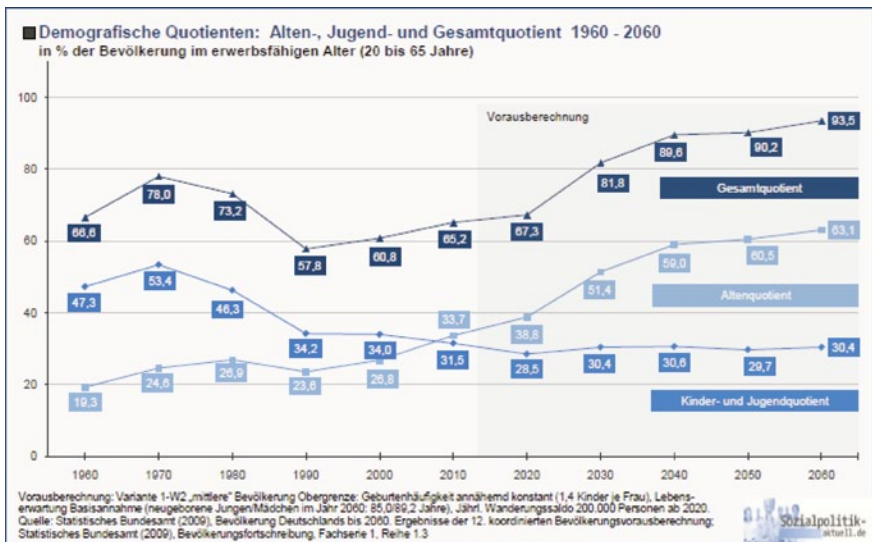
Abb. 7b: Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden

### Anzahl geleisteter Arbeitsstunden, Mitte der 80er und Mitte der 2000er Jahre (Prozentveränderung)



Quelle: OECD 2011: Divided we Stand

Abb. 8: Entwicklung der «demografischen Quotienten» in Deutschland, 1960–2060



Quelle: www.sozialpolitik-aktuell.de (Zugriff: 12.7.2012)



Katharina Pühl

## **SOZIALSTRUKTUR UND GESCHLECHTERVERHÄLTNISSSE: ARBEITS- UND LEBENSWEISEN IM SOZIALSTAAT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND VOR UND NACH 1990**

Der Beitrag präsentiert Perspektiven auf Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen in Deutschland vor allem nach 1990, dem Datum des Zusammenschlusses der vormals getrennten beiden deutschen Staaten. Der analytische Fokus liegt auf den Veränderungen in der Familien-, Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, die zentrale Bereiche der Sozialpolitik beeinflussen beziehungsweise ausmachen. Kurz skizziert werden darüber hinaus die verschiedenen strukturellen politisch-gesellschaftlichen Normierungen, wie sie den sozialpolitischen Grundentscheidungen der beiden deutschen Staaten entsprachen.

Die grundlegende These eines geschlechterkritischen beziehungsweise feministischen Analyseansatzes ist, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, Lebens- und Arbeitsweisen zentral durch die Geschlechterverhältnisse gestaltet sind und damit Geschlecht eine unerlässliche und wesentliche Kategorie für Sozialstrukturanalysen darstellt. Dabei richtet sich der Blick auf Frauen und Männer, mithin zentral auch auf die Geschlechterverhältnisse und deren historische Veränderungen. Hierfür wären auch deren Verflechtungen (Intersektionalität) mit anderen analytischen sozialen Kategorien wie Klasse, Rasse, ethnische Herkunft, Alter, sozialer Status, Gesundheit/Krankheit etc. zu untersuchen, um eine umfassende Analyse der Sozialstruktur leisten zu können, was im Rahmen dieses Beitrages jedoch nicht möglich ist.

Die Gesellschaftsmodelle der DDR und BRD lassen sich hinsichtlich ihrer geschlechterbezogenen Leitbilder charakterisieren, die auch jeweils als informeller «Geschlechtervertrag» bezeichnet werden können: Dieser Vertrag prägt auf verschiedene Weisen die sozialen Normen und Vorstellungen etwa hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder darüber, wer für die Versorgung abhängiger Familienmitglieder zuständig ist. Grundlegend kann das Geschlechterleitbild der DDR seit der Staatsgründung 1949 als egalitär bezeichnet werden, während in der Bundesrepublik der frühen Jahre bis zu den Eherechtsreformen in den späten 1970er Jahren

ein eher komplementär zu bezeichnendes Verhältnis der Geschlechter vorherrschte, selbst wenn die Gleichheit der Geschlechter in der Verfassung festgelegt war. Entsprechend unterschiedlich fiel die Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit aus. So war Vollzeitbeschäftigung in der DDR weit verbreitet und kulturell üblich sowie ökonomisch notwendig, selbst wenn auch hier vor allem Frauen nach Ende der Erwerbsarbeit in einer Art «zweiten Schicht» für die Familienarbeit zuständig waren. Insofern war auch der Egalitarismus der DDR, wie die feministische Forschung gezeigt hat, geschlechterbezogen asymmetrisch geprägt (vgl. Dölling 2003) und widersprüchlich. Im Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger der DDR wurde gleichwohl eher eine egalitäre Orientierung der Geschlechter unterstellt beziehungsweise vorausgesetzt.

In der Bundesrepublik war bei verheirateten Frauen die Aufnahme einer Berufstätigkeit bis in die 1970er Jahre hinein hingegen (zumindest dem Bürgerlichen Gesetzbuch zufolge) von der Zustimmung des Ehemannes abhängig. Erst im Zuge umfassender bildungspolitischer Reformen, die ab den 1970er Jahren deutlich mehr Studierende aus unteren und mittleren sozialen Schichten und vor allem auch Frauen in besser qualifizierte und auch akademische Berufe brachten, und unter dem Einfluss der zweiten Frauenbewegung ab den 1960er Jahren kam es zu einem stärkeren gesellschaftlichen Bewusstsein über die fehlende Gleichberechtigung und zu einer deutlich aktiveren Beteiligung von Frauen an vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Seit dem 1990 erfolgten Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gehen die meisten geschlechterbezogenen Sozialanalysen von einer (wenn auch unvollständigen) Durchsetzung des ehemals westdeutschen Geschlechtermodells aus, das eine allenfalls teilzeiterwerbstätige Ehefrau und einen vollzeiterwerbstätigen Familienlohnernährer vorsieht. Damit ist jedoch nur die normative Ebene erfasst; die tatsächlich gelebte Vielfalt von individuellen Familien- und Berufsarrangements ist beträchtlich und steht dieser Normierung oftmals entgegen. Neu an der gesellschaftlichen Entwicklung, die dieses Modell nur unzureichend erfasst, ist die steigende Zahl von Alleinerziehendenhaushalten; die mehrheitlich von Frauen geführt werden, und Familienernährerinnen, die das überwiegende oder alleinige Einkommen einer Familie (die sich immer häufiger aus unverheirateten Paaren mit Kindern zusammensetzt) bestreiten. Dies betrifft vor allem die mittleren und unteren Bereiche der Lohnstruktur, in denen sich neue geschlechtsspezifische Umverteilungsmuster von Lohnarbeit und Einkommen herausbilden. Sofern sie im Niedriglohn- oder Geringverdienersektor liegen, werden damit auch oft tendenziell prekäre Einkommenssituationen geschaffen.

Trotz gestiegener Erwerbstätigkeit von Frauen in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren ist im Durchschnitt das Erwerbsarbeitsvolumen von Frauen in Deutschland im Vergleich zu dem von Männern insgesamt weniger stark gestiegen. Dies bedeutet, dass eine gleichberechtigte Beteiligung beider Geschlechter beziehungsweise der gleichberechtigte Zugang zu Lohnarbeit bislang immer noch nicht gegeben ist. Zwei-

tens bedeutet dies bei einer größeren Zahl von Frauen in Erwerbstätigkeit aber auch, dass eine Umverteilung von Erwerbsarbeitsanteilen unter Frauen stattgefunden hat und weiterhin stattfindet. Das hat den Effekt, dass Frauen vor allem während der Familienphase, aber auch danach nicht in dem (vor allem von ostdeutschen Frauen) gewünschten Maß vollzeiterwerbstätig sein können, unabhängig davon, ob sie Familienverantwortung haben oder nicht. Dies führt zu sozialpolitisch relevanten strukturellen Folgen.

- Mechanismen direkter und indirekter Lohndiskriminierung haben das Ergebnis, dass Frauen heute durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer verdienen. Auch wenn es zu Zeiten der DDR Lohndifferenzen zwischen den Geschlechtern gab, waren sie im Verhältnis deutlich geringer.
- Frauen sind durchschnittlich mehr als Männer in Teilzeit beschäftigt. Dies verhindert beruflich bestimmte Karriereschritte und Aufstiegschancen und führt zu einem insgesamt niedrigeren Lohneinkommen über die Lebensberufsbiografie hinweg.
- Als Konsequenz sind Frauen durchschnittlich ärmer und verfügen über weniger Geld als Männer.
- Frauen sind auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Absicherung bis hin zur Rente über die vorrangig aus der Lohnarbeit abgeleiteten Ansprüche und Leistungen des Sozialstaates ökonomisch benachteiligt beziehungsweise in einer durchschnittlich prekäreren ökonomischen Situation als Männer.

Noch heute, mehr als 20 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, lassen sich auch empirisch noch Unterschiede bei den Geschlechterleitbildern in beiden Teilen des Landes ausmachen (vgl. Abb. 1). Jedoch führte die deutlich vom vormalig westdeutschen Teil der Gesellschaft dominierte Entwicklung mit ihren ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Vorstellungen, institutionellen Arrangements und Praxen dazu, dass bestimmte in der DDR bereitgestellte gesellschaftliche Ressourcen (wie etwa ein beinahe flächendeckendes und umfassendes Betreuungsangebot für Kinder aller Altersstufen) heute nicht mehr zur Verfügung stehen. Dieser Rückbau verstärkt den Zwang, reproduktive Arbeit und Kinderbetreuung wieder, entsprechend dem Geschlechtermodell der alten Bundesrepublik, individuell-privat zu organisieren – mit den damit verbundenen Einschränkungen und Folgen für die soziale Absicherung von Frauen und insbesondere auch Familien, die von Alleinerziehenden gebildet werden (zu über 90 Prozent von Müttern). Die aktuelle sozialpolitische Debatte um das sogenannte Betreuungsgeld entspricht diesem Trend beziehungsweise verschärft soziale Ungleichheit, weil es zumeist gering verdienende und weniger gut ausgebildete Frauen sind, die wahrscheinlich die Option wählen (würden), ein Kind zu Hause zu betreuen.

*Abb. 1: Gesellschaftsmodelle und familiäre beziehungsweise geschlechterverhältnisbezogene Leitbilder vor und nach 1990*

Gesellschaftsmodell	Sozialistische Planwirtschaft Deutsche Demokratische Republik (bis 1990)	Kapitalistisches Sozialstaatsmo- dell Bundesrepublik Deutschland
Geschlechterleitbild (Geschlechtervertrag)	egalitär; gleichberechtigt (je- doch Zuständigkeit von Frauen für Haus- und Familienarbeit)	komplementär in Bezug auf Arbeitsteilung zwischen Be- ruf und Familie; starke Auf- gabendifferenzierungen; Steuerprivilegien Arbeitsmarkt- und Lohnpolitiken
Leitbilder zu Familie und Erwerbsarbeit (Geschlechterarrangements)	zwei (voll-)erwerbstätige Erwachsene; geringere Lohn- differenz M/F; mehr Frauen in Führungspositionen	ein Familienhaupternährer + eine nicht erwerbstätige bzw. geringfügig beschäftigte Partnerin («Normalarbeits- verhältnis»; «Zuverdienerinnen- Modell»; «Hausfrauenehe»)
materiale staatliche instituti- onelle Unterstützung z. B. für Kinderbetreuung	staatlich bereitgestellt; nahezu flächendeckend; eher ganztags; bereits für Kinder im Krippen- platzalter unter drei Jahren	geringerer Deckungsgrad oft erst vom Kindergartenalter (ab drei Jah- ren) an; oft nur halbtags; staatliches Angebot, kombiniert mit betriebli- chen Programmen/Finanzierungen
Staat als Arbeitgeber	vor allem für Frauen	abnehmende Beschäftigung im öffentlichen Sektor
Anstieg der Lohndifferenz (gender wage gap)	ja; hohe Arbeitslosigkeit insbesondere von Frauen	ja

Quelle: eigene Darstellung

Auch die gesellschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte verlief in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich:

- Die industrielle Restrukturierung beziehungsweise Deindustrialisierung in Ostdeutschland führte zu Arbeitsplatzverlusten in großem Umfang; insbesondere Industrie-arbeitsplätze wurden abgebaut, die bis heute nicht wieder ersetzt wurden.
- Der Rückbau staatlicher Behörden der DDR führte zu einem entsprechend starken Abbau von staatlichen Arbeitsplätzen, die überwiegend auch Frauenarbeitsplätze waren, und ist bislang auch mit der bundesdeutschen Behördenstruktur, die auf die neuen Länder übertragen wurde, nicht kompensiert worden.
- Die Deindustrialisierung der DDR führte, anders als in der Bundesrepublik, nicht zu einem vergleichbaren Auf- und Ausbau eines tertiären Dienstleistungssektors, der im Westen nach der Auslagerung industrieller Arbeitsplätze ins Ausland stark zugenommen hat.

**Abb. 2: Ebenen einer auf das Geschlechterverhältnis bezogenen Gesellschafts- und Sozialanalyse**

<p><b>Geschlechterregime</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– transnationale Politikarenen, Europäische Union</li> <li>– staatliche Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik</li> <li>– Einbettung in kapitalistische Entwicklungsdynamiken: Fordismus/Postfordismus/Neoliberalismus</li> </ul>
<p><b>Geschlechterordnung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– normative und rechtliche Dimensionen (z. B. privilegierter Schutz von Ehe und Familie) und praktisch gelebte Wertvorstellungen</li> <li>– Trennung von Privatheit-Öffentlichkeit (z. B. rechtliche Sanktionierung von Vergewaltigung bzw. Gewalt in der Ehe)</li> </ul>
<p><b>Geschlechterkulturen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Beziehungsvorstellungen; unkonventionell und konventionell gelebte Alltagsarrangements; Neudefinition von Rollenverständnissen («neue Väter», Mütter in Führungspositionen etc.)</li> <li>– Verarbeitung von neuen Rollenansforderungen und Neudefinitionen – bei Beibehaltung kultureller Normen einer binären Geschlechterasymmetrie</li> <li>– historische Aktualisierungen</li> </ul>

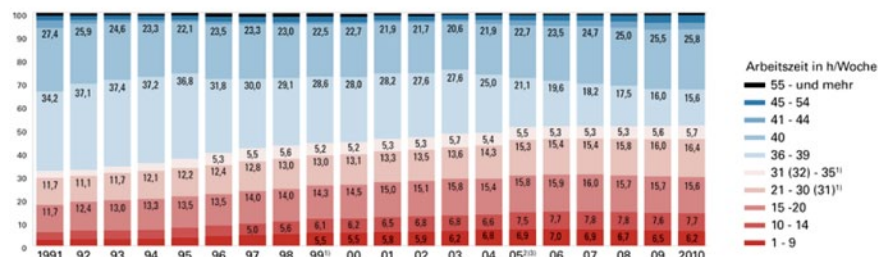
Quelle: eigene Darstellung

Die auch im europäischen Vergleich sehr hohe Beschäftigungsrate von Frauen in der DDR (sie lag 1990 bei 90 Prozent und in Westdeutschland bei 56 Prozent) beträgt inzwischen nur noch 72 Prozent (Männer vor 1989: 92 Prozent; danach: 80 Prozent). Es sind heute auch deutlich weniger Frauen vollzeiterwerblich (vgl. Abb. 3), obwohl die schon genannten Unterschiede des Beschäftigungsmodells von Männern und Frauen noch immer in den ost- und westdeutschen Bundesländern wirksam sind.

**Abb. 3: Entwicklung der Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen seit 1991**

### Starker Rückgang des Anteils vollzeiterwerblich-tätigen Frauen seit 1991

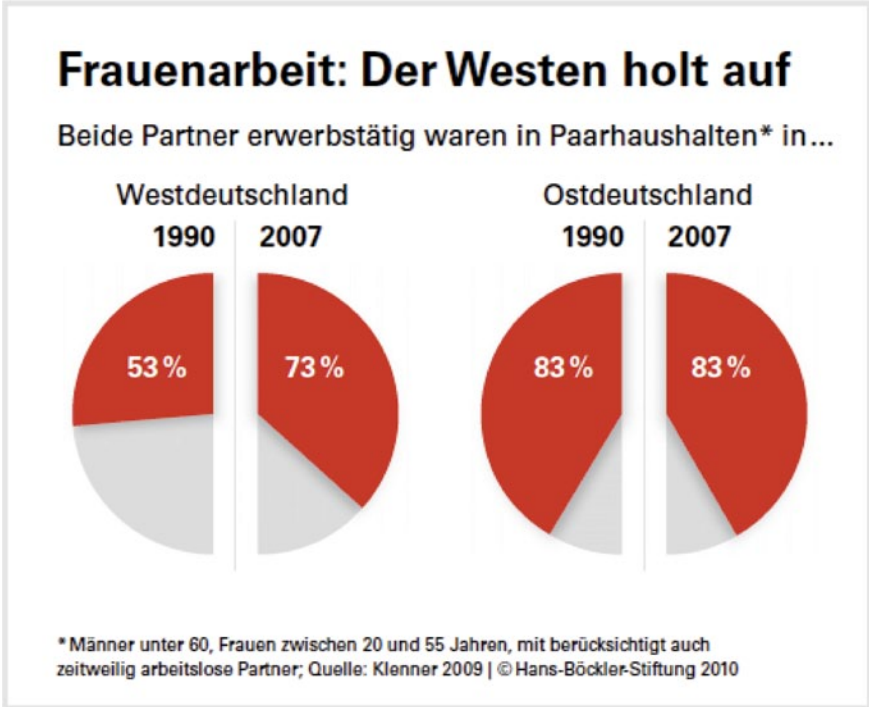
Abhängig beschäftigte **Frauen** nach Arbeitszeitgruppen in **Deutschland** (1991–2010) in Prozent



Anmerkungen: Infolge runderungsbedingter Ungenauigkeiten kann die Summe der prozentualen Anteile in einzelnen Jahren von 100 abweichen.  
 (1) Ab 1999 Veränderung der Stundenabgrenzung: von (21 bis 30 Std.) zu (21 bis 31 Std.) und von (31 bis 35 Std.) zu (32 bis 35 Std.), daher nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit für diese Stundenbereiche.  
 (2) Die Vergleichbarkeit der Daten vor und nach 2005 ist infolge des veränderten Erhebungskonzeptes (unterjährige Erhebung seit 2005) nur eingeschränkt gegeben.  
 (3) Ab 2005 werden Berlin (West) und Berlin (Ost) zusammen erfasst und – statt wie bis 2004 nur Berlin (Ost) – den neuen Bundesländern zugerechnet. Durch diese Veränderung ist eine Vergleichbarkeit der Daten vor und nach der Umstellung nur bedingt gegeben.

Quelle: WSI GenderDatenPortal ([http://www.boeckler.de/wsi\\_38957.htm](http://www.boeckler.de/wsi_38957.htm))

Abb. 4: Erwerbstätigkeit beider Partner in West- und Ostdeutschland, 1990 und 2007



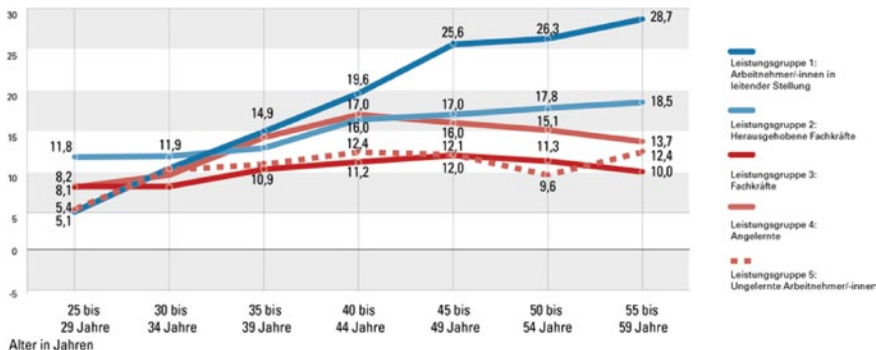
Quelle: Böckler Impuls 4/2010 ([http://www.boeckler.de/impuls\\_2010\\_04\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2010_04_1.pdf))

Die sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik prägnante, aber unterschiedlich stark ausgeprägte Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern ist damit bis heute eine stabile Variante sozialer Ungleichheit durch Lohneinkommen und damit verbundener sozialer Absicherung, die im Verlauf von Leben und Berufsbiografie an Bedeutung zunimmt (vgl. Abb. 5). In besonders drastischer Form wird sich dies ab dem Jahr 2030 unter Bedingungen der geplanten Absenkung der Rentenhöhe auf nur mehr 43 Prozent (bislang 51 Prozent) des vorherigen Nettodurchschnittsverdienstes zeigen.

Abb. 5: Lohnungleichheit im beruflichen Lebensverlauf

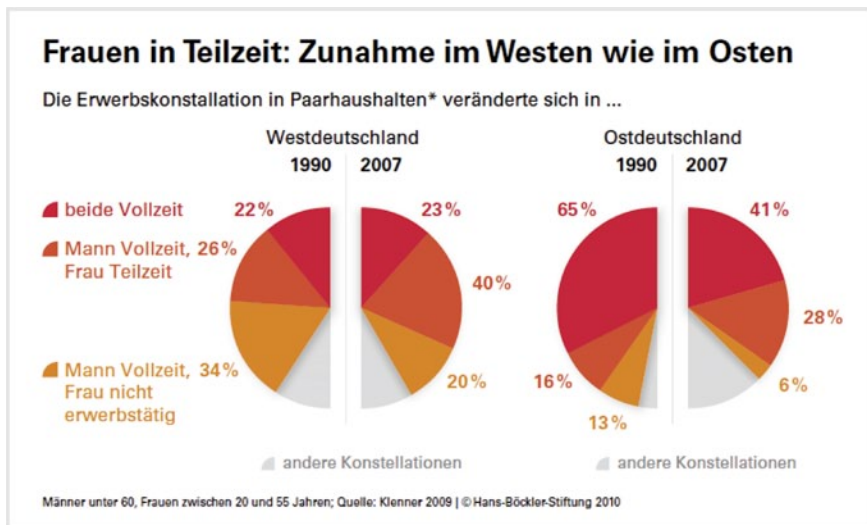
## Lohnungleichheit steigt mit Alter und beruflicher Position

Geschlechtsspezifischer Verdienstabstand vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/innen nach Leistungs- und Altersgruppen in Deutschland (2006) in Prozent



Quelle: WSI GenderDatenPortal (<http://www.boeckler.de/39193.htm>)

Abb. 6a: Zunehmende Teilzeitbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland



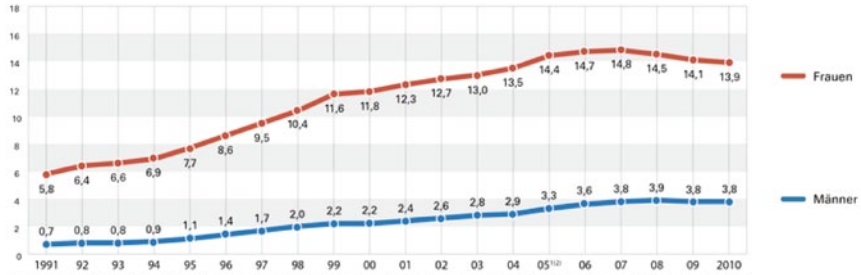
Quelle: Böckler Impuls 4/2012 ([http://www.boeckler.de/impuls\\_2012\\_04\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2012_04_1.pdf))

Abb. 6b: Entwicklung von Teilzeitbeschäftigung von Frauen seit 1991

## Starker Anstieg von kurzer Teilzeit bei Frauen in den letzten 20 Jahren



Anteil beschäftigter Frauen und Männer mit einer normalerweise pro Woche geleisteten Arbeitszeit unter 15 Stunden an allen abhängig Beschäftigten in Deutschland (1991–2010) in Prozent



Anmerkungen: 1) Die Vergleichbarkeit der Daten vor und nach 2005 ist infolge des veränderten Erhebungskonzeptes (unterjährige Erhebung seit 2005) nur eingeschränkt gegeben. 2) Ab 2005 werden Berlin (West) und Berlin (Ost) zusammen erfasst und - statt wie bis 2004 nur Berlin (Ost) - den neuen Bundesländern zugerechnet. Durch diese Veränderung ist eine Vergleichbarkeit der Daten vor und nach der Umstellung nur bedingt gegeben.

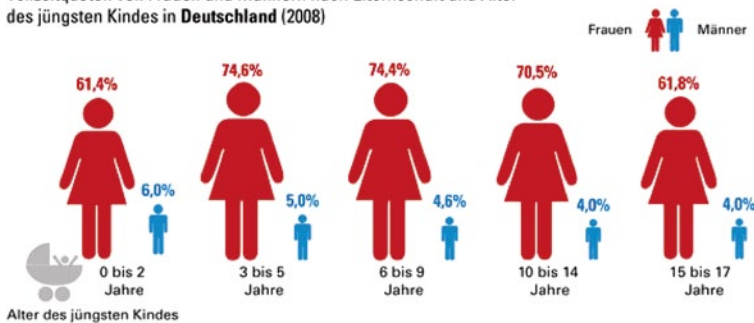
Quelle: WSI GenderDatenReport (<http://www.boeckler.de/38986.htm>)

Zu den Bedingungen des gesellschaftlichen Geschlechterarrangements und den damit verbundenen ungleich zwischen Frauen und Männern verteilten Anteilen von bezahlter Erwerbs- und unbezahlter Sorgearbeit gehört also die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bislang müssen sich Personen, die hauptverantwortlich für die Familienarbeit zuständig sind (meist Frauen), in der Regel mit einer Teilzeitbeschäftigung zufriedengeben.

Abb. 7: Elternschaft, Geschlecht und Teilzeitarbeit

## Elternschaft und Geschlecht haben in Deutschland einen starken Einfluss auf die Teilzeitquote

Teilzeitquoten von Frauen und Männern nach Elternschaft und Alter des jüngsten Kindes in Deutschland (2008)



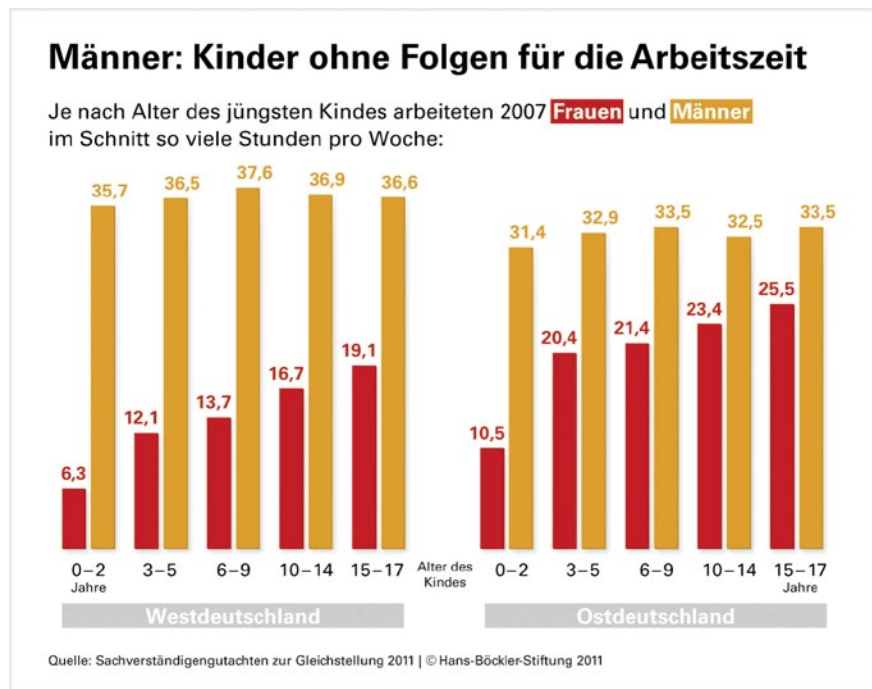
Anmerkung: Als Eltern werden Personen verstanden, die mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren in einer Haushaltsgemeinschaft leben.

WSI GenderDatenReport ([http://www.boeckler.de/wsi\\_38966.htm](http://www.boeckler.de/wsi_38966.htm))



Dieses Faktum widerspricht der Orientierung insbesondere auch von Frauen auf Beruf *und* Familie und ihrem Wunsch, stärker am Arbeitsmarkt beteiligt zu sein beziehungsweise ein selbsterworbenes Einkommen zu realisieren. Um der Ungleichverteilung von Sorge- und reproduktiven Arbeiten zwischen den Geschlechtern langfristig entgegenzuwirken, bedarf es auch umfassender Veränderungen bei den sozialpolitischen Instrumenten. Hier ist das Elterngeld zu nennen, das 2007 in Deutschland eingeführt wurde und das Anreize auch für Väter setzt, eine staatlich subventionierte Auszeit von der Erwerbstätigkeit für die Familienarbeit zu nehmen. Beim Zugang zu solchen sozialpolitischen Leistungen und Programmen gibt es aber weiterhin einen klassenspezifischen *bias*. Durch die politische Regulierung werden vornehmlich bestimmte, eher der Mittelschicht zugehörige soziale Gruppen gefördert, die bereits vergleichsweise einträgliche Lohneinkommen generieren konnten, nicht aber Sozialhilfempfängerinnen oder Langzeitarbeitslose.

Abb. 8: Verteilung der Arbeitszeit – Zeit für Familie



Quelle: Böckler Impuls 3/2011 ([http://www.boeckler.de/impuls\\_2011\\_03\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2011_03_1.pdf))

Aktuell gibt es 41 Millionen Erwerbstätige in Deutschland; bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden liegt Deutschland im europäischen Vergleich auf einem mittleren Rang. Verteilt ist die Erwerbsarbeit allerdings in Deutschland weiterhin asymmetrisch. In kaum einem anderen europäischen Land arbeiten vergleichbar viele Frauen nur in Teilzeit. Die durch konservative Restrukturierungspolitiken vor allem seit den 2000er Jahren vorangetriebenen Arbeitszeitverkürzungen waren – entgegen gewerkschaftlicher Forderungen – nicht mit einem Lohnausgleich verbunden und wirkten sich faktisch wie Reallohnkürzungen aus. Nicht nur die Arbeitsstunden, sondern vor allem die zunehmende Entgarantierung durch eine drastisch steigende Zahl befristeter Arbeitsverträge, mehr Leiharbeit, untertarifliche Bezahlung etc. und damit der Wegfall der Option, einen ausreichenden Familienernährerlohn zu generieren, führen zu neuen Risiken und Tendenzen verstärkter Armut und Prekarisierung der Lebensverhältnisse. Dies betrifft nicht nur die Höhe des monatlichen (Gesamtfamilien-) Einkommens, sondern bedeutet für zunehmend mehr Menschen (inzwischen auch aus der Mittelschicht), nicht ausreichend für das Alter vorsorgen zu können und eine geringe oder gar keine Planungssicherheit für die mittelfristige Lebensgestaltung.

*Abb. 9: Neoliberale kapitalistische Restrukturierung der Sozialstaaten in Europa seit den 1990er Jahren*

Sozialstaatsmodell Westdeutschland	fordistisch	postfordistisch
Ehe/Familie		
Organisationsweise von Interessen	Korporatismus (Staat – Gewerkschaften – Arbeitgeberorganisationen) Flächentarifverträge	Auflösung korporatistischer Konfliktregelungsmodelle widersprüchliche Entwicklungen: Entgarantierung versus branchenspezifische Festlegung von Mindestlöhnen (rudimentär)
Organisation von Erwerbsarbeit	Einheit von Familie, Erwerbsarbeit und Lebenszusammenhang	zunehmende Widersprüche Mix von Maßnahmen durch ökonomische Individualisierung und Entgarantierung (z. B. Bedarfsgemeinschaft/ALG II)
normative Orientierung	welfare Sozialstaat mit teilweisem Ausgleich sozialer Risiken im Kapitalismus wie Krankheit, Berufsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit etc.	workfare statt sozialrechtlichem Anspruch auf Leistungen aus der Sozialversicherung; Zwang zur Arbeit um jeden Preis
soziale Absicherung	stärker kollektiviert durch Erwerbsarbeit, Lohn und gesellschaftliche Umverteilung	stärker individualisiert, privatisiert und finanzialisiert (zunehmende Bedeutung privater Vorsorge)

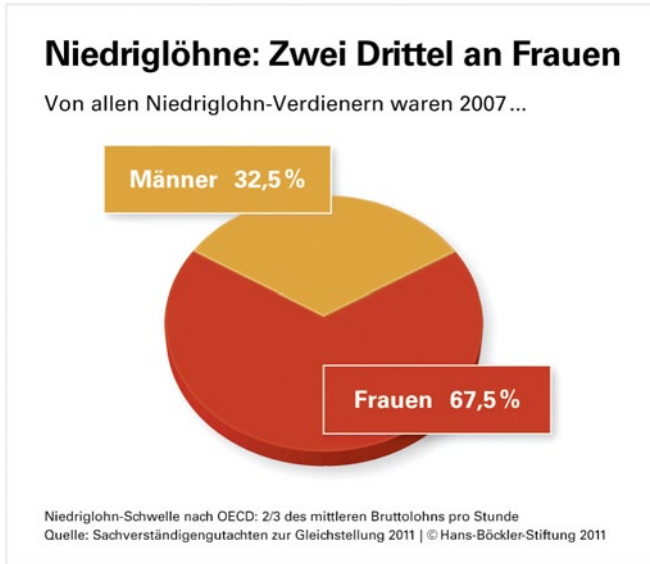
Quelle: eigene Darstellung

Verschärft wird diese Entwicklung noch, wie bereits erwähnt, durch die geplante Absenkung der Rentenleistung sowie durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters bis zum Jahr 2030, die dem demografischen Wandel Rechnung tragen soll. Demnach werden in Zukunft wesentlich weniger in Lohn stehende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Last der Rentenzahlungen tragen müssen. Das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung ist an seine Grenzen gekommen beziehungsweise durch staatliche Reregulierungen gebracht worden. Bislang gibt es außer der Aufforderung, private Zusatzversicherungen abzuschließen, wenig Instrumente und Lösungsangebote für Niedrigverdienerinnen und -verdiener. Das Risiko von massenhafter Altersarmut ist bekannt, wird aber bislang nicht mit angemessenen oder ausreichenden sozialpolitischen Maßnahmen flankiert. Dass gegenwärtig von der Notwendigkeit einer staatlichen Zusatzleistung gesprochen wird, die Millionen zukünftiger Rentnerinnen und Rentner vor der sozialen Notlage schützen soll, bietet noch keine ausreichenden Handlungsoptionen, die zudem politisch durchsetzbar wären. Die demografische Problematik ist, auch unter dem Gesichtspunkten der Geschlechterungleichheit und insbesondere des Risikos von Frauenaltersarmut, noch nicht politisch eingeholt.

Einzuordnen sind diese Entwicklungen in einen politischen und ökonomischen Systemwechsel unter Bedingungen neoliberaler Restrukturierungspolitikern seit den späten 1990er Jahren, der in verschiedenen europäischen Ländern, darunter Deutschland, stattgefunden hat. Der zunehmenden Entstaatlichung von öffentlichen Diensten und Versorgungsaufgaben folgte deren Überführung in privatisierte Arrangements unter Bedingungen ihrer Finanzialisierung und Ökonomisierung. Marktförmige und reregulierend wirkende Prinzipien der Umgestaltung von umlageorientierten Sozialversicherungen führen bereits jetzt zu erheblichen Einschnitten und Kürzungen sozialer Leistungen (Alters- und Berufsunfähigkeitsrenten) sowie zu einer zunehmend privatisierten Sorge und Vorsorge, anstatt dass alle gesellschaftlichen Gruppen (Beamte, Freiberufler etc.) in die Umlagesysteme (Krankenversicherung und Rentensysteme) einbezogen werden.

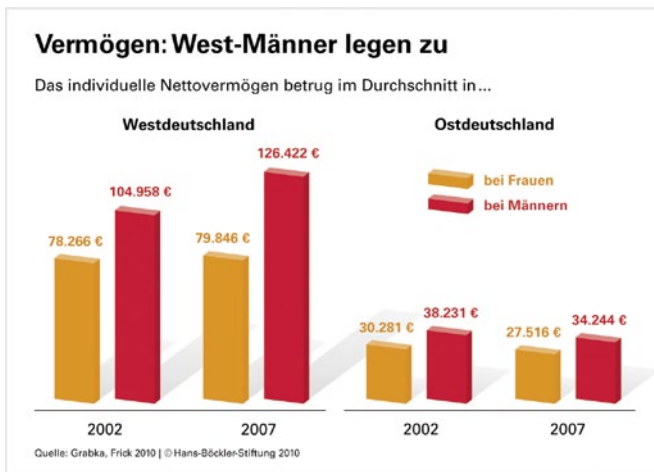
Die Deregulierung sozialstaatlicher Leistungssysteme ist charakterisiert durch einen Paradigmenwechsel weg vom versorgenden (*welfare*) hin zum fordernden Sozialstaat (*workfare*) sowie durch eine ungerechte Umverteilung von steuerfinanzierten und aus den umlagefinanzierten sozialen Versicherungssystemen stammenden Geldern. Damit werden die bereits bestehenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen noch größer. Insbesondere der auch durch europäische Vorgaben (z. B. den Vertrag von Lissabon) forcierte Trend, den Ausbau von Niedriglohnbereichen gezielt zu fördern, führte zu einer weiteren geschlechtsspezifischen Segmentierung der Arbeitsmärkte. Der Ausbau von personen- und haushaltsnahen Dienstleistungstätigkeiten hat erkenntlich zu mehr Beschäftigung von Frauen im Niedriglohnsektor beigetragen, der weitgehend ohne Mindeststandards und Tarife auskommt.

Abb. 10: Anteil von Männern und Frauen an Niedriglobntätigkeiten



Quelle: Böckler Impuls 05/2011 ([http://www.boeckler.de/impuls\\_2011\\_05\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2011_05_1.pdf))

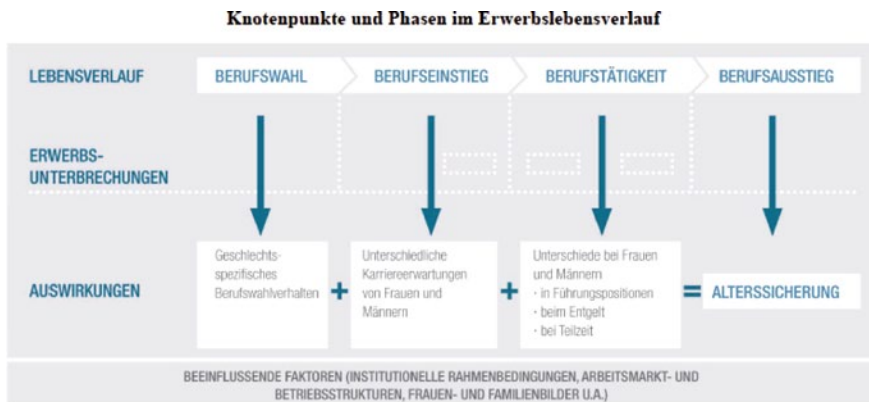
Abb. 11: Vermögensentwicklung in Ost- und Westdeutschland für Frauen und Männer



Quelle: Böckler Impuls 16/2012 ([http://www.boeckler.de/impuls\\_2012\\_16\\_1.pdf](http://www.boeckler.de/impuls_2012_16_1.pdf))

Nicht nur aus demografischer Sicht wird es in Zukunft noch stärker darauf ankommen, Lebensverlaufsperspektiven für die Beurteilung veränderter Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitiken zu entwickeln und deren mögliche diskriminierende Auswirkungen im Blick zu behalten und hierzu nachhaltige, geschlechtergerechte neue Alternativen zu entwickeln.

*Abb. 12: Kumulierung von Risiken struktureller Benachteiligung für Frauen am Arbeitsmarkt und deren Auswirkungen auf ihre soziale Absicherung*



Quelle: eigene Darstellung

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2011

## **Fazit**

Die Veränderungen bei der Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung, die sich aus dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik aus einer kritischen Geschlechterperspektive beschreiben lassen, sind zusätzlich einzubetten in eine europäische und globale Tendenz der neoliberalen Reregulierung von Kapital und Arbeit. Die strukturell asymmetrische, benachteiligende und prekäre Einbindung von Frauen in die Erwerbsarbeit aufgrund ihrer Familienverantwortung zeigt die vielen «Stellschrauben» einer komplexen Diskriminierungs- und Benachteiligungssituation auf. Neben dem Zugang zu aussagekräftigen Daten der Sozialstatistik benötigt eine umfassende Analyse eine auf den gesamten Lebenslauf gerichtete Untersuchungsperspektive, die die Kumulierung, Überlagerung und wechselseitige Beeinflussung von sozialstrukturell wirksamen Faktoren erfassen und in ihrer jeweiligen Dimension nach Geschlecht, Alter, aber auch Klasse spezifisch auswerten kann. Zielstellung einer veränderungsorientierten Sozialpolitik müsste der Entwurf und die Umsetzung eines Gesellschaftsmodells sein, in dem die marktbedingten Risiken (Armut, soziale Entsicherung etc.) und Ressourcen (Arbeitszeit, Einkommen etc.) wesentlich gerechter als bislang umverteilt werden.

## **Literatur**

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2011): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht, Berlin.
- Dölling, Irene (Hrsg.) (2003): Geschlechterverhältnisse in Ostdeutschland. Potsdamer Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung, Heft 7, Potsdam.
- Manske, Alexandra/Pühl, Katharina (2010): Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen, Münster.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hrsg.) (2012): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht, Münster.

Michael Brie

## **ALTERNATIVE ENTWICKLUNGSPFADE ALS AUSWEGE AUS DER KRISE**

### **Mögliche schnelle Veränderungen**

Es sind fünf Faktoren, die in ihrer Summe jähe politische Veränderungen hervorrufen – wirtschaftliche Einbrüche, Misstrauen gegenüber den Institutionen der Gesellschaft, die Solidarisierung verschiedener Gruppen der Gesellschaft gegen die Machthaber, eine Ideologie, die die Herrschenden wirksam herausfordert, und letztlich die Spaltung der herrschenden Klassen selbst (vgl. Skocpol 1979; Lenk 1981). Dies alles sind unverzichtbare Voraussetzungen eines sozial-ökologischen und demokratischen Richtungswechsels. Sie gehen gegenwärtig aus dem Zerfall der Vorherrschaft des Neoliberalismus hervor und schwächen oder negieren dessen Ansprüche. Es ist Aufgabe der Linken, dazu beizutragen, dass auch die positiven Bedingungen für einen sozialen und demokratischen Richtungswechsel der Politik geschaffen werden – vor allem breite soziale und politische Bündnisse und das Bewusstsein, dass es sinnvolle produktive Alternativen zu der jetzigen Misere gibt. Und es muss auch darum gehen, die neoliberale Einheitsfront der herrschenden Eliten aufzubrechen, um auch aus einer Minderheitenposition wirksame Veränderung erreichen zu können.

Wie unerwartet Veränderungen auftreten können, illustrierte Frank Unger (2007) mit einer Darstellung des Beginns der großen Reformbewegung in den USA, dem New Deal: «Im Jahr 1932, inmitten einer großen Wirtschaftskrise, benutzte das Land eine demoralisierte und desorganisierte Demokratische Partei dazu, um die größte Wende auf dem Gebiet der politischen Rolle des Staates in der amerikanischen Geschichte herbeizuführen. Dies geschah nicht deswegen, weil die Demokratische Partei ein ideales Vehikel für diese Aufgabe war, sondern weil ein anderes Instrument nicht zur Verfügung stand. Die Wahlen von 1932 waren viel mehr als die Niederlage der bislang regierenden politischen Partei; sie waren durchaus so etwas Ähnliches wie die Niederwerfung einer herrschenden Klasse. Die Demokratische Partei wurde in den

dreißiger Jahren das widerstrebende Instrument für eine Revolution, die sie weder geplant noch erzeugt hatte» (Schattschneider 1960: 86).

Gegenwärtig ringen sehr unterschiedliche politische Kräfte um Mehrheiten in der Bevölkerung der Bundesrepublik, darunter auch eine sich erneuernde soziale, politische und geistige Linke. Mehrheiten für einen Richtungswechsel der Politik sind nicht automatisch vorhanden, aber sie können bewusst geschaffen werden. Viele Bürgerinnen und Bürger, viele Initiativen und soziale Bewegungen sind aktiv geworden. Die Geschichte ist in Bewegung. Aber auch: Geschichte muss bewegt werden.

### **Der untrennbare Zusammenhang von Umverteilung und Umgestaltung: Das Alpha und das Omega linker Politik**

Es ist einer der größten Propagandaerfolge des Neoliberalismus, dass viele Linke von Umverteilung fast mit einem schlechten Gewissen reden. Sie sehen sich unter Rechtfertigungszwang. Immer wieder wird der Linken entgegengehalten, dass man sicherlich auch und irgendwie und irgendwann über Verteilungsfragen reden müsse, aber diese seien doch keinesfalls das zentrale Problem der Gegenwart. Dies sei die Erderwärmung oder das undurchlässige Bildungssystem, der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie oder mangelnde Integration. Die Linke dürfe nicht den Robin Hood spielen und sei als Umverteilungslinke schon lange gescheitert.

Hinter solchen Positionen steht die historische Erfahrung, dass die «alte Linke» Umverteilung zu oft strukturkonservativ praktiziert hat – vor Kurzem gerade wieder bei der Unterstützung für die «Abwrackprämie». «Gutes Geld der Steuerzahler» sei überholten Strukturen hinterhergeworfen worden. Auch die einseitige Fixierung auf höhere Löhne der Stammebelegschaften kann Strukturen konservieren, die die Mitte und das Unten der Gesellschaft spalten. Umverteilung, auch wenn sie Arbeitnehmer begünstigt, ist nicht zwingend links. Sie kann auch konservativ, klientelistisch, autoritär und sogar rechts sein («Arbeit zuerst für Deutsche»). Vergessen ist, dass dieser Strukturkonservatismus auch das Resultat verlorener Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, Konversion, einen umfassenderen Umbau der Industriegesellschaft und für eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft war.

Es gibt berechtigte Kritik an vielen Vorstellungen von Umverteilung. Aber das Gegenteil von falsch ist nicht richtig. Eine falsche Umverteilungspolitik widerlegt nicht die These: Umverteilung ist die Voraussetzung jeder progressiven Strukturveränderung. Man kann es auch anders formulieren: Umverteilung ist der Ausgangspunkt linker Politik. Eine sozialökologische Transformation ist das Ziel. Umverteilung ist das Alpha, solidarische Transformation das Omega. Und wenn von Umverteilung gesprochen wird, dann meint dies Einkommen und Vermögen, Macht und Eigentum, Zeit und auch Raum, und es geht um die Umverteilung von oben nach unten und von privat hin zu öffentlich.

Eine Position, die die Frage der Umverteilung auf den zweiten Rang verbannt, ist schon deshalb so absurd, weil sie die absolut dramatische Umverteilung von unten

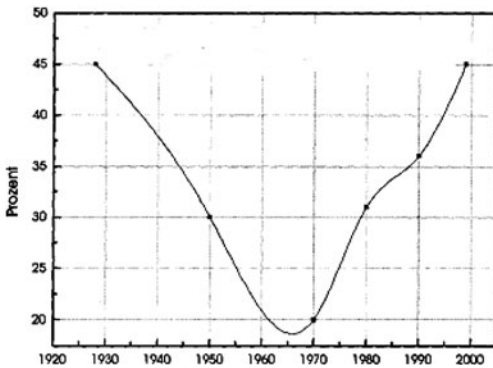


nach oben und von öffentlich hin zu privat verharmlost, die in den letzten 20 bis 30 Jahren durchgesetzt wurde. Der Neoliberalismus war vor allem ein Projekt gigantischer Umverteilung. Und diese Umverteilung wurde nicht nur und vielleicht nicht einmal vor allem deshalb durchgesetzt, um die Gier der oberen Klassen nach einem wieder wachsenden Reichtum zu befriedigen (verarmt waren sie nie), sondern vor allem mit dem Ziel, die Machtverhältnisse, die Eigentumsstrukturen, die Wechselverhältnisse von Wirtschaft und Staat umzubauen und eine grundsätzlich andere Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung zu erzwingen. Entstanden ist der neoliberale Finanzmarkt-Kapitalismus, in dem die kurzfristigen Interessen der großen Finanzfonds dominieren (vgl. Windolf 2005 und zu unterschiedlichen Kapitalismustypen Brie 2006). Und die europäische Linke in Gestalt der Sozialdemokratie war daran aktiv beteiligt. So waren die beiden wichtigsten Forderungen im genauso berühmten wie berüchtigten Schröder-Blair-Papier von 1999 zum einen die Schaffung von »Rahmenbedingungen, unter denen ein einwandfreies Spiel der Marktkräfte möglich ist«, und zum anderen »Steuersenkungen« für Unternehmen und die Vermögenden. Durch »Angebotspolitik« sollte neues Wachstum entstehen, das letztlich allen zugutekommen würde (so das leere Versprechen). Und es wurde klar formuliert: »Der Arbeitsmarkt braucht einen Sektor mit niedrigen Löhnen, um gering Qualifizierten Arbeitsplätze verfügbar zu machen.« Der Niedriglohnsektor war gewollt. Innerhalb von einem Jahrzehnt stieg der Anteil der Geringverdiener in Deutschland von 16 auf 25 Prozent und hat damit US-amerikanisches Niveau erreicht.

Ein kurzer Blick zurück: Zu Beginn der Großen Depression von 1929 besaß das reichste eine Prozent der Bevölkerung in den USA 45 Prozent des Vermögens. Dieser Wert war bis in die Mitte der 1960er Jahre hinein auf deutlich unter 20 Prozent gefallen und im Gefolge der neoliberalen Konterreformen zum Beginn des neuen Krisenzyklus wieder auf 45 Prozent gestiegen (vgl. Abb. 1). In der Bundesrepublik stieg die Lohnquote von rund 50 Prozent im Jahre 1950 auf 75 Prozent im Jahre 1980 und sank bis 2008 auf unter 65 Prozent. Gleichzeitig nahm die Vermögenskonzentration zu. Die reichsten zehn Prozent verfügen über etwa zwei Drittel des Vermögens. Aber auch die Polarisierung der Einkommen zwischen den oberen und unteren Gruppen der Lohnabhängigen nahm zu. Allein zwischen 2004 und 2009 stieg der Anteil der Haushalte mit niedrigem Einkommen von 19 auf 22 Prozent, und ähnlich erhöhte sich auch der Anteil derer mit hohem Einkommen. Hinzu kam eine wachsende Spaltung zwischen Kernbelegschaften und Midi- und Minijobbern sowie Leiharbeitern. Begleitet wurde das Ganze durch eine umfassende Privatisierung von größeren Teilen der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den Sozialsystemen. Niemals in der Geschichte Deutschlands wurde in so kurzer Zeit so viel gesellschaftliches Eigentum enteignet. Insgesamt muss von einer umfassenden Umverteilung von Eigentum, Einkommen und Macht zugunsten der Vermögenden, der Unternehmen und der hoch qualifizierten oberen Mittelschichten im privatwirtschaftlichen Sektor unter der Dominanz des Finanzkapitals gesprochen werden. Der Neoliberalismus hat die dem

Finanzmarkt-Kapitalismus adäquate Sozial- und Eigentumsstruktur geschaffen und einen Staat hervorgebracht, der diese politisch absichert. Der Klassenkampf von oben konnte gewonnen werden, weil das Bündnis zwischen organisierter Arbeiterklasse und Realkapital durch ein Bündnis zwischen Finanz- und Realkapital abgelöst wurde, die Vermögensinteressen der oberen Mittelschichten über die gemeinsamen Lohninteressen triumphierten und die Lohnabhängigen selbst sich spalten ließen. Aus dem Sozialstaat wurde der verschuldete Staat, dessen Gläubiger die Vermögensklasse und dessen Beitragszahler die Bevölkerung, vor allem die Lohnabhängigen, sind.

*Abb. 1: Anteil des obersten Prozents der Bevölkerung am Gesamtvermögen in den USA, 1920–2000*



Aus diesen Entwicklungen des Neoliberalismus lässt sich lernen: Erstens muss Politik ihre eigene soziale Basis schaffen, wenn sie nachhaltig sein will. Es bedarf einer Klassenstruktur, die sie trägt oder zumindest hinnimmt. Zweitens muss sie Machtstrukturen und auch die Art, Entscheidungen zu fällen, so verändern, dass sie nicht einfach umgekehrt werden können. Drittens wird sie nur dann

stabil sein, wenn auch die Eigentumsverhältnisse so verändert werden, dass sie in die gleiche Richtung wirken. Viertens geht es um Kulturen und Lebensweisen, es geht um tief verankerte Lebensstrategien in den sozialen Milieus, die eine solche Politik befördern oder ihr zumindest nicht widerstehen können. Die Umverteilung, die mit jedem Richtungswechsel verbunden ist, muss eine transformatorische Qualität haben, wenn sie mehr sein will als eine quantitative Veränderung innerhalb der gegebenen Strukturen.

Jede Umverteilungspolitik aber stellt die Gerechtigkeitsfrage. Schon die «Erklärung der Rechtes des Menschen und Bürgers» der Französischen Nationalversammlung von 1789 hatte betont: «Die sozialen Unterschiede können sich nur auf das gemeine Wohl gründen.» Der bedeutendste Gerechtigkeitsphilosoph des 20. Jahrhunderts, der sozialliberale Theoretiker John Rawls, hat Maximen aufgestellt, die dieses «Gemeinwohl» präzisieren und die der konservative wie der sozialdemokratische Neoliberalismus systematisch verletzt haben. Seine Leitidee ist die «gleiche Freiheit für alle». Diese könne nur realisiert werden, wenn zwei Grundsätze gewahrt würden: «einmal die Gleichheit der Grundrechte und -pflichten; zum anderen [...], dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, etwa verschiedener Reichtum oder verschiedene Macht, nur dann gerecht sind, wenn sich aus ihnen Vorteile für jedermann ergeben, insbeson-

dere für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft» (Rawls 1979: 31 f.). Wachsende Gleichheit der Grundrechte und -pflichten einerseits und permanente Verbesserung der Lage der benachteiligten Gruppen der Gesellschaft andererseits gehören in diesem Verständnis zusammen.

Gerechtigkeitspolitik hat zwei zentrale Schwerpunkte, die dem Neoliberalismus direkt entgegengesetzt sind: Erstens bedarf es der materiellen und kulturellen Bedingungen, um formal gleiche Grundrechte und -pflichten wirksam wahrnehmen zu können. Soweit diese Bedingungen nicht familiär gegeben sind, müssen sie öffentlich bereitgestellt werden. Die Eigentumslosen, jene, die nicht über große Vermögen und Produktionsmittel verfügen, können nur dann an der gesellschaftlichen Entwicklung teilhaben, wenn diese Teilhabe durch «soziales Eigentum», durch öffentliche Daseinsvorsorge, durch die Bereitstellung der Gemeingüter gute Arbeit, Bildung, Gesundheitsvorsorge, soziale Sicherheit und lebenswerte Umwelt ermöglicht wird.

Die Liste der notwendigen öffentlichen Leistungen wird mit der Komplexität der Gesellschaft und der Schwäche traditioneller Gemeinschaftsformen immer länger. Zu ihnen gehört die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, das System öffentlicher Leistungen auf den Gebieten von Bildung, Gesundheit, Verkehr, Energie, Information, Sport, Kultur und Pflege. Es schließt aber auch die öffentliche Förderung von guter Arbeit, die Kontrolle über alle Formen des Eigentums im Sinne des Wohls der Betroffenen, die Durchsetzung realer Rechte von Mitbestimmung und Mitwirkung sowie den Schutz der Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte ein. Es gehören dazu genauso sichere öffentliche Räume wie die öffentliche Förderung von Vereinen der Zivilgesellschaft. Dies und vieles andere Öffentliche bildet das Rückgrat einer gerechten Gesellschaft, weil dadurch wesentliche Freiheitsgüter bereitgestellt werden. Der Neoliberalismus war deshalb vor allem eine Politik der Zerstörung dieser öffentlichen Güter. Er hat in aggressiver Weise die Bereitstellung dieser öffentlichen Güter diskreditiert und mit Sprüchen des «Mehr Netto vom Brutto» und des «schlanken Staates» nicht nur Volksverdummung betrieben, sondern die Grundlagen eines solidarischen Sozialstaates unterminiert. Privatisierung zielt auf die ausschließende Bereitstellung der Grundgüter eines freien Lebens, verwandelt sie aus Freiheitsgütern aller in Privilegien, die nur diesen oder jenen Gruppen zustehen (Privatpatienten, Vermögenden, «Deutschen», «Bildungsnahen» etc.). Lebenschancen werden wieder existenziell abhängig von der Klassenzugehörigkeit.

Eine Politik, die Gerechtigkeit und Innovation sowie Gerechtigkeit und sozialökologischen Umbau glaubhaft zu verbinden sucht, kann unter den Bedingungen hoch entwickelter Länder nicht auf systematische und langfristige Umverteilung verzichten. Und diese Umverteilung kann nicht das Resultat des Umbaus sein und der Erneuerung, geschweige denn des Wachstums, sondern ist dessen Voraussetzung. Nach allen Erfahrungen müssen Strategien für mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität auf Bundesebene, dort wo die Verteilungsverhältnisse überhaupt wirksam beeinflusst werden können, die Umverteilung zum Ausgangspunkt für den Einstieg in eine andere Politik nehmen, wollen sie nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren.

Eine linke Politik, die die Frage der Umverteilung hin zu den unteren gesellschaftlichen Gruppen und hin zum Öffentlichen – und sei es auch nur auf Zeit – zurückstellt, beraubt sich in dreifacher Weise der eigenen Grundlage. Ohne eine solche Politik werden sich erstens die unteren sozialen Gruppen und diejenigen, die sich durch eine neoliberale Globalisierung bedroht sehen, nach rechts wenden: Sie werden auf einen autoritären Staat, eine Politik der Fremdenfeindlichkeit und der Illiberalität setzen. Die soziale Frage kann dann nationalistisch und rassistisch besetzt werden. Die Erfahrungen in Italien und Frankreich sprechen eine deutliche Sprache. Umgekehrt zeigt sich, dass die Linke sich dort behaupten konnte und Wahlerfolge zu wiederholen vermochte, wo von Anfang an eine glaubwürdige Politik verfolgt wurde, die den Ausstieg aus Armut, Bildungskrise, Notstand bei der Gesundheitsversorgung oder im Wohnungsbereich versprach und klare Erfolge vorweisen konnte. Dies kann und muss sich teils in direkten finanziellen Zuwendungen, teils in der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und teils in der Förderung von Arbeit und Beschäftigung niederschlagen vor allem für benachteiligte Gruppen, aber auch in neuen Lebenschancen für die Mittelschichten. Der Gebrauchswert linker Politik muss sich auch machtpolitisch unmittelbar daran messen lassen, wie untere soziale Gruppen kurz- und mittelfristig bessergestellt werden. Die «Gerechtigkeitslücke» muss durch linke Politik glaubwürdig geschlossen werden.

Dies reicht aber nicht aus. Linke Politik kann sich niemals nur auf die «Unterprivilegierten» stützen – weder sozial, noch politisch oder kulturell. Es geht auch um jene, die sich in der «Mitte» sehen, über eine «respektable» Stellung verfügen, ohne sich dem Oben dazuzurechnen. Gerade in den höher entwickelten Gesellschaften entscheidet der Kampf um die Mitte die machtpolitischen Auseinandersetzungen. Es geht um Sicherheit, Aufstiegsmöglichkeiten, Leistungsgerechtigkeit und Wohlstand. Gerade auch die Teile der Mittelschichten wenden sich einem Sozialrassismus zu, wenn keine überzeugenden Alternativen zu neoliberaler Politik gegeben sind. Sie wollen dann ihre Stellung durch die Exklusion der «Anderen», der «Sozialschmarotzer», der «Wohlstandsflüchtlinge» oder der «gebärfreudigen Kopftuchträgerinnen» (Anspielung auf Migrantinnen aus islamischen Ländern) bewahren. Linke Politik kann an diese Mittelschichten einer breiten Arbeitnehmerschaft vor allem zwei Angebote machen: Erstens ist dies der Ausbau des öffentlichen Sektors und öffentlich geförderter Beschäftigung, einschließlich besserer Qualifikation, Abbau von Stress und Überforderung und höhere Bezahlung. Davon profitieren die sozialen Gruppen der libertären Linken direkt, denn ihre Erwerbs-, aber auch Entwicklungsmöglichkeiten werden verbessert. Zugleich wird für alle, die sich eben keine private Bildung, Gesundheitsvorsorge oder Pflege leisten können, für die übergroße Mehrheit der Gesellschaft, die Grundlage ihrer sozialen und kulturellen Teilhabe gesichert. Die sozialökonomische wie kulturelle Grundlage von Solidarität wird gestärkt. Es wird damit interessengeleitet an einem Mitte-Unten-Bündnis gearbeitet und seine Basis ausgeweitet.

Drittens kann der Ausbau des Öffentlichen, von der öffentlichen Daseinsvorsorge und dem öffentlichen Sektor bis hin zu einer partizipatorischen Öffentlichkeit, die

Machtbasis der Linken, sei es in den Gewerkschaften, sei es in der Zivilgesellschaft, sei es im Staat, stärken. Hier geht es vor allem auch um Macht- und Eigentumsfragen im engeren Sinne. Die Möglichkeiten einer demokratischen öffentlichen Regulation der Wirtschaft steigen, die Organisationsmacht der Arbeiter und Angestellten kann sich erhöhen, eine offene Zivilgesellschaft kann autoritären und nationalistischen bis rassistischen Tendenzen entgegenwirken. Das Machtverhältnis zwischen Staat und Privatunternehmen kann deutlich zugunsten des Staates verschoben werden, was die Regulierung der privaten Großkonzerne deutlich erleichtert. Dies bedeutet aber auch, Veränderungen in den oberen Gruppen der Gesellschaft, den Fach- wie Managementeliten, herbeizuführen. Die heutigen «Führungsgruppen» sind in beträchtlichem Maße dem Shareholder-Value, dem Profit um jeden Preis, und der Kürzung aller staatlichen Ausgaben verpflichtet. Dies ruiniert den Mittelstand genauso wie die öffentlichen Betriebe von Bund, Länder und Kommunen. Es gibt deshalb tiefe Konflikte in diesen «Eliten» selbst, auch wenn die Macht sich in beträchtlichem Maße hin zu neoliberalen Gruppen verschoben hat. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch Entwicklungen wie bei der Deutschen Bahn, Post oder bei den Landesbanken haben zumindest kulturell diese Eliten des schnellen und großen Geldes diskreditiert. Es ist zu einer Bewegung der Erneuerung der kommunalen und anderen öffentlichen Unternehmen gekommen. Auch in den Betrieben des Mittelstandes vollzieht sich ein Umdenken.

Linke Politik, die mehr ist als die kurzfristige Nutzung von Gelegenheitsstrukturen, muss danach streben, ihre eigene Machtgrundlage erweitert zu reproduzieren. Dies ist aber nur möglich, wenn die potenziellen Unterstützergruppen einer solchen Politik gehalten beziehungsweise neu gewonnen werden und sich in Interessen- und Wertebündnisse integrieren, die weitergehende Schritte linker Politik erst möglich machen. Es ist immer der zweite Schritt mit zu bedenken, jener Schritt, der über den Status quo hinausweist und eine Dynamik gesellschaftlicher Veränderung erzeugt, die einen Richtungswechsel nach sich ziehen kann. Es gibt wichtige Gründe dafür, dass Umverteilung nur dann, wenn sie zu einer gesellschaftlichen Umgestaltung führt, dauerhafte linke Politik sein kann.

### **Alternative Wege der letzten 20 Jahre**

Die Annahme, dass es unterschiedliche Entwicklungspfade geben könne, schien spätestens durch den Zusammenbruch des Staatssozialismus ad acta gelegt. Modernisierung wurde wirksam mit Privatisierung, Abbau sozialstaatlicher Regulierung und Steuersenkungen für die Oberschichten verbunden. Zur simplen Annahme wurde, dass Wachstum nur auf diesem einen Wege erzeugt werden könne: Es seien allein Märkte, die in der Lage sind, Güter effizient zu verteilen. Der Sozialstaat fördere parasitäres Suchen nach Gütern, die durch andere teuer bereitgestellt werden. Umso mehr Vermögen in den Händen weniger konzentriert werde, die dies im Unterschied zu den unteren Schichten nicht für wachsenden Konsum ausgeben, umso mehr werde

investiert. Dies schaffe dann Arbeitsplätze, und daraus entstehe Wohlstand für jeden. Man könnte es auf den Nenner bringen: Mehr Kapitalismus tut gut.

Ein Rückblick auf die letzten 15 bis 20 Jahre zeigt, dass diese Annahmen falsch waren. Unter den entwickelten Ländern waren zwei Gruppen bezogen auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts besonders erfolgreich – die angelsächsischen Staaten (USA und Großbritannien) einerseits und die skandinavischen Länder andererseits. Wie Cornelia Heintze in einer Vergleichsstudie feststellt: «Es gibt in Gestalt der skandinavischen Länder eine erfolgreiche Entwicklungsalternative zum neoliberal-angelsächsischen Weg, dem Deutschland nacheifert [...] Wo andere Länder der Herausforderung der neoliberal geprägten Globalisierung dadurch zu entsprechen versuchen, dass sie sich in einen Abwärtswettbewerb mit anderen Ländern bei Steuern, Staatsausgaben und wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften begeben, ist in den skandinavischen Ländern der breit ausgebaute Wohlfahrtsstaat umgekehrt die Basis einer erstaunlich ausgewogenen Entwicklung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme. Er schafft die Voraussetzungen und flankiert die Erschließung von Innovationspotenzialen und er hält die erforderlichen Ressourcen bereit, um entstehende Entwicklungsungleichgewichte zügig auszutüfteln» (Heintze 2005: 17).

Schon ein erster Vergleich des Wachstums von Bruttosozialprodukt und Löhnen zwischen Großbritannien, Schweden und Deutschland zeigt, dass in der Phase des Finanzmarkt-Kapitalismus in allen Ländern die Löhne deutlich hinter der Steigerung des Bruttosozialprodukts zurückblieben. Die Erhöhung des ökonomischen Reichtums ist primär den Vermögenden zugutegekommen. In Deutschland profitierten davon fast ausschließlich die Kapitaleigentümer,<sup>5</sup> in Großbritannien und Schweden kam diesen das (deutlich höhere) Wachstum zu 70 Prozent und mehr zugute. Die starke Lohnzurückhaltung, die den deutschen Beschäftigten aufgezwungen wurde, hat sich deshalb bis 2005 nicht wachstumsfördernd ausgezahlt, da die Exporterfolge lange Zeit durch eine stagnierende oder sinkende Binnennachfrage des Staates und der privaten Haushalte konterkariert wurden. Zudem wurde ein starker Druck auf die anderen Länder der Europäischen Union in Richtung Lohnsenkung ausgeübt.

Eine hohe wie auch eine niedrige Staatsquote können gleichermaßen mit hohen Wachstumsraten einhergehen. Wenn die staatlichen Ausgaben für soziale Sicherung aber gering sind, dann liegt die Last der Vorsorge für Gesundheit, Renten etc. vor allem bei den privaten Haushalten. Dies aber zieht starke soziale Ungleichheit bei der Verteilung dieser Grundgüter des Lebens nach sich. Anders als oft behauptet, gibt es keinen empirischen Zusammenhang zwischen Regulierung des Arbeitsmarktes und Beschäftigung. Die Absenkung des Lohnniveaus der unteren Schichten ist keinesfalls eine zwingende Bedingung für den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, sie kann auch – und bei höherer sozialer Gleichheit – durch ein relativ hohes Lohnniveau gerade der

5 Während die Löhne fast stagnierten, haben sich die Vermögen in Deutschland seit 1991 mehr als verdoppelt (<http://www.verdi-bub.de/standpunkte/archiv/armut>).

unteren Schichten erreicht werden. Im internationalen Vergleich nimmt Schweden gemessen am Human-Poverty-Index den ersten Platz ein. Dieser erfasst die Lebenserwartung, den Zugang zu Bildung, einen würdigen Lebensstandard und das Maß sozialer Inklusion. Deutschland hält noch Platz 6, und Großbritannien liegt nur auf Platz 15. Die Unterschiede sind gravierend. Die auf diese Weise gemessene Armut ist in Großbritannien doppelt so hoch wie in Schweden.

*Tab. 1: Elemente des skandinavischen, angelsächsischen und deutschen Modells im Vergleich des letzten Jahrzehnts*

	skandinavisches Modell	angelsächsisches Modell	Deutschland
Wachstum	mäßig bis hoch	hoch	niedrig bis mäßig
Arbeitslosigkeit	mäßig bis niedrig	mäßig bis niedrig	mäßig bis hoch
Armut	niedrig	hoch	wachsend
öffentliche Beschäftigung	hoch	niedrig	mittel
soziale Sicherungssysteme	öffentlich	privat	zunehmend gemischt

Quelle: eigene Darstellung

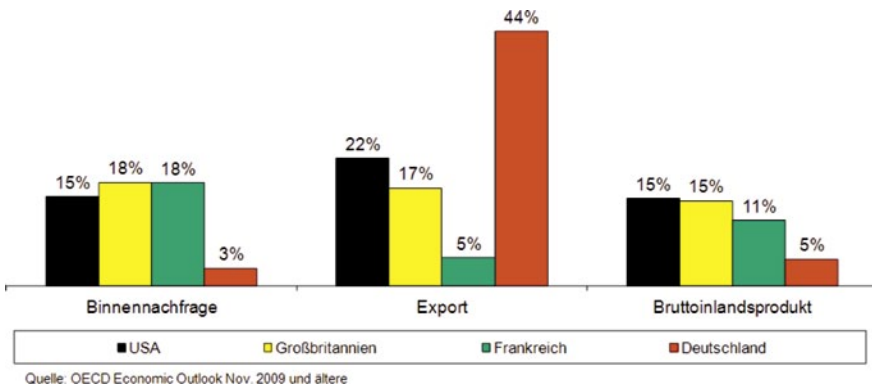
Während die skandinavischen und angelsächsischen Länder bis vor Kurzem gleichermaßen gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielt(en), sind die sozialen und ökologischen Effekte der beiden Entwicklungsmodelle gegensätzlich: Die skandinavischen Länder halten Arbeitslosigkeit und Armut niedrig, während die USA und Großbritannien Erfolge bei der Beschäftigung mit wachsender Armut bezahlen (vgl. Tabelle 1). Selbst die These von Iversen und Wren (1998), dass das skandinavische Modell niedriger Arbeitslosigkeit und geringer sozialer Ungleichheit unvermeidlich mit hoher Staatsverschuldung verbunden sein müsse, lässt sich nicht halten. Solide Haushaltspolitik muss nicht zur Ausgrenzung großer sozialer Gruppen führen. Auch dies ist nichts anderes als ein neoliberaler Mythos.

Skandinavische Länder haben ähnlich hohe Wachstumsraten des Bruttonationalprodukts und der Löhne wie Großbritannien und die USA. Gleichzeitig sichert das skandinavische Modell ein weit höheres Maß an sozialer Gleichheit, ökologischer Nachhaltigkeit, Geschlechterdemokratie, Bildung und Erziehung für alle. Es kann viel wirksamer Armut zurückdrängen, besonders auch die Kinderarmut. Die Schlussfolgerung der empirischen Analyse ist eindeutig: «Auch in Zeiten der Globalisierung schafft es der skandinavische Wohlfahrtsstaat, Armut auf sehr niedrigem Niveau zu halten. Das angelsächsische Entwicklungsmodell impliziert dagegen ein hohes Maß an ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung; die Armutsquote (nach sozialstaatlicher Umverteilung) ist deutlich bis vielfach so hoch wie in den skandinavischen Ländern» (Heintze 2005: 89).

Die deutsche Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass eine radikale Wende und Anpassung an den angelsächsischen Weg nicht durchsetzbar waren. Die Abwahl

der SPD, aber auch das Scheitern des Versuchs, im Jahre 2005 eine schwarz-gelbe Koalition zu bilden, zwangen den Eliten einen inkonsistenten Mittelweg auf. Vorstöße in Richtung weiterer Privatisierung, Absenkung der Löhne und Renten sowie mehr Standortwettbewerb sind nicht mehrheitsfähig und werden deshalb immer wieder konterkariert. So addieren sich die Schwächen der angelsächsischen Entwicklung (wachsende Armut und Spaltung der Gesellschaft) mit allgemeiner Verunsicherung. Auch die Stellung als Vizeexportweltmeister direkt hinter China setzt keine hinreichenden positiven Wachstumsimpulse frei, wie die nachstehende Abbildung zeigt. Hohe Wettbewerbsfähigkeit und ein enormer sozialer Druck addieren sich.

*Abb. 2: Steigerung von Binnennachfrage, Export und Bruttoinlandsprodukt, 2000–2009*



Schon die Entwicklung der letzten 15 bis 20 Jahre zeigt: Freiheit und Gleichheit, Innovation und geringe soziale Spaltung, Partizipation am gesellschaftlichen Arbeitsleben und eine maßvolle Gleichheit der Einkommen, wirtschaftliches Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit sowie Effizienz und ausgebaute öffentliche Dienstleistungen stehen keinesfalls zwangsläufig in einem antagonistischen Verhältnis zueinander. Tatsache ist: Sie können in ein relatives positives Gleichgewicht gebracht werden.

**Zukunft gibt es nur im Plural – Alternative europäische Szenarien**

Erhellend ist aber nicht nur der Blick zurück, sondern auch der Blick nach vorn. In den letzten 15 Jahren wurden verschiedene Szenarien für die Entwicklung in der Europäischen Union erarbeitet (De Mooji/Tang o.J.). Szenarien haben die Funktion nachzuweisen, dass die Zukunft offen, aber nicht beliebig ist. Man kann wählen, aber – anders als bei einem Bankett – nicht völlig willkürlich. Entscheidungen müssen relativ konsistent sein, ansonsten blockieren sich die Stärken und addieren sich die Schwächen. Man erhält dann alle Übel, ohne von den Vorteilen des einen oder des anderen Modells zu profitieren. Im Folgenden sollen zwei solcher Szenarien nä-



her betrachtet werden. «Historisch progressiv», so Wolfgang Fritz Haug im «Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus» mit Verweis auf Antonio Gramsci, «ist eine Klassenformation dank ihrer geschichtlichen ›Produktivität‹, d. h. der von ihr getragenen Expansivität eines konkreten politisch-ökonomischen Regimes, dank dessen sie ›die ganze Gesellschaft vorantreibt, indem sie nicht nur den existenziellen Erfordernissen nachkommt, sondern ihre Führungskräfte durch eine fortwährende Inbesitznahme neuer industriell-produktiver Tätigkeitsbereiche erweitert‹ und so die glaubhafte Erwartung individueller ›Lebensperspektiven‹ speist» (Haug 2004: 14 f.).

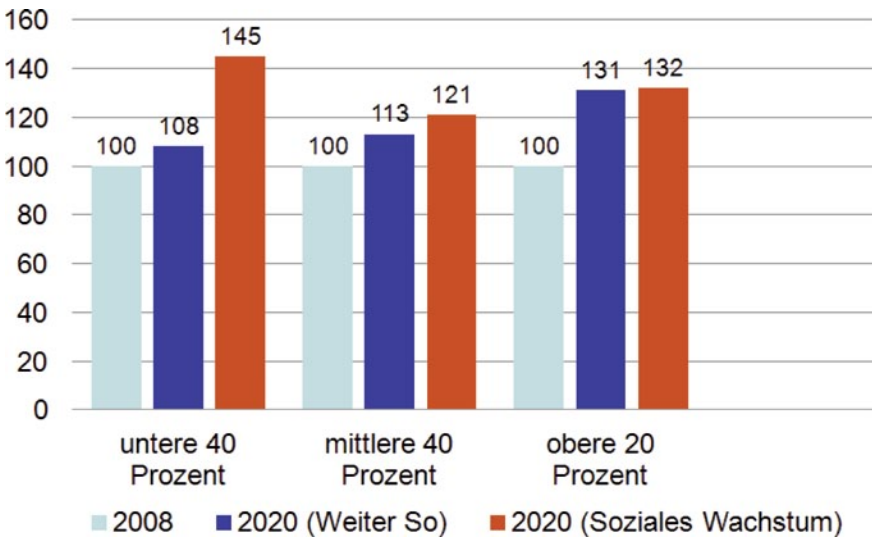
Welche Projekte können die Gesellschaft vorantreiben, ihren existenziellen Erfordernissen nachkommen und vor allem neue produktive Tätigkeitsbereiche erschließen und so die individuellen Lebensperspektiven vor allem jener Gruppen erweitern, die einen solchen Richtungswechsel eventuell stützen würden? Die existenzielle Bedeutung dieser Projekte dürfte kaum in Frage stehen, sind sie aber auch produktiv? Schaffen sie mehr Freiheit, Selbstbestimmung, Bedingungen individueller Kreativität und lebendiger Gemeinschaftlichkeit? Lässt sich auf ihnen eine Kräfteformation gründen, die zu umgestaltendem Handeln fähig ist und auch starke Konflikte auszuhalten vermag, oder ist die Realität tatsächlich «immun gegen alle Versuche, unser Zusammenleben menschlicher zu gestalten» (Baumann 2007: 19)? Gibt es die Möglichkeit, den Neoliberalismus und Finanzmarkt-Kapitalismus durch «gegen-hegemoniale Praxen» herauszufordern? Wenn es richtig ist, dass der «Gesellschaftshumus, auf dem die neue Linke gedeihen kann, die durch kein glaubwürdiges ›informationsgesellschaftliches‹ oder Globalisierungsversprechen mehr gezügelte epidemische Abstiegsangst und die zunehmende Sorge über die beschleunigten zivilgesellschaftlichen Desintegrationsprozesse» (Soly 2007: 341) sind – worin bestehen dann die positiven Antworten? Wie kann der allgemeinen Unsicherheit begegnet werden, die für fast alle Bürgerinnen und Bürger dadurch entstanden ist, dass soziale Gruppen geschaffen wurden, denen der Zugang zu den Grundgütern eines würdigen Lebens versperrt ist? Wie kann die «politische Ökonomie der Ungewissheit» (Zygmunt Baumann) überwunden werden, die aus der Deregulierung der Wirtschaft entstanden ist und eingreifendes Handeln so schwer macht?<sup>6</sup> Worin könnten Projekte bestehen, die das breitere soziale Unten und die unteren Mittelschichten der bedrohten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten mit jenen Gruppen verbindet, die als «etabliertes Bürgertum» und «kritische Bildungseliten» bezeichnet werden? Welche Beziehung haben sie zu einer «solaren Revolution» und dem solidarischen Einsatz für globale soziale Rechte? Und wie sichert all dies den Übergang vom neoliberalen Autoritarismus, der Deregulierung und Privatisierung als «Sachzwänge» vorantreibt, zu ernsthafter Demokratisierung und breiter Partizipation?

6 «Heute, in der Ära eines triumphierenden Kapitalismus [...] darf man sagen, der Rest der menschlichen Gesellschaft kann nur dann von seinem Angstmilieu, von der sie umgebenden Furcht und Ohnmacht befreit werden, wenn ihr ärmster Teil aus seiner Not befreit wird» (Baumann 2000: 251).

Wer sich dem Unterschichtenproblem, der Frage von Subproletariern der Gegenwart, ernsthaft stellen will, muss zugleich die Machtausübung sowie die Sozial- und die Wirtschaftspolitik verändern. Lutz Brangsch (2006) schreibt dazu: «Wir werden zunehmend mit einer Desintegration der Gesellschaft auf der einen und Tendenzen wachsender Repression auf der anderen Seite konfrontiert sein. Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenführung von Forderungen nach Demokratisierung als politischem, nach der Durchsetzung armutsfester sozialer Sicherungssysteme als sozialpolitischem und aktiver Beschäftigungs- und Strukturpolitik als wirtschaftspolitischem Eckwert notwendig. Ein entwickeltes Netz öffentlicher Leistungen, die diskriminierungs- und repressionsfrei angeboten werden (Bildung, Kultur, ÖPNV), ist ein entscheidendes Moment einer derartigen Gegenstrategie.»

Wenn dies stimmt, dann könnte das wichtigste gemeinsame Projekt einer sozialökologischen Transformation die Erneuerung der öffentlichen Sektoren sein. Dazu würden der Ausbau einer demokratischen Gemeinwirtschaft, die Gestaltung von Bildung, Kultur, Gesundheitsvorsorge und Pflege als Kernaufgaben lebendiger Gemeinwesen und als Rückgrat selbstbestimmter Gestaltung des individuellen und partnerschaftlichen Lebens gehören. Sie stellen das eigentliche «Kerngerüst» eines Lebens in Freiheit dar.<sup>7</sup>

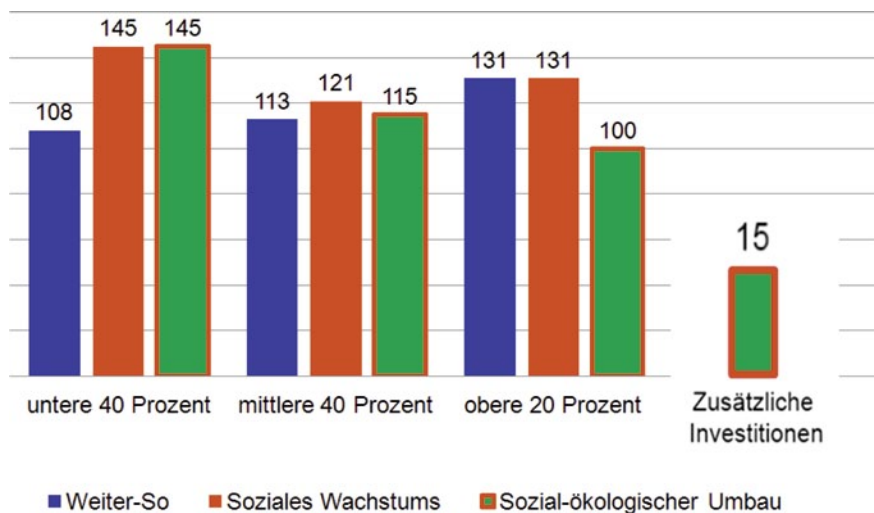
*Abb. 3: Steigerung der Einkommen sozialer Gruppen in Abhängigkeit vom Szenario «Weiter-So» oder «Soziales Wachstum in Deutschland», 2008–2020*



7 Eine der wenigen deutschsprachigen Gesamtanalysen des Öffentlichen wird gegeben in Jansen u. a. 2007.

«Reclaim the Public! – Eignet Euch das öffentliche Gemeinwesen wieder an!» – so könnte die gemeinsame Losung der vielfältigen Kräfte für den sozialökologischen Richtungswechsel lauten. Dabei würde sich zeigen, dass dies zugleich die Grundlage einer innovativen und dynamischen Wirtschaftsentwicklung ist, die die Gesellschaft integriert und die Natur bewahrt.

*Abb. 4: Veränderung der Einkommen sozialer Gruppen in Abhängigkeit vom Szenario «Weiter-So» oder «Soziales Wachstums in Deutschland» oder «sozialökologischer Umbau in den nächsten 15 Jahren»*



Quelle: Daurderstädt 2009

Der Einwand, der immer wieder gegenüber allen Ansätzen erhoben wird, die nicht primär auf die Entfesselung der Märkte und Deregulierung setzen, ist die These, dass alternative Politiken zu weniger Wohlstand führen würden. Dies aber ist falsch. Ökonomen haben im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Modell sozialen Wachstums entwickelt (vgl. Daurderstädt 2009), das auf vier zentrale Maßnahmen setzt: Erstens geht es um die Erhöhung von gesellschaftlicher Produktivität durch massive Investitionen in Bildung vor allem der sogenannten bildungsfernen Schichten, nicht zuletzt Migrantinnen und Migranten, und in den Ausbau der frühkindlichen Bildung, aber auch in lebenslanges Lernen. Es handelt sich dabei um soziale Investitionen in das Humanvermögen der Gesellschaft. Zweitens soll die Beschäftigung ausgebaut werden, vor allem von Frauen und älteren Arbeitnehmern. Ungewollte Teilzeitarbeit ist zu reduzieren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern. Dies alles verlangt den Ausbau der öffentlichen oder öffentlich geförderten Dienstleis-

tungen (Bildung, Gesundheit, Pflege etc.), insbesondere der humanorientierten Bereiche, wo vornehmlich auch Frauen beschäftigt sind. Drittens wird die Stärkung der Binnennachfrage gefordert und die Herstellung eines Außenhandelsgleichgewichts. Nachhaltiges Wachstum sei in entwickelten Ländern letztlich nur auf der Basis einer stabilen Binnennachfrage und des Massenkonsums möglich. Viertens letztlich wird in einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung die Bedingung für eine entsprechende Binnennachfrage gesehen. Die Lohnquote soll wieder erhöht und die Einkommen der unteren Gruppen sollen angehoben werden. In der ökonomischen Modellierung schlagen sich diese Wachstumsgewinne auch als Gewinne bei den individuellen Einkommen nieder, wie Abbildung 4 zeigt (vgl. auch Dauderstädt 2009 u. 2012). Sie sind aber ungleich verteilt. Setzt man die Einkommen im Jahre 2008 mit 100 Prozent, so nehmen sie in einem Szenario des «Weiter-So», dass die jetzige, stark marktorientierte Politik fortsetzt, bei den unteren 40 Prozent nur um 8 Prozent zu, während sie bei den oberen 20 Prozent um 31 Prozent steigen. Soziales Wachstum dagegen würde die Einkommen der unteren Gruppen um fast 50 Prozent erhöhen, und gleichzeitig würde die Erhöhung bei den anderen Gruppen nicht geringer ausfallen.

*Abb. 5: Ausgewählte Vorschläge der Partei DIE LINKE in der gegenwärtigen Krise*



In diesem Modell der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sind jedoch die mit einem radikalen ökologischen Umbau der Gesellschaft verbundenen Herausforderungen nicht berücksichtigt. Bezieht man die Erfordernisse einer sozialökologischen Transformation ein, dann ist diese nur möglich, wenn die Einkommen des oberen Fünftels der Gesellschaft nicht weiter gesteigert werden, sondern ein beträchtlicher Teil der Wachstumsgewinne in den ökologischen Umbau des Produktions- und Verkehrssystems, der Energieversorgung oder die energetischen Sanierung des Gebäudebestandes gesteckt wird. Perspektivisch sind hierfür etwa 10 bis 15 Prozent des Bruttosozialprodukts aufzuwenden (vgl. Abb. 4). Die Einkommen der großen Mehrheit (80 Prozent der Bevölkerung) würden ähnlich stark wie im Modell des sozialen Wachstums steigen. Sozialökologischer Umbau aber sichert vor allem auch den Reichtum zukünftiger Generationen, den schnellen Umbau des Energie- und Verkehrssystems und den Rückbau ressourcenintensiver Bereiche.

Vision einer linken Transformationspolitik ist eine solidarische Gesellschaft, die ohne eine grundlegende Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse nicht erreicht werden kann. Die Überwindung der unmittelbarsten Ursachen der dreifachen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – der Reproduktions-, der Integrations- und der Demokratiekrise – ist mit einer Ausrichtung auf die Schaffung von Grundlagen eines alternativen Entwicklungspfades zu verbinden, der die Demokratisierung, Sozialisierung und Stärkung der sozialen und politischen Rechte der einzelnen Individuen miteinander nachhaltig verbindet und die Anwendung von Gewalt in den inner- und zwischengesellschaftlichen Konflikten zurückdrängt und überwindet. Auf der Tagesordnung stehen deshalb meines Erachtens vor allem:

- die Nationalisierung beziehungsweise Renationalisierung, die partizipativ-demokratische Kontrolle und die sozialökologische Verfügung über Rohstoff- und Energiereserven sowie deren Verarbeitung und die öffentliche Infrastruktur;
- die Zurückdrängung der Ansprüche aus Vermögens- und Finanztiteln auf den gesellschaftlichen Reichtum und die Überwindung der Vorherrschaft des Finanzmarktes durch eine Umverteilung zugunsten der öffentlichen Hand und der unteren sozialen Gruppen;
- die Umgestaltung des Steuersystems zugunsten der Förderung der Grundbedingungen nachhaltiger Entwicklung (Bildung, Wissen, humanorientierte Dienstleistungen, ökologischer Umbau) und damit der öffentlichen Güter und Dienste;
- die Demokratisierung der Wirtschaft auf der globalen, supraregionalen, nationalen und regional-kommunalen Ebene sowie in den Betrieben sowie die massive Stärkung der Rechte der *stakeholder* (Beschäftigte, Konsumenten, Kommunen) gegenüber den Eigentümern der Finanztitel (*shareholder*);
- der Aufbau, Erhalt beziehungsweise die erneute Sicherung einer bürgernahen, basisorientierten öffentlichen Daseinsvorsorge, beginnend bei Bildung, Gesundheit und Alterspflege auf der Basis von öffentlichen oder genossenschaftlichen solidarischen Wirtschaftsformen, und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe,

- initiiert durch umfangreiche öffentliche Zukunftsinvestitionen;
- die Sicherung einer völlig neuen Balance zwischen guter Erwerbsarbeit, Fürsorgearbeit für Familie und Mitmenschen sowie gesellschaftlichem Engagement und Zeit für sich selbst;
- die Durchsetzung des internationalen Gewaltmonopols der Vereinten Nationen, Verringerung der Rüstung und Ausbau friedlicher Formen der Konfliktlösung, für die heute nur ein kleiner Bruchteil der Mittel aufgewandt wird, die in die neue Rüstungsspirale und die militärischen Konflikte gesteckt werden.

Die jetzige Krise des Kapitalismus in Europa ist eine Chance, einen tief greifenden sozialökologischen Umbau der gegebenen Gesellschaft einzuleiten. Dieser Umbau würde jenen Tendenzen zum Durchbruch verhelfen, die in Richtung einer neuen, einer durchgehend demokratischen, einer wirklich auf Freiheit orientierten Gesellschaft weisen; einer Gesellschaft, die grundlegende gleiche Entwicklungsbedingungen für alle Menschen auf der Erde heute und in Zukunft sichert. Eine solche doppelte Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus würde Grundbedingungen eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts schaffen.

## Literatur

- Baumann, Zygmunt (2000): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg.
- Baumann, Zygmunt (2007): Leben in der Flüchtligen Moderne, Frankfurt a. M.
- Brangsch, Lutz (2006): Perspektiven des Sozialen – Strategische Fragen. Von der Produktion der «Unterschicht» in Deutschland – Warum gerade jetzt diese Diskussion? Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin (<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=4613>).
- Brie, Michael (2006): Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. Supplement zur Zeitschrift Sozialismus, 3/2006.
- Dauderstädt, Michael (2009): Eine soziale Zukunft für Deutschland. Strategische Optionen für mehr Wohlstand für alle, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Dauderstädt, Michael (2012): Wachstum durch Ausbau sozialer Dienstleistungen, WISO Direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- De Mooij, Ruud/Tang, Paul (o. J.): Four Futures of Europe, Centraal Planbureau, Den Haag.
- Haug, Fritz (Hrsg.) (2004): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/I, Hamburg.
- Heintze, Cornelia (2005): Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Deutschlands Reformirweg im Lichte des skandinavischen Erfolgsmodells, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig.
- Iversen, Torben/Wren, Anne (1998): Equality, employment and Budgetary restraint. The Trilemma of Service Economy, in: World Politics, Juli 1998, S. 507–546.
- Jansen, Stephan A./Priddat, Birger P./Stehr Nico (Hrsg.) (2007): Die Zukunft des Öffentlichen. Multidisziplinäre Perspektiven für eine Öffnung der Diskussion über das Öffentliche, Wiesbaden.
- Lenk, Kurt (1979): Theorien der Revolution, München.
- Rawls, John (1979): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Schattschneider, Elmer E. (1960): The Semi-Sovereign People, New York.
- Skocpol, Theda (1981): States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia, and China, Cambridge.
- Solty, Ingar (2007): Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei, in: Das Argument 271/2007, S. 329–347.
- Unger, Frank (2007): Amerika vor einem neuen «New Deal»?; in: Sozialismus 7-8/2007 ([http://www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2007/heft\\_nr\\_7\\_juli\\_2007/detail/artikel/amerika-vor-einem-neuen-new-deal/](http://www.sozialismus.de/archiv/sozialismus/2007/heft_nr_7_juli_2007/detail/artikel/amerika-vor-einem-neuen-new-deal/)).
- Windolf, Paul (2005): Was ist Finanzmarktkapitalismus?, in: ders. (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 20–57.